



10

2008

Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:


Bruttoinlandsprodukt

Menschen mit Migrationshintergrund

Einkommen



Statistik nutzen



Fotonachweis

Titelfoto: BASF SE

Im ersten Halbjahr 2008 stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 2,2%. Damit lag die Zunahme leicht unter dem bundesdurchschnittlichen Wachstum von 2,4%. Wachstumsmotor blieb das verarbeitende Gewerbe. Mit einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 4,1% steuerte es gut 40% zum gesamten wirtschaftlichen Wachstum bei.

Autorenfotos: Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

Beilage: Faltblatt Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder

Inhalt

kurz + aktuell	725
Einkommen ■ Außenhandel ■ Baugewerbe ■ Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Familien ■ Bildung ■ Gesundheit ■ Umwelt ■ Verkehr Preise	
Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr um 2,2% gestiegen	742
Menschen mit Migrationshintergrund	747
Einkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen	756
Daten zur Konjunktur	766
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	791
Neuerscheinungen	801

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Einkommen in den Landkreisen wächst stärker als in den Städten

Durchschnittlich 17 540 Euro pro Einwohner für Konsum und Sparen

Das verfügbare Einkommen privater Haushalte steigt in den rheinland-pfälzischen Landkreisen stärker als in den kreisfreien Städten. Das Pro-Kopf-Einkommen legte in den Landkreisen zwischen 1992 und 2006 um 34%, in den kreisfreien Städten lediglich um 23% zu. Im Jahr 1992 hatte das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den kreisfreien Städten noch um rund 500 Euro über dem in den Landkreisen gelegen, 2006 war der Wert in den Landkreisen fast 770 Euro höher als in den Städten. Die Bevölkerung in den Landkreisen verfügte im Jahr 2006 im Durchschnitt über 17 730 Euro, in den kreisfreien Städten lag das Pro-Kopf-Einkommen bei 16 960 Euro.

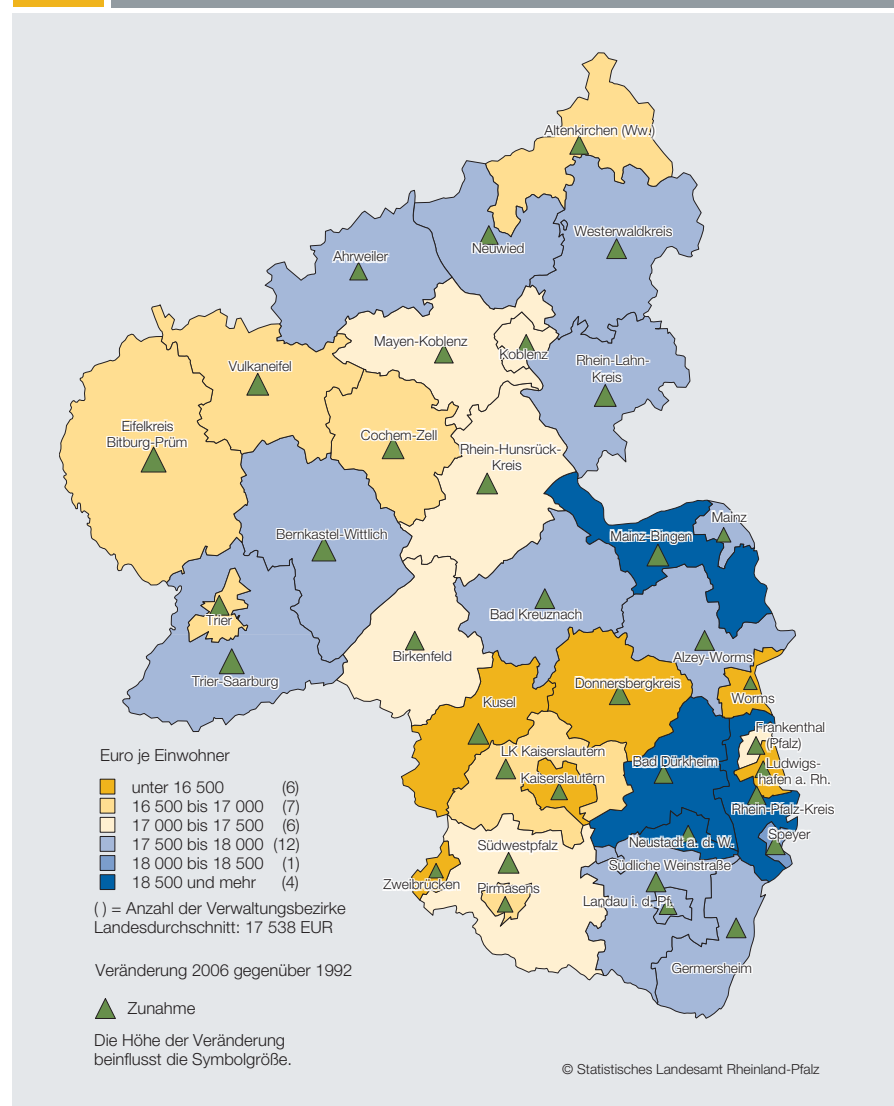
Unter den Städten war das höchste Pro-Kopf-Einkommen mit 18 840 Euro in Neustadt an der Weinstraße zu verzeichnen, während in Ludwigshafen je Einwohner durchschnittlich knapp 15 690 Euro zur Verfügung standen. Bei den Landkreisen reichte die Spanne von 20 720 Euro im Landkreis Mainz-Bingen bis 16 020 Euro im Landkreis Kusel.

Der stärkste Anstieg gegenüber dem Jahr 1992 wurde unter den Städten mit fast 33% in Speyer erreicht; dagegen nahm das Pro-Kopf-Einkommen in Worms nur um 17,5% zu. Die höchsten Zuwachsraten unter den Landkreisen hatten der Kreis Trier-Saarburg sowie der Eifelkreis

Bitburg-Prüm mit fast 48% zu verzeichnen. Zu dieser Entwicklung dürfte nicht zuletzt die dynamische Wirtschaft im Großherzogtum Luxemburg beigetragen haben: Immer mehr Menschen aus den grenznahen Kreisen pendeln dorthin zur Arbeit. Auch in der Stadt Trier sowie in den Landkreisen Bernkastel-Wittlich und Vulkaneifel ist das verfügbare Einkommen seit 1992 überdurchschnittlich stark gestiegen.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2006 insgesamt 71,1 Mrd. Euro. Statistisch stand jeder Rheinland-Pfälzerin bzw. jedem Rheinland-Pfälzer – gleich welchen Alters – ein durchschnittliches Einkommen von 17 540 Euro für Konsumzwecke oder zur Ersparnisbildung zur Verfügung. In Deutschland lag das Pro-Kopf-Einkommen 2006 bei 18 135 Euro.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte 2006 in den kreisfreien Städten und Landkreisen



Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte umfasst sämtliche empfangenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen einschließlich der empfangenen laufenden Übertragungen (wie Renten, Arbeitslosengeld) und abzüglich der geleisteten laufenden Übertragungen (vor allem direkte Steuern und Sozialbeiträge). Es entspricht damit dem Einkommen, das den privaten Haushalten letztendlich zufließt und das sie für Konsum- oder Sparzwecke verwenden können.

Export auch im ersten Halbjahr 2008 überdurchschnittlich gewachsen

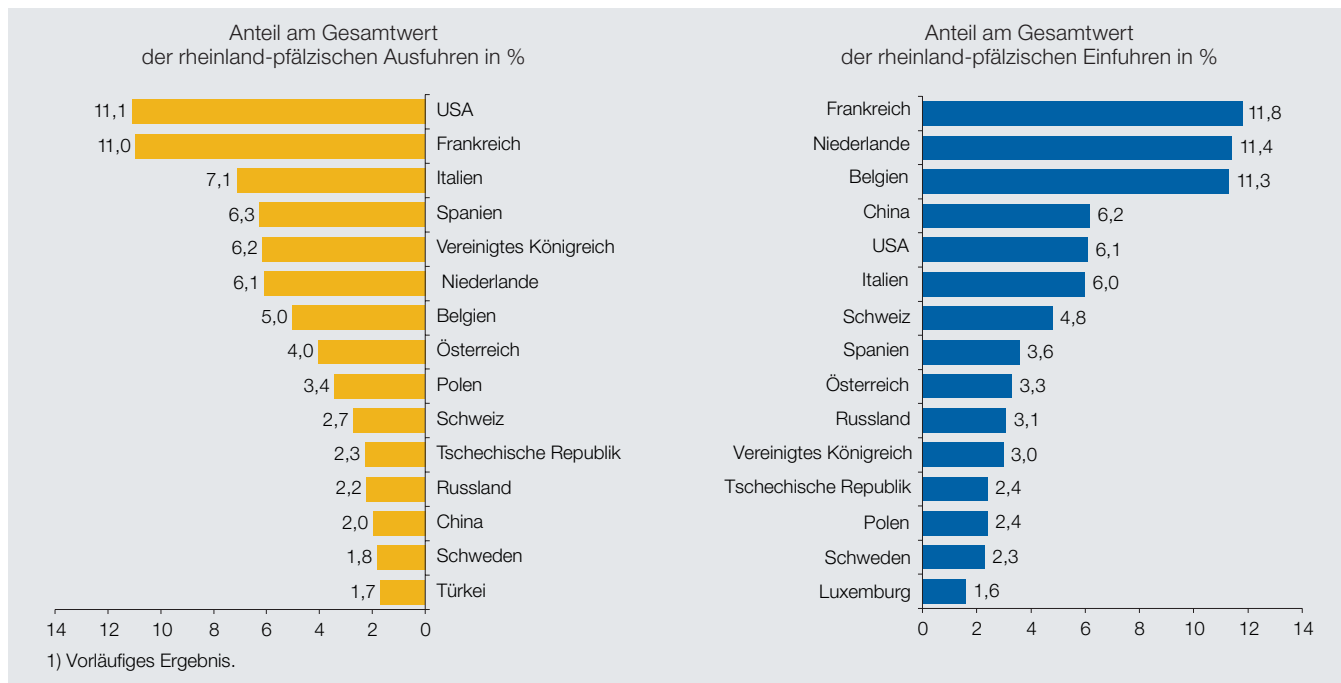
Die Aufwertung des Euro gegenüber den Währungen wichtiger Handelspartner und die Abkühlung der Welt-

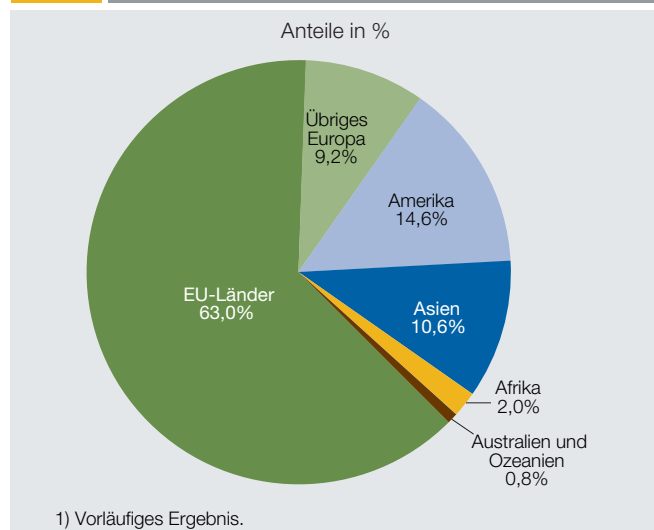
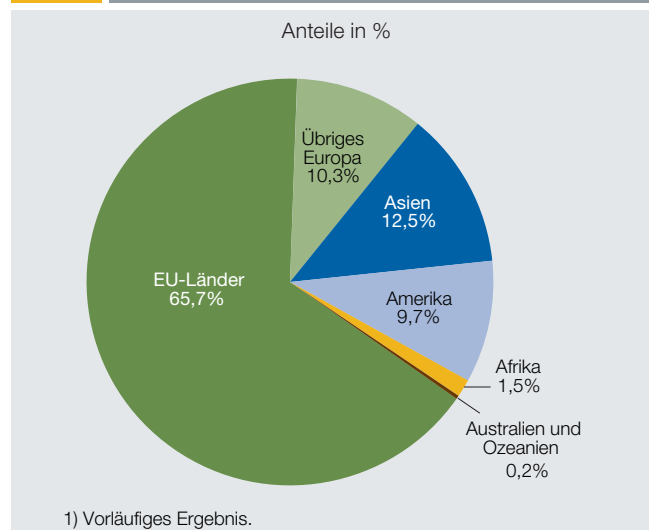
konjunktur hatten im ersten Halbjahr kaum Einfluss auf die Ausfuhren rheinland-pfälzischer Unternehmen. Die rheinland-pfälzische Wirtschaft exportierte von Januar bis Juni 2008 Waren im Wert von 23,3 Mrd. Euro, das waren 17,1% mehr als in den ersten sechs Monaten des vergangenen Jahres. Deutschlandweit wurden im gleichen Zeitraum 6,9% mehr Waren ausgeführt. Der Zuwachs von 3,4 Mrd. Euro in Rheinland-Pfalz ist insbesondere auf pharmazeutische Grundstoffe und Enderzeugnisse, chemische Halb- und Enderzeugnisse, Maschinen sowie Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge zurückzuführen.

Der Wert der Wareneinfuhren lag in Rheinland-Pfalz bei 13,5 Mrd. Euro und damit um 6,1% höher als im

Zeitraum von Januar bis Juni 2007 (Deutschland: +7,4%). Der Zuwachs von 772,1 Mill. Euro in Rheinland-Pfalz beruht überwiegend auf dem gestiegenen Wert der Importe von Halbwaren wie Mineralölerzeugnissen und von Enderzeugnissen. Zu den Enderzeugnissen gehören u. a. Fahrgestelle, Kfz-Teile und Zubehör, Eisen-, Blech- und Metallwaren, Kunststoff- und Kautschukwaren, Bergwerks-, Bau- und Baustoff- sowie Werkzeugmaschinen. Der Preisanstieg bei Rohöl und Mineralölprodukten ist trotz der Abmilderung durch den starken Euro deutlich zu spüren. Die Importmenge von Erdgas und Erdöl lag beispielsweise um 16,2% niedriger als im ersten Halbjahr 2007, der Warenwert verringerte sich aber lediglich um 2,1%.

Die 15 wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner im 1. Halbjahr 2008¹⁾



Rheinland-pfälzische Ausfuhren im 1. Halbjahr 2008¹⁾ nach Bestimmungsregionen

Rheinland-pfälzische Einfuhren im 1. Halbjahr 2008¹⁾ nach Herkunftsregionen


Ausfuhren im Detail

Gut sieben Zehntel der rheinland-pfälzischen Ausfuhren – Waren im Wert von 16,8 Mrd. Euro – gingen in das europäische Ausland (+10,6%). Für 14,7 Mrd. Euro wurden Waren in die Länder der Europäischen Union (EU-27) exportiert (+10,4%). Allein die Länder der Euro-Zone nahmen Güter für 10,3 Mrd. Euro ab (+9,6%). Überdurchschnittlich gut entwickelte sich der Export in die mittel- und ost-europäischen Länder (3 Mrd. Euro; +23,9%).

Hauptabnehmerländer der rheinland-pfälzischen Exporte waren die USA (2,59 Mrd. Euro; +83,8%) knapp vor Frankreich (2,56 Mrd. Euro; +9,2%). Es folgten Italien (1,66 Mrd. Euro; –1,5%), Spanien (1,46 Mrd. Euro; +18,5%) und das Vereinigte Königreich (1,44 Mrd. Euro; –2%).

Einfuhren im Detail

Bei den Einfuhren dominierten ebenfalls die europäischen Handelspart-

ner (10,3 Mrd. Euro; +5,5%). Auch hier entfiel der größte Anteil auf die 27 EU-Staaten (8,9 Mrd. Euro; +5%). Die wertmäßig umfangreichsten Warenlieferungen kamen aus Frankreich (1,59 Mrd. Euro; +6,3%), gefolgt von den Niederlanden (1,54 Mrd. Euro; +16%), Belgien (1,53 Mrd. Euro; +2,7%), China (843 Mill. Euro; +23,8%) und den USA (819 Mill. Euro; +6,6%).

Im ersten Halbjahr mehr Baugenehmigungen im Wohnbau

Sondereffekt verdeckt sinkende Nachfrage privater Bauherren

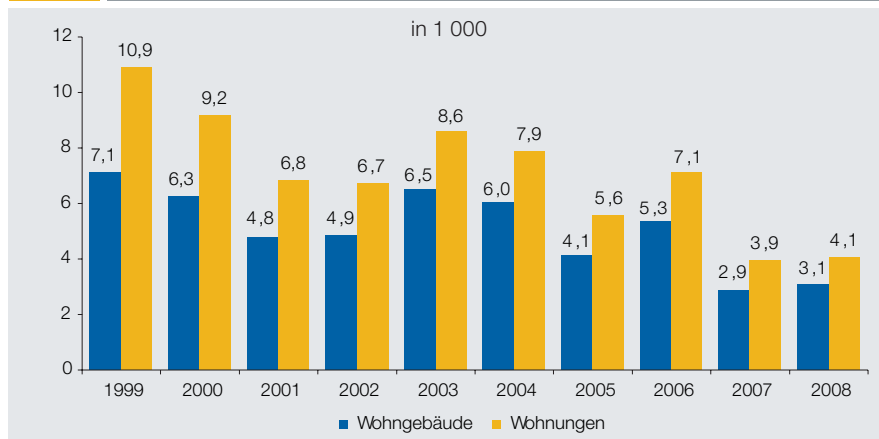
Investitionen im Tourismus, die statistisch dem Wohnungsbau zugeordnet werden, haben im ersten Halbjahr für einen Sondereffekt bei den Baugenehmigungen in Rheinland-Pfalz gesorgt. Die Zahl der genehmigten neuen Wohngebäude lag mit 3 077 um 6,5% höher als in den ersten sechs Monaten des ver-

gangenen Jahres, die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen stieg um 2,8% auf 4 054. Dieser Zuwachs wird teilweise von Unternehmen getragen, die in die touristische Infrastruktur investieren, und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Nachfrage privater Bauherren nach neuen Wohngebäuden seit Monaten tendenziell rückläufig ist. Für das Baugewerbe ergeben sich durch die Investitionen aber Impulse. Auch im Nichtwohnungsbau ist die Entwicklung positiv.

Von den Genehmigungen neuer Wohngebäude entfielen 2 634 bzw. 85,6% auf Einfamilienhäuser, 308 auf Zwei- und 135 auf Mehrfamilienhäuser. Zuwächse sind in erster Linie auf die geplanten Einfamilienhäuser zurückzuführen (+7,8%).

In den rheinland-pfälzischen Landkreisen (2 659 Genehmigungen; +8,4%) entwickelte sich das Genehmigungsaufkommen für neue Bau-

Genehmigte Wohngebäude und Wohnungen (Neubau) im 1. Halbjahr 1999–2008



vorhaben alles in allem günstiger als in den kreisfreien Städten (418 Genehmigungen; –4,1%). In den Landkreisen Bernkastel-Wittlich, Cochem-Zell, Rhein-Pfalz-Kreis, Vulkaneifel und im Westerwaldkreis sowie in den kreisfreien Städten Kaiserslautern und Worms wird das Niveau des Vorjahres am deutlichsten übertroffen.

In eher ländlich geprägten Regionen sind die Wohnungen größer als in Gebieten mit hohem städtischen Anteil. In der Region Rheinhessen – zu der die kreisfreien Städte Mainz und Worms sowie die Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen gehören –

sind die Wohnungen durchschnittlich 96,4 m² groß, für die Region Südpfalz – sie umfasst die kreisfreie Stadt Landau sowie die Landkreise Germersheim und Südliche Weinstraße – ergibt sich eine durchschnittliche Wohnungsgröße von 108,8 m².

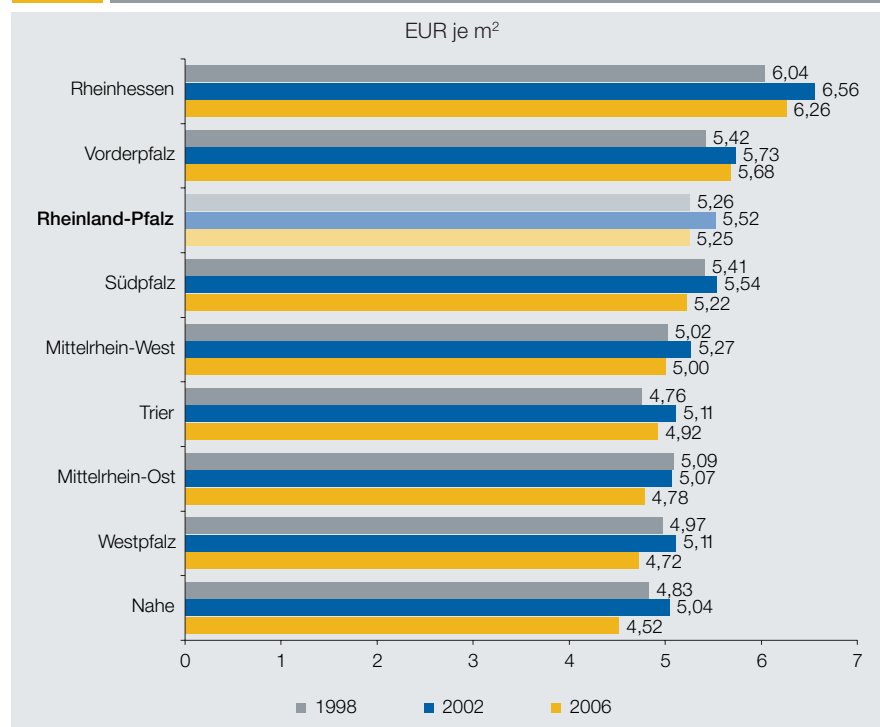
Mehr als die Hälfte der Wohnungen (54,3%) wird von den Eigentümern selbst bewohnt. Rheinland-Pfalz weist damit einen Spitzenplatz unter den Bundesländern auf. Wer zur Miete wohnt, muss dafür im Monat durchschnittlich 398 Euro Bruttokaltmiete bezahlen; das entspricht einem Quadratmeterpreis von 5,25 Euro. Im Vergleich zu 2002 liegt die Durchschnittsmiete damit um rund 5% niedriger. Auch bei den Mieten gibt es erhebliche regionale Unterschiede.

Wohnungen durchschnittlich knapp 104 m² groß

Mietwohnungen liegen im Schnitt bei 78 m²

In Rheinland-Pfalz gibt es rund 1,74 Mill. bewohnte Wohneinheiten. Dabei ist eine Wohnung durchschnittlich 103,9 m² groß. Eigentümerwohnungen haben durchschnittlich 125,6 m² Wohnfläche, Mietwohnungen sind im Mittel 78,2 m² groß. Jede Rheinland-Pfälerin und jeder Rheinland-Pfälzer verfügt rechnerisch über 47,1 m² Wohnfläche, wobei in Eigentümerhaushalten mit 51,8 m² mehr Platz je Bewohner vorhanden ist als in Mietwohnungen (40,4 m²).

Durchschnittliche Bruttokaltmiete 1998, 2002 und 2006 nach Regionen



Spitzenreiter mit einer Quadratmetermiete von 6,26 Euro ist die Region Rheinhessen, am günstigsten wohnen die Mieter in der Region Nahe – sie umfasst die Landkreise Bad Kreuznach und Birkenfeld – mit einem Mietpreis von 4,52 Euro je m².

Die Daten stammen aus der Mikrozensus-Zusatzbefragung 2006. Der Mikrozensus wird bei einem Prozent aller Privathaushalte jährlich durchgeführt. Im vierjährigen Turnus wird nach der Wohnsituation gefragt.

Die Miete (Bruttokaltmiete) setzt sich zusammen aus der Grundmiete und den „kalten“ Betriebskosten. Unter Grundmiete wird der monatliche Betrag verstanden, der mit dem Vermieter als Entgelt für die Überlassung der ganzen Wohneinheit zum Zeitpunkt der Zählung vereinbart war.

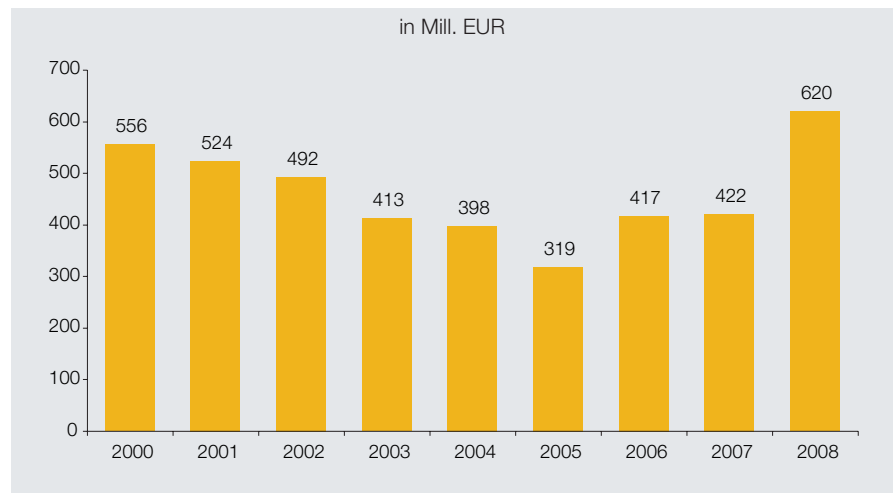
Weiterhin starke Baunachfrage im Nichtwohnungsbau

Investitionsvolumen deutlich höher als im ersten Halbjahr 2007

Die Baubranche bekommt weiterhin Impulse aus dem Nichtwohnungsbau. Im ersten Halbjahr 2008 wurden 1 380 Genehmigungen für Neubauten und Maßnahmen an bestehenden Gebäuden erteilt, das waren 10,6% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Von den genehmigten Bauprojekten waren 773 Neubauten (+8,7%).

Für die Baumaßnahmen außerhalb des Wohnungsbaus sind insgesamt fast 845 Mill. Euro veranschlagt,

Voraussichtliche Baukosten der genehmigten Neubauten im Nichtwohnungsbau im 1. Halbjahr 2000–2008



43,8% mehr als im ersten Halbjahr 2007. Allein für die Neubauten sind Baukosten in Höhe von 620 Mill. Euro vorgesehen (+46,7%).

Da unter den Baufreigaben für gewerbliche Betriebs-, Büro-, Handels- und Lagergebäude sowie für Gebäude der öffentlichen Hand einige Großprojekte sind, ist die vorgesehene Nutzfläche mit 807 000 m² um mehr als ein Viertel größer als im ersten Halbjahr 2007.

Bei den nichtlandwirtschaftlichen Betriebsgebäuden – hier wurde die Errichtung von 442 neuen Gebäuden genehmigt (+8,3%) – haben die Handels- und Lagergebäude den größten Anteil. Die Zahl der Genehmigungen verharrte in diesem Segment im ersten Halbjahr 2008 auf dem Vorjahresniveau. Die darin vorgesehene Nutzfläche von 323 200 m² übertrifft den Vorjahreswert aber um 23,5%. Die voraussichtlichen Baukosten liegen mit 214 Mill. Euro um 52,5% über dem Investitionsvolumen in der

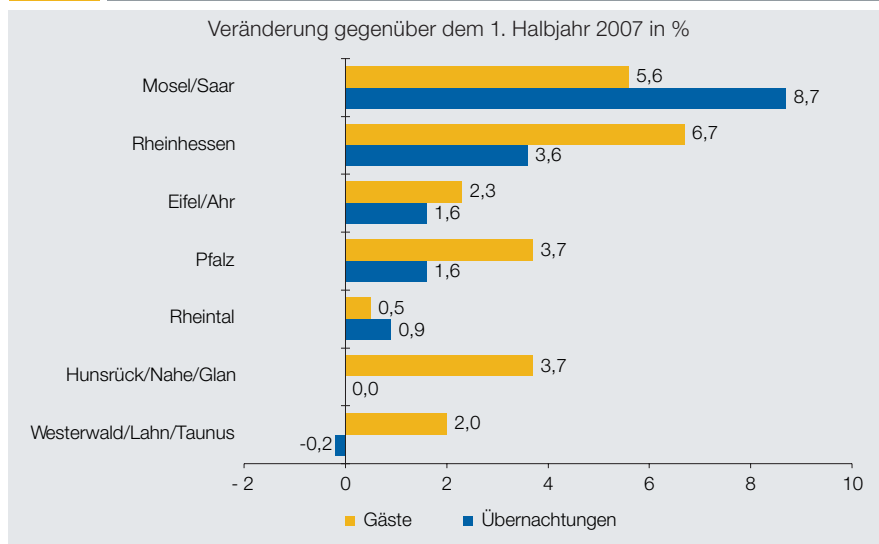
ersten Jahreshälfte des Vorjahres. Bei den Fabrik- und Werkstattgebäuden ist die Zahl der Baufreigaben mit 126 neuen Gebäuden um ein Drittel höher als im ersten Halbjahr 2007. Die hierfür angesetzten Investitionen von 78 Mill. Euro übersteigen den Vorjahreswert um fast 18%.

Rheinland-pfälzischer Tourismus mit positiver Halbjahresbilanz

Erstmals mehr als 9 Mill. Übernachtungen

Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe liegen auf Rekordkurs: Erstmals wurde die Marke von 9 Mill. Übernachtungen bereits im ersten Halbjahr übersprungen. Auch die Gästezahl war mit 3,4 Mill. so hoch wie noch nie zur „Halbzeit“; die Gäste buchten insgesamt mehr als 9,1 Mill. Übernachtungen. Die Zahl der Gäste lag um 3,7% höher als im gleichen Vorjahreszeitraum, bei den Übernachtungen ergab sich ein Plus von 3%.

Gäste und Übernachtungen im 1. Halbjahr 2008 nach Fremdenverkehrsgebieten



Mit Ausnahme der Regionen Westerwald/Lahn/Taunus und Hunsrück/Nahe/Glan verzeichneten die rheinland-pfälzischen Fremdenverkehrsgebiete in den ersten sechs Monaten sowohl bei den Gäste- als auch bei den Übernachtungszahlen Zuwächse. Das höchste Übernachtungsplus erzielte dabei die Region Mosel/Saar, was auch auf den Ausbau von Kapazitäten zurückzuführen ist. Im Hunsrück blieben die Übernachtungszahlen unverändert, im Westerwald waren sie leicht rückläufig.

Bei den verschiedenen Anbietern verlief die Entwicklung fast durchweg positiv. Abgesehen von den Gasthöfen konnten alle anderen Betriebsarten das Gäste- und das Übernachtungsvolumen ausweiten, insbesondere in den Bereichen Feriencentren und Hotels garnis.

Nahezu vier Fünftel der Übernachtungen entfielen auf den Inländertou-

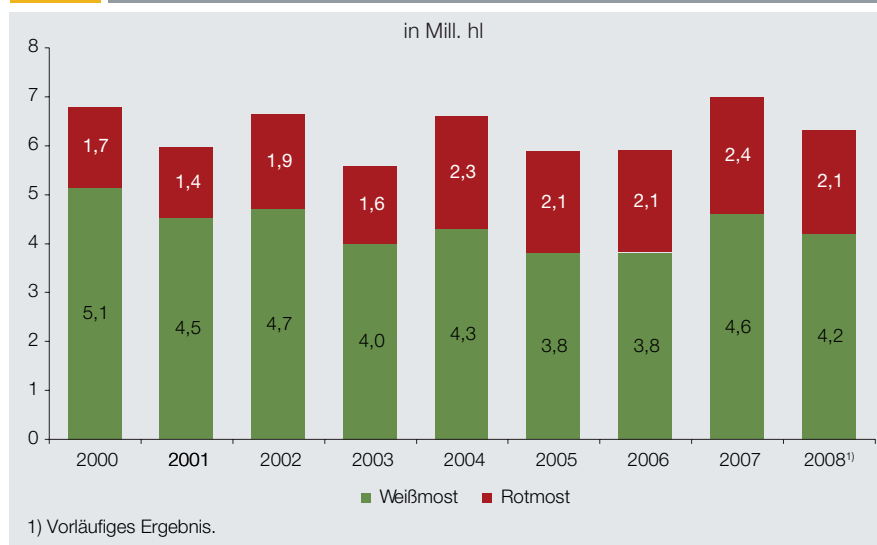
rismus. Hier war in den ersten sechs Monaten ein Zuwachs von 1,6% zu verzeichnen. Deutlich stärker nahmen die Übernachtungszahlen der Auslandsgäste zu (+8,7%). Mehr als die Hälfte der Übernachtungen von Ausländerinnen und Ausländern entfiel auf Gäste aus den Niederlanden und aus Belgien.

Im Monat Juni kamen weniger Übernachtungsgäste nach Rheinland-Pfalz als ein Jahr zuvor. Zwar konnten im Ausländertourismus Steigerungen verzeichnet werden, diese reichten jedoch nicht aus, um die rückläufigen Zahlen im Inländertourismus zu kompensieren. Ein Grund für den Rückgang könnte der spätere Beginn der Sommerferien in Nordrhein-Westfalen sein. Im vergangenen Jahr waren Teile der Ferien im bevölkerungsreichsten Bundesland in den Juni gefallen.

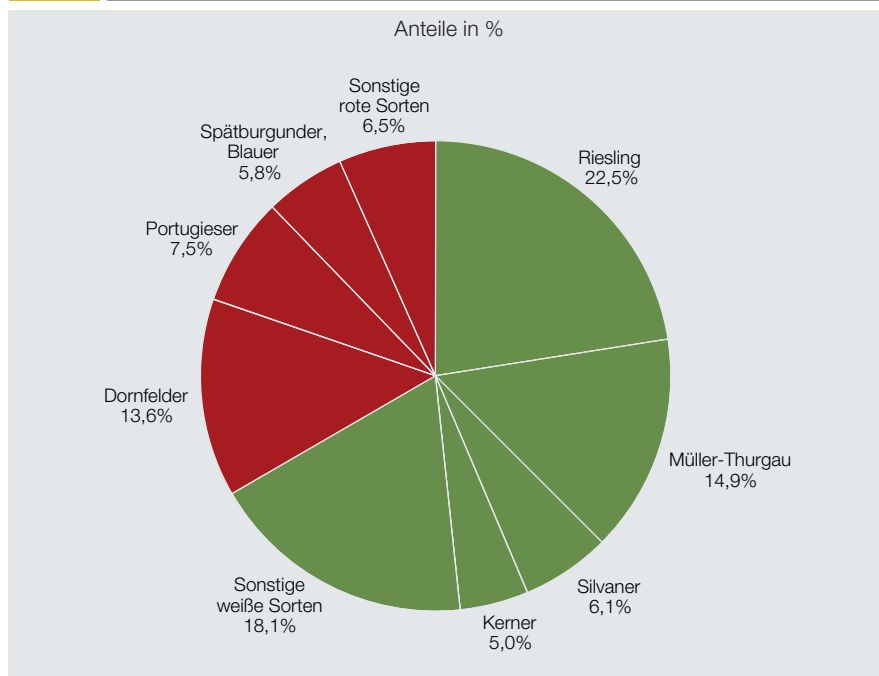
Leicht unterdurchschnittliche Weinmosternte erwartet

Auf 6,3 Mill. hl schätzten die Ernteberichtersterterinnen und Ernteberichtersterter des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz Ende August die Erntemenge für Weinmost. Sie läge damit um 3,1% unter dem Durchschnitt der vergangenen zehn Jahre. Die endgültige Erntemenge des Vorjahres von 6,8 Mill. hl wird voraussichtlich um 7,1% unterschritten.

Weinmosternte 2000–2008



Vorläufige Weinmosternte 2008 nach Rebsorten



Von der erwarteten Gesamterntemenge werden etwa zwei Drittel auf Weißmost und ein Drittel auf Rotmost entfallen. Im langjährigen Durchschnitt waren 72% der Erntemenge weiße Moste.

Bezüglich der Qualität wird ein guter Jahrgang erwartet. Dies könnte sich allerdings noch ändern. Durch die wechselhafte Witterung in den letzten Wochen ist im größeren Umfang mit Fäulnis zu rechnen, die zu Qualitätseinbußen führen kann.

Gut die Hälfte der prognostizierten Erntemenge entfällt auf die drei Rebsorten Riesling (1,42 Mill. hl), Müller-Thurgau (940 000 hl) und Dornfelder (860 000 hl). Während die Erntemenge vom Riesling gegenüber dem Vorjahr um 6,1% steigt, wird sie sich beim Müller-Thurgau (–9,9%) und Dornfelder (–21%) verringern.

Im Rahmen der Ernte- und Betriebsberichterstattung berichten rund 370 Ernteberichterstatte(r)innen und Ernteberichterstatte(r) regelmäßig über die Wachstumsstände der Reben und die Weinmosterträge. Bei den Ertragsschätzungen wird immer davon ausgegangen, dass der weitere Witterungsverlauf keine Extreme aufweist.

Immer mehr unter 3-Jährige in Tageseinrichtungen oder in Tagespflege

Quote klettert binnen Jahresfrist von 12,1 auf 15,1%

Die Zahl der unter 3-Jährigen, die eine Kindertageseinrichtung besuchen oder von einer Tagesmutter betreut werden, steigt in Rheinland-Pfalz weiter. Zum Stichtag 15. März 2008 besuchten insgesamt 13 467

Jungen und Mädchen eine Kindertageseinrichtung, das waren 13,8% aller unter 3-Jährigen. Bei der Erhebung im März 2007 waren es 11 150 Kinder (11,3%). Weitere 1 221 Kinder unter drei Jahren wurden in öffentlich geförderter Kindertagespflege von Tagesmüttern und -vätern betreut; das waren 479 mehr als ein Jahr zuvor. Die Betreuungsquote stieg hier von 0,8 auf 1,3%. Damit wurden im März 2008 insgesamt 15,1% aller unter 3-Jährigen betreut, ein Jahr zuvor waren es 12,1%. Bis 2013 soll nach dem vom Deutschen Bundestag beschlossenen Kinderförderungsgesetz für ein Drittel der Kinder unter drei Jahren Betreuungsplätze zur Verfügung stehen.

Den höchsten Wert unter den kreisfreien Städten verzeichnete wie im Vorjahr Trier mit 25,6%. Bei den Kreisen lag erneut der Landkreis Südwestpfalz an der Spitze; die Quote erreichte dort 22,9%. Unter den kreisfreien Städten hatte Worms mit 9,8% die niedrigste Betreuungsquote, unter den Kreisen bildete der Landkreis Altenkirchen mit 9% das Schlusslicht. Mit Ausnahme von Pirmasens, wo es einen leichten Rückgang gab, ist die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen gegenüber dem März 2007 in allen Landkreisen und kreisfreien Städten gestiegen.

Der Anteil der Kinder, die bei Tagesmüttern oder -vätern betreut werden, war in den kreisfreien Städten deutlich höher als in den Landkreisen. In den Städten wurden 2,5% der unter 3-Jährigen in öffentlich geförderter

Kindertagespflege betreut, in den Landkreisen waren es nur 0,8%. Rein privat organisierte Betreuungsverhältnisse, die nicht vom Jugend-

amt registriert werden, sind in diesen Zahlen nicht enthalten.

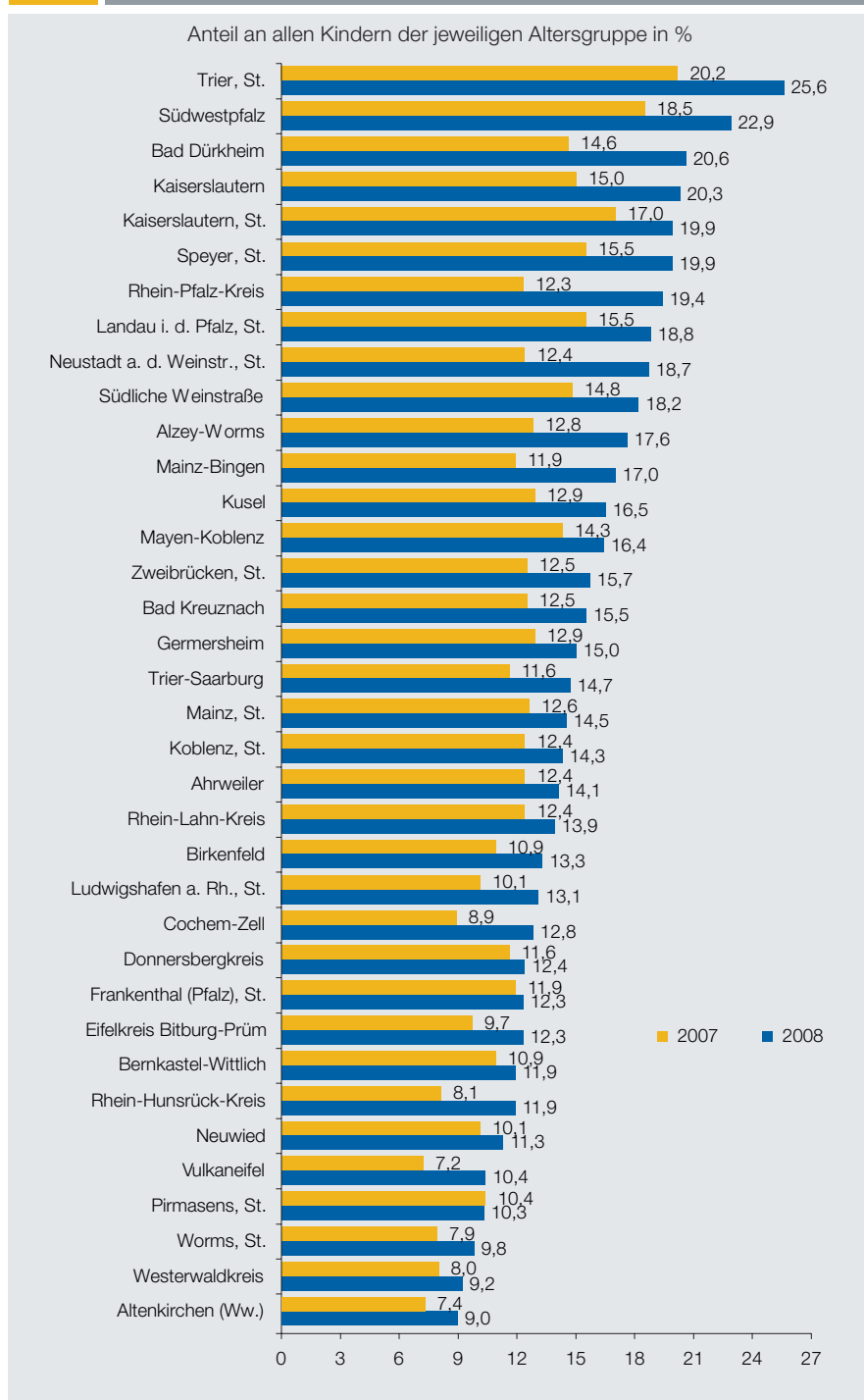
Bei der Betreuung der unter 3-Jährigen ist ein deutliches Nord-Süd-

Gefälle zu erkennen. Von den 16 Kreisen bzw. kreisfreien Städten mit überdurchschnittlichen Betreuungsquoten liegen mit der Stadt Trier und dem Landkreis Mayen-Koblenz lediglich zwei im Norden bzw. Westen des Landes. Die beiden nördlichsten Landkreise – Altenkirchen und Westerwaldkreis – weisen die niedrigsten Betreuungsquoten auf. Deutlich über dem Durchschnitt liegen die meisten Landkreise und kreisfreien Städte in der Pfalz. Dort sind Kindergartenplätze für 3- bis 6-Jährige, die wegen sinkender Kinderzahlen nicht mehr benötigt wurden, offenbar in stärkerem Maße in Betreuungsplätze für unter 3-Jährige umgewandelt worden. Gleichzeitig hat es in einigen Landkreisen im Süden des Landes einen weiteren Ausbau der Plätze in Kindertageseinrichtungen gegeben.

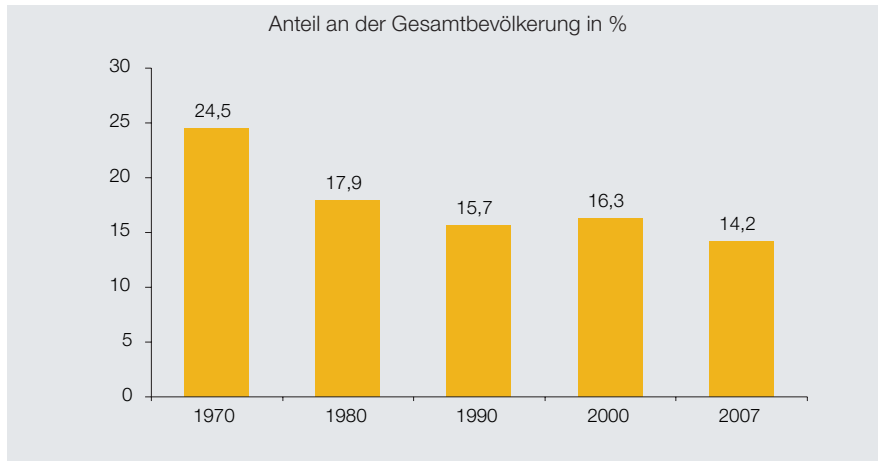
Im März 2008 gab es in Rheinland-Pfalz insgesamt 2 414 Tageseinrichtungen, in denen 142 621 Kinder betreut wurden. Neben Krippen und Kindergärten sind in diesen Zahlen auch 29 436 Hortplätze für Schulkinder enthalten. Fast 70% der versorgten Kinder waren zwischen drei und sechs Jahre alt, 9,4% der Kinder waren noch keine drei Jahre und fast 21% zwischen sechs und 14 Jahre alt. In den Einrichtungen waren rund 26 700 Personen beschäftigt. Gut 28% der in Kindertageseinrichtungen betreuten Kinder wiesen einen Migrationshintergrund auf, d.h., mindestens ein Elternteil ist ausländischer Herkunft bzw. in der Familie wird vorrangig nicht deutsch gesprochen.

In öffentlich geförderter Kindertagespflege wurden im März 2008 insgesamt 2 751 Kinder von Tagesmüttern

Unter 3-jährige Kinder in Kindertageseinrichtungen und staatlich geförderter Kindertagespflege 2007 und 2008



Kinder unter 15 Jahren 1970–2007



und -vätern betreut; das waren 878 mehr als ein Jahr zuvor.

Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung so niedrig wie noch nie

Am Jahresende 2007 lebten 574 096 Kinder unter 15 Jahre in Rheinland-Pfalz, das entsprach einem Anteil von 14,2% an der Gesamtbevölkerung. Einen solch niedrigen Kinderanteil hat es in Rheinland-Pfalz bislang nicht gegeben. Zu Beginn der 1970er-Jahre war noch rund ein Viertel aller Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer jünger als 15 Jahre. Im Jahr 1970 lebten knapp 896 000 Kinder unter 15 Jahren im Land.

Infolge des „Pillenknicks“ hatte sich die Zahl in den 1970er- und 1980er-Jahren stark reduziert, der Kinderanteil war im Jahr 1987 erstmals unter 15% gefallen. In den 1990er-Jahren waren die geburtenstarken Jahrgänge der 1950er- und 1960er-Jahre Eltern geworden und hatten für einen leichten Anstieg der Kinderzahlen

gesorgt. Hinzu kamen Zuzüge junger Familien aus Ostdeutschland sowie aus Mittel- und Osteuropa. Der Nachwuchs der „Babyboomer“ entwächst dem Kindesalter, und die nachfolgenden Elternjahrgänge sind deutlich schwächer besetzt, sodass auch weiterhin mit sinkenden Kinderzahlen zu rechnen ist. Die Geburtenrate verharrt seit den frühen 1970er-Jahren auf niedrigem Niveau. Im Jahr 1970 lag sie bei 2,14 Kindern je Frau, für das Jahr 2007 errechnete sich ein Wert von 1,37.

Der Kinderanteil ist in den kreisfreien Städten niedriger als in den Landkreisen. Auf 100 Einwohner kamen Ende 2007 in den Städten 13 Kinder, in den Landkreisen waren es 14,6. Die Spannweite reichte in den Städten von 14,1% in Worms bis zu 11,9% in Trier. Unter den Landkreisen hatte der Westerwaldkreis mit 15,5% den höchsten Kinderanteil, im Landkreis Südwestpfalz kamen auf 100 Einwohner nur 13,2 Kinder unter 15 Jahre.

Weniger Studierende erhalten BAföG

Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler steigt

Die Zahl der Studierenden in Rheinland-Pfalz, die BAföG beziehen, ist im vergangenen Jahr leicht gesunken – trotz eines weiteren Anstiegs der Studierendenzahlen insgesamt. Rund 22 740 Studentinnen und Studenten erhielten Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, das waren 177 weniger als im Jahr 2006 (–0,8%). Zum Vergleich: Die Zahl der Studierenden lag im Wintersemester 2007/2008 bei 105 630 und damit um 2,4% höher als ein Jahr zuvor.

Ein Grund für den Rückgang könnte sein, dass die Freibetragsgrenzen seit einigen Jahren nicht angepasst wurden. Zum 1. Oktober 2008 sollen die sogenannten Elternfreibeträge um 8% erhöht werden, sodass voraussichtlich auch der Kreis der Anspruchsberechtigten wieder steigt. Nach der BAföG-Reform im Jahr 2001 hatte sich die Zahl der geförderten Studierenden zunächst deutlich erhöht; in den zurückliegenden beiden Jahren waren nur noch leichte Zuwächse festzustellen.

Von den BAföG-Beziehern in Rheinland-Pfalz waren 15 016 an einer wissenschaftlichen Hochschule und 7 687 an einer Fachhochschule immatrikuliert. Sie erhielten durchschnittlich 364 Euro im Monat.

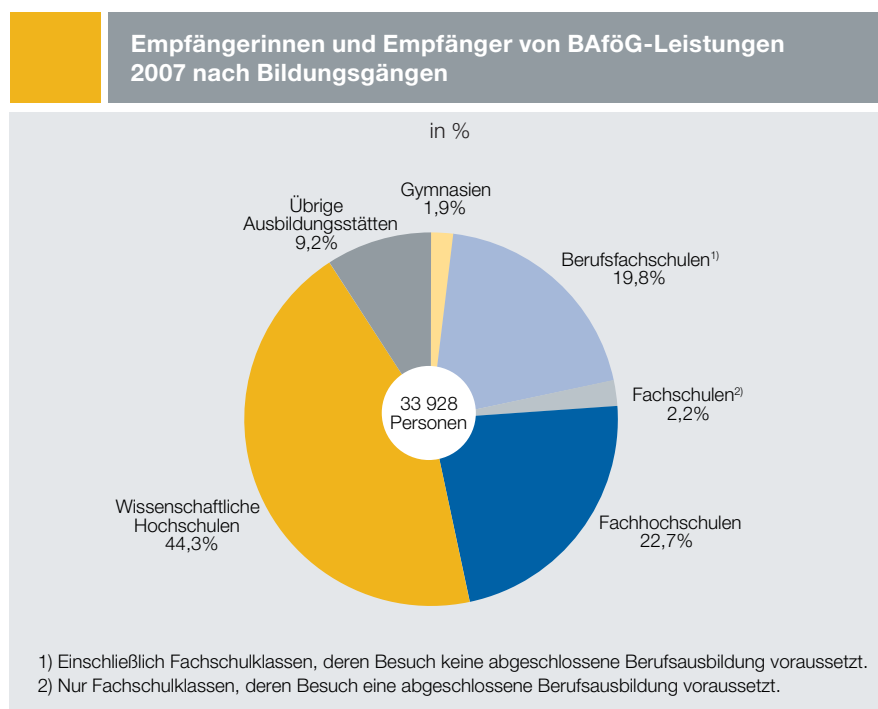
Leicht zugenommen hat im Jahr 2007 die Zahl der geförderten Schülerinnen und Schüler. Sie stieg gegenüber dem Vorjahr um 0,8% auf 11 184. Von ihnen besuchten 6 714 eine Berufsfachschule (+2,7%), 746 eine Fachschule (–1,6%) und 658 ein Gymnasium (–1,9%). Außerdem wurden 3 107 Schülerinnen und Schüler an sonstigen Ausbildungsstätten gefördert, zu denen beispielsweise Integrierte Gesamtschulen und Abendgymnasien gehören. Ihre Zahl ging gegenüber dem Vorjahr um 2,5% zurück. Schülerinnen und Schüler wurden durchschnittlich mit 283 Euro im Monat gefördert.

Im Jahr 2007 erhielten in Rheinland-Pfalz insgesamt 33 928 junge Menschen Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz, das waren in etwa so viele wie im Jahr zuvor. In ganz Deutschland sank die Zahl der Geförderten um 1,4%. In Rheinland-Pfalz wurden für die BAföG-Bezieher insgesamt 87,3 Mill. Euro aufgewendet, das waren 1 Mill. Euro weniger als ein Jahr zuvor (–1,2%). In Form von Zuschüssen wurden 55,4 Mill. Euro ausgezahlt (63,5%), 31,9 Mill. Euro flossen als Darlehen.

Im Jahr 2007 schieden 484 Menschen freiwillig aus dem Leben

Deutlich mehr Selbstmorde als Todesopfer im Straßenverkehr

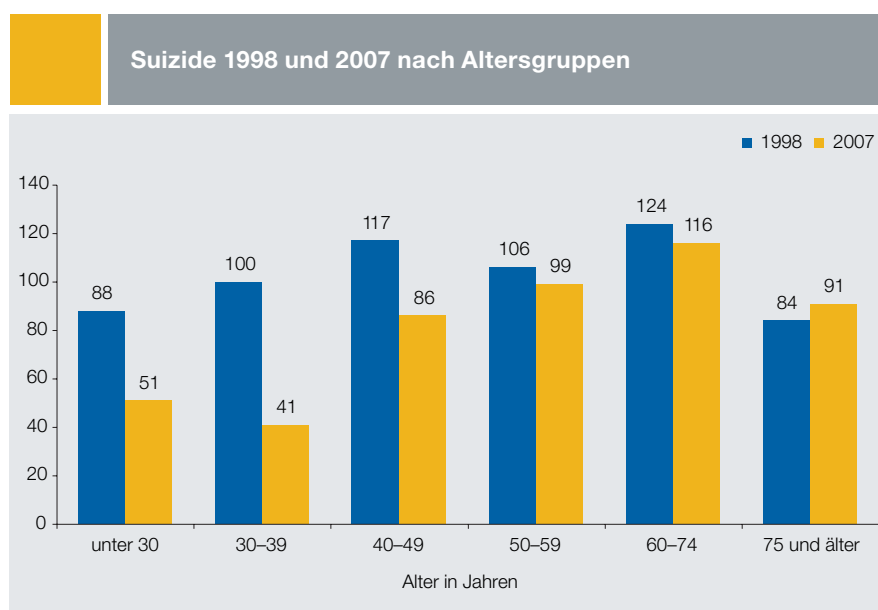
Im vergangenen Jahr wählten 484 Rheinland-Pfälzer – 373 Männer und 111 Frauen – den Freitod. Damit



schieden deutlich mehr Menschen freiwillig aus dem Leben als durch Straßenverkehrsunfälle starben. Im Jahr 2007 wurden 200 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer bei Straßenverkehrsunfällen getötet.

Die Zahl der jungen Menschen, die freiwillig aus dem Leben schieden,

war in den vergangenen Jahren rückläufig. Im Jahr 1998 begingen 88 Menschen, die jünger als 30 Jahre waren, Selbstmord. Im Jahr 2007 wurden 51 Fälle registriert. Älter als 75 Jahre waren 91 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfälzer, die im Jahr 2007 ihrem Leben ein Ende

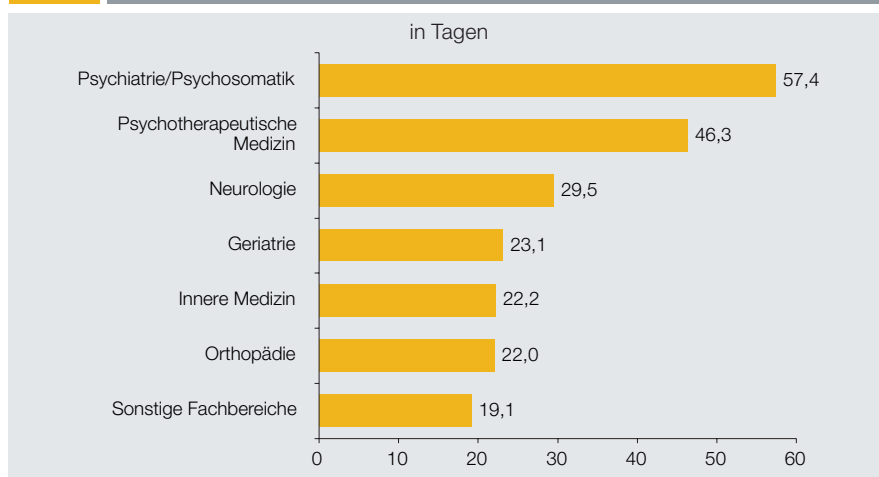


setzten. Im Jahr zuvor waren es 86, im Jahr 1998 wurden 84 Fälle registriert.

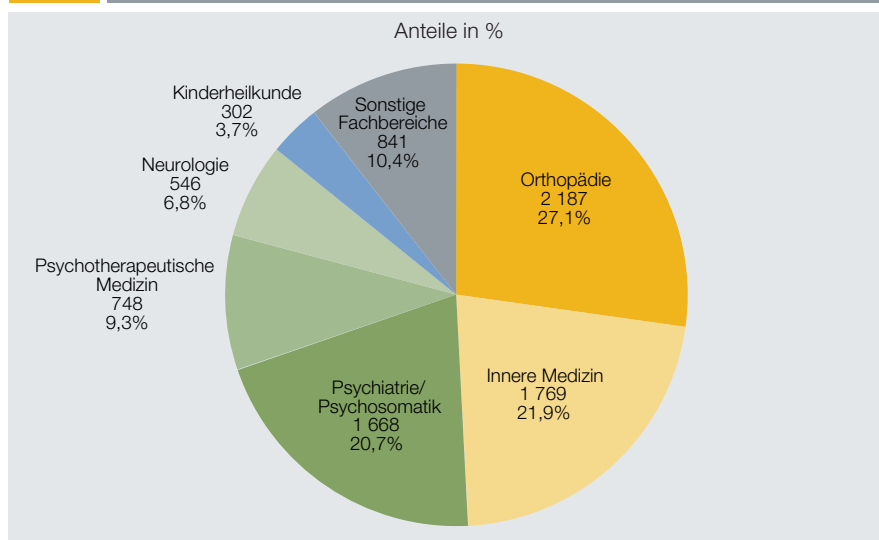
Die Monate mit den meisten Selbstmorden waren im Jahr 2007 der Mai (56) und der Dezember (47). Entgegen der allgemeinen Annahmen weisen die „dunklen“ Wintermonate geringere Selbstmordraten auf als die Sommermonate.

Die Zahlen stammen aus der Todesursachenstatistik. Die Grundlagen dieser Statistik bilden die offiziellen Todesbescheinigungen, auf denen die den Tod feststellenden Ärzte alle zum Tode führenden Ursachen vermerken. Auf der Grundlage dieser Angaben wird dann im Statistischen Landesamt nach international festgelegten Regeln das zum Tode führende Grundleiden ermittelt.

Durchschnittliche Verweildauer in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen 2007 nach Fachabteilungen



Betten in Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen im Jahresdurchschnitt 2007



Knapp 90 000 Patienten in Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen

Die 64 rheinland-pfälzischen Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen behandelten im vergangenen Jahr 89 554 Patientinnen und Patienten. Das waren 6,3% mehr als im Jahr 2006. Die Zahl der Behandlungstage lag mit 2,47 Mill. um 6,5% über dem Vorjahreswert. Der Auslastungsgrad erhöhte sich von knapp 79% im Jahr 2006 auf 84%.

Im Jahr 2006 verbrachten die Patientinnen und Patienten durchschnittlich 27,6 Tage in den Einrichtungen. Am längsten dauerten die Aufenthalte im Bereich Psychiatrie/Psychosomatik (57,4 Tage).

In den Einrichtungen waren 466 Ärzte und 5 196 Beschäftigte des nichtärztlichen Bereichs tätig. Die meisten Personen arbeiteten im medizinisch-technischen Dienst (1 481), gefolgt vom Pflegepersonal (1 238) und dem Wirtschafts- und Versorgungsdienst (725).

Die Zahlen stammen aus der Krankenhausstatistik. Das Statistische Landesamt erhält die Daten einmal im Jahr von den Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen.

Wasser- und Abwasserentgelte

Informationen für alle Gemeinden im Internet abrufbar

Für einen Kubikmeter Trinkwasser mussten rheinland-pfälzische Haushalte im Jahr 2007 durchschnittlich 1,55 Euro bezahlen. Das waren

5 Cent mehr als zwei Jahre zuvor (+3,3%). Die monatliche Grundgebühr, die beispielsweise für Wartung, Netzbetriebung, Einbau und Wechsel von Wasserzählern erhoben wird, belief sich im Landesdurchschnitt auf 4,99 Euro, das waren 22 Cent mehr als im Jahr 2005 (+4,4%).

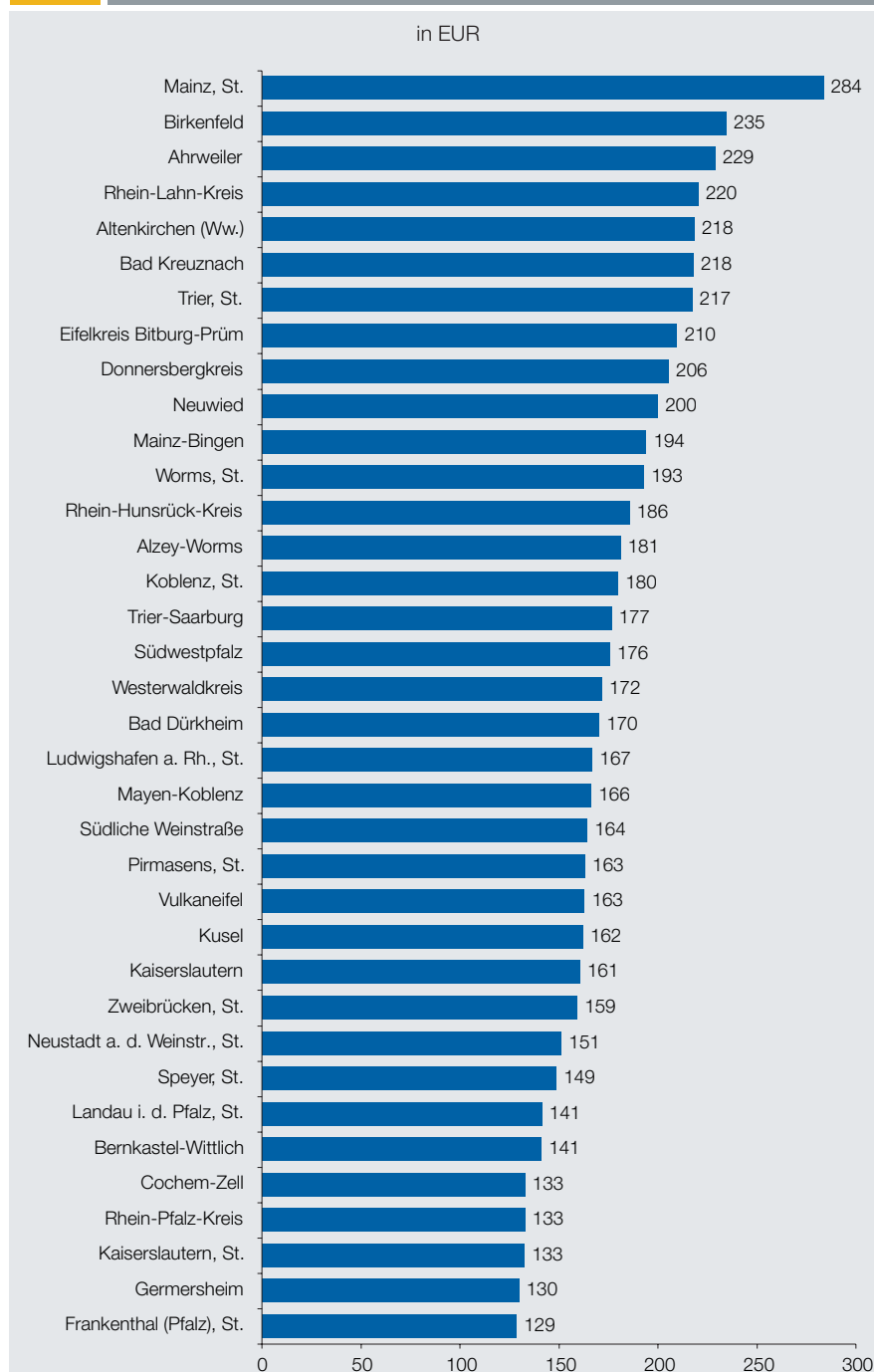
Hinter diesen Durchschnittswerten stecken auf Kreisebene Spannbreiten beim Kubikmeterpreis von 1,28 Euro bis 2,22 Euro, die monatliche Grundgebühr variiert zwischen 1,65 Euro und 9,70 Euro. Ein Haushalt, der im Jahr 80 m³ Trinkwasser verbraucht, musste 2007 dafür im Landesdurchschnitt 184 Euro aufwenden. In der Stadt Mainz waren 284 Euro fällig, Bewohner des Landkreises Germersheim und der Stadt Frankenthal zahlten für die gleiche Trinkwassermenge durchschnittlich weniger als 130 Euro.

Ein Grund für diese Preisspannen liegt im Aufwand, der für die Gewinnung des Wassers erforderlich ist. Ein Versorger, der eine Quelle oberhalb der Ortslage nutzen kann, hat andere Voraussetzungen als ein Anbieter, der zur Wassergewinnung tief bohren und zum Transport aufwendige Pumptechnik einsetzen muss. Diesen Grund nannten Vertreter von Versorgern auf Nachfrage des Statistischen Landesamtes. Sie wiesen auch auf eine Reihe weiterer Ursachen hin. Günstige Preise können auch in der Qualität des geförderten Wassers begründet sein. Wer Wasser aufbereiten muss, hat höhere Kosten als Anbieter, die das geförderte Wasser direkt in die Leitung

einspeisen können. Auch die Länge des Leitungsnetzes beeinflusst den Preis; hier sind vor allem die Versorger in dünn besiedelten ländlichen

Gebieten im Nachteil. Die Gebühren für die öffentliche Trinkwasserversorgung müssen kostendeckend sein. Auch Instandhaltungskosten

Durchschnittliche Trinkwasserentgelte¹⁾ 2007 nach Verwaltungsbezirken



1) Musterhaushalte mit einem Trinkwasserverbrauch von 80 m³ pro Jahr.

sowie die Zinsen und Abschreibungen für Investitionen schlagen sich daher in den Preisen nieder.

Mit dieser neuen Erhebung ist es möglich, die Trinkwasserpreise sowie deren Zusammensetzung landesweit zu vergleichen. Das Internetangebot des Statistischen Landesamtes wurde um einen entsprechenden Service erweitert. Eine Übersicht über die Grundgebühren, die Kubikmeterpreise sowie über die Kosten für ausgewählte Musterhaushalte für die Landkreise und kreisfreien Städte liefert eine Tabelle. Unter „Meine Heimat“ können für alle Ortsgemeinden die Gebühren der Musterhaushalte mit 40, 80 und 120 m³ jährlichem Verbrauch abgerufen werden. Details zur Zusammensetzung der Wasserrechnung (Grundpreis und Kubikmeterpreis) sind ebenfalls bis auf die Gemeindeebene im Themenbereich Umwelt abrufbar. Die Darstellung in „Meine Heimat“ richtet sich stärker an die Verbraucherinnen und Verbraucher, während die Aufbereitung im Themenbereich Umwelt den Versorgern ein Instrument zum Vergleich der Wassergebühren an die Hand geben möchte.

Abwasserpreise

Auch Informationen über die Abwasserentgelte sind im Internet zu finden. Da die Verbandsgemeinden für die Abwasserentsorgung zuständig sind, werden die Preise auf Verbandsgemeindeebene dargestellt. Eine vergleichende Betrachtung ist bei den Abwasserpreisen jedoch

nicht sinnvoll. Hier gibt es eine Fülle von Berechnungsgrundlagen, die es unmöglich macht, die Gebühren einander gegenüberzustellen. Ein Beispiel ist die Berechnung des Oberflächenwassers, das in manchen Verbandsgemeinden pauschal je Grundstück erhoben wird, in anderen auf der Basis der versiegelten Fläche. Im Internet wird daher neben der Höhe der Gebühren auch die Art der Berechnung dargestellt. Für die Preisunterschiede gilt Ähnliches wie für das Trinkwasser. Auch hier schlagen sich die Investitionskosten sowie der unterschiedliche Aufwand für das Kanalnetz und die Kläranlagen nieder.

Die Ergebnisse beruhen auf einer Befragung bei Anstalten, Körperschaften, Unternehmen und anderen Einrichtungen der öffentlichen Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung bzw. bei den zuständigen Gemeinden. Diese Erhebung wird künftig alle drei Jahre durchgeführt. Erfragt werden die

Preise im Erhebungsjahr sowie in den beiden Vorjahren.

„Meine Heimat“ finden Sie im Internet unter www.infothek.statistik.rlp.de. Die Wasser- und Abwasserentgelte stehen unter www.statistik.rlp.de/umw/entgelte/index.html zur Verfügung.

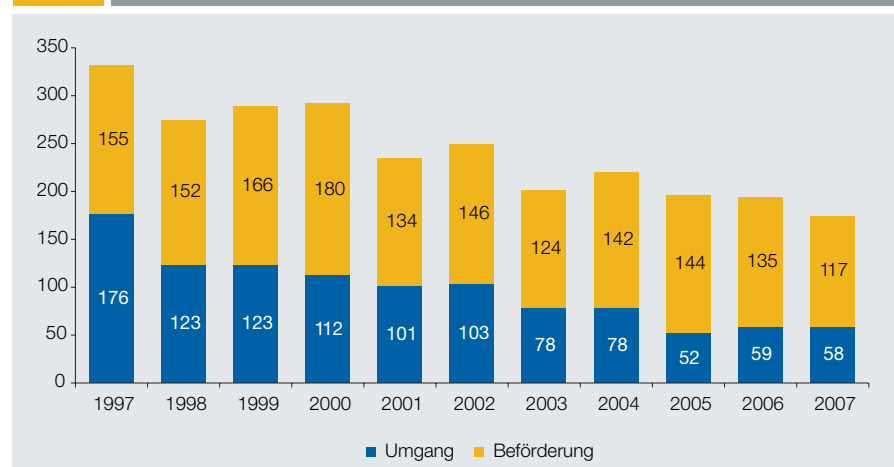
175 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen

55% der Stoffe gelangten in die Umwelt

Bei 175 Unfällen wurden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2007 wassergefährdende Stoffe freigesetzt, insgesamt 748 m³. In die Umwelt gelangten 413 m³ (55%), der Rest konnte wiedergewonnen werden. Im Jahr 2006 hatte es 194 solcher Unfälle gegeben, im Jahr 1997 waren es 331.

Zwei Drittel der von den zuständigen Behörden gemeldeten Unfälle ereigneten sich bei der Beförderung von wassergefährdenden Stoffen.

Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 1997–2007



Hierbei gelangten jedoch lediglich 25 m³ dieser Substanzen in die Umwelt. In der Regel waren es Unfälle mit Straßenfahrzeugen, wobei die Verunreinigungen durch auslaufenden Treibstoff entstanden. Bei den Beförderungsunfällen konnten durch sofort eingeleitete Maßnahmen mehr als drei Viertel des freigesetzten Volumens zurückgewonnen werden.

Bei den 58 Unfällen beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen wurden 723 m³ dieser Substanzen freigesetzt. Die Wiedergewinnungsquote lag bei 44%, d. h. 407 m³ gelangten in die Umwelt. Nahezu die gesamte ausgetretene Stoffmenge war den sonstigen Stoffen zuzurechnen, (z. B.) Jauche, Gülle und Silagesickersaft. Diese in der Landwirtschaft als Düngemittel eingesetzten Stoffe sind keiner Wassergefährdungsklasse zugeordnet, werden aber im Rahmen dieser Erhebung mit erfasst, da in Einzelfällen eine Wassergefährdung durch diese Substanzen nicht auszuschließen ist.

Straßenverkehr fordert im ersten Halbjahr mehr Todesopfer

Zahl der Verletzten niedriger als im Vorjahr

Im ersten Halbjahr 2008 verloren in Rheinland-Pfalz 112 Menschen bei Straßenverkehrsunfällen ihr Leben. Das waren sieben mehr als von Januar bis Juni 2007. Unter den Getöteten waren 69 Pkw-Insassen, im ersten Halbjahr 2007 waren es 62 gewesen. Dagegen lag die Zahl der getöteten Motorradfahrer mit zwölf deutlich unter dem Vorjahreswert von 22. Zugenommen hat die Zahl der getöteten Radfahrer (von acht auf zwölf). Wie im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres starben elf Fußgänger.

Schwer verletzt wurden 1 884 Personen, das waren 5,4% weniger als in der ersten Jahreshälfte des vorigen Jahres. Leichte Blessuren zogen sich 8 022 Unfallbeteiligte zu (–5,8%). Die Zahl der Unfälle lag mit rund 60 200 in etwa auf dem Vorjahresniveau. In gut 52 600 Fällen entstand lediglich

Sachschaden, 3 456 dieser Unfälle wurden als schwerwiegend eingestuft.

Häufigste Unfallursache war auch im ersten Halbjahr 2008 überhöhte Geschwindigkeit. Insgesamt 9 554 Unfälle mit Personenschaden wurden durch Fehlverhalten von Fahrzeugführern verursacht, davon waren 2 114 auf zu hohes Tempo zurückzuführen. Häufige Ursachen waren auch die Missachtung der Vorfahrt (1 359) sowie Fehler beim Ein- oder Abbiegen, Rückwärtsfahren usw. (1 215 Unfälle). In 715 Fällen standen die Fahrzeugführer unter dem Einfluss von Alkohol, Drogen oder Medikamenten.

Die Zahl der Kinder unter 15 Jahren, die bei Unfällen zu Schaden kamen, war im ersten Halbjahr 2008 mit 744 um 9,3% niedriger als im ersten Halbjahr 2007. Ein Kind verlor bei einem Unfall das Leben (2007: 2). Schwere Verletzungen zogen sich 142 Kinder zu (2007: 150), leichte Blessuren trugen 601 Mädchen und Jungen davon (2007: 668 Kinder).

Aus der amtlichen Statistik

Rheinland-Pfalz behauptet überdurchschnittliche Positionen in der Hochschulausbildung und bei der frühkindlichen Förderung

Neuaufgabe der Bildungsindikatoren im Ländervergleich erschienen

In Rheinland-Pfalz beginnen überdurchschnittlich viele junge Menschen ein Hochschulstudium. Auch im Bereich der vorschulischen Bildung erreicht das Land deutschlandweit Spitzenwerte. Zu diesen Ergebnissen kommt die von den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder herausgegebene Studie „Internationale Bildungsindika-

toren im Ländervergleich“. Diese Publikation ergänzt die OECD-Veröffentlichung „Bildung auf einen Blick“, in der für die 30 in dieser Organisation zusammengeschlossenen Mitgliedsstaaten – darunter die führenden Industrienationen – internationale Vergleichszahlen präsentiert werden.

Mit einer Studienanfängerquote von 36,3% liegt Rheinland-Pfalz über dem Bundesdurchschnitt von 35,4% und nimmt damit zusammen mit Hessen (43,5%), Nordrhein-Westfalen (37,8%) und Baden-Württemberg (37,6%) einen vorderen Platz unter den Flächenländern ein. Auch bei der Hochschulabsolventenquote erreicht Rheinland-Pfalz, dessen Schwerpunkte in der Hochschulausbildung in den Bereichen Geistes-, Kunst- und Erziehungswissenschaften sowie Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften liegen, gute Werte. Die Absolventenquote entspricht mit 20,4% dem durchschnittlichen Ergebnis der anderen Flächenländer. In dieser Ländergruppe reichten die Absolventenquoten von 14,1% in Schleswig-Holstein bis zu 21,9% in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen. Ein Vergleich dieser Zahlen mit dem OECD-Durchschnitt von 55,9% ist nur bedingt möglich, da viele Ausbildungsgänge, die in anderen Staaten als akademische Ausbildung angelegt sind, hierzulande außerhalb des Hochschulbereichs angeboten werden, beispielsweise im dualen Ausbildungssystem oder an Fachschulen.

„Gute Qualifikation erhöht die Beschäftigungschancen“, so der Präsident des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz, Jörg Berres. „Die Beschäftigungsquoten der Hochqualifizierten liegen in Rheinland-Pfalz bei 87%, bei Menschen ohne Berufsausbildung sind es nur 54%.“ Im Rahmen des vom Bund und von den Ländern beschlossenen Hochschulpaktes 2020 sollen in den nächsten Jahren die Zahl der Studienplätze und die erforderlichen Personalkapazitäten in Rheinland-Pfalz ausgeweitet werden.

Gemeinschaftsveröffentlichung zur sozialen Mindestsicherung

Anteil von Transferleistungsbeziehern in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich

In Rheinland-Pfalz erhielten Ende des Jahres 2006 rund 304 500 Menschen Leistungen der sozialen Mindestsicherung, das waren 7,5% der gut 4 Mill. Einwohnerinnen und Einwohner. Nur in Bayern (5,3%) und in Baden-Württemberg (5,7%) waren die Anteile niedriger, bundesweit erreichte die Quote 10,1%. Das ist ein Ergebnis einer Untersuchung, die die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder veröffentlicht haben. Sie liefert einen Überblick über Fallzahlen, Strukturen und Ausgaben der sozialen Mindestsicherungssysteme. Als solche werden finanzielle Hilfen des Staates bezeich-

net, die zur Sicherung des grundlegenden Lebensunterhalts gezahlt werden, also beispielsweise die Grundsicherung für Arbeitssuchende („Hartz IV“), die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt sowie die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung.

Die Bildungslaufbahn beginnt in Rheinland-Pfalz schon frühzeitig. So besuchen überdurchschnittlich viele unter 5-Jährige eine öffentliche oder private Bildungseinrichtung. Die OECD-Studie gibt hier eine Untergrenze von drei Jahren vor. Da in Rheinland-Pfalz aber bereits viele unter 3-Jährige betreut werden, ergibt sich eine Quote von 108,5 betreuten Kindern je 100 Kinder in der Altersgruppe der 3- und 4-Jährigen. Nur Thüringen und Sachsen erreichen eine höhere Bildungsbeteiligung dieser Altersgruppe.

Die 130 Seiten starke Publikation „Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ beleuchtet das gesamte Bildungsspektrum und liefert wichtige Vergleichszahlen über den Bereich der Bildung in Rheinland-Pfalz:

Die „Internationalen Bildungsindikatoren im Ländervergleich“ können www.statistikportal.de/Statistik-Portal/Bildungsindikatoren_2008.pdf kostenfrei als PDF-Datei (1 489 kB) heruntergeladen werden.

Das Printexemplar kostet 18 Euro und kann unter folgender Adresse bestellt werden: Statistisches Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems. Telefon: 02603/712 450, Telefax: 02603/71 194 322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.



Sicherungssysteme wird auch die regionale Verteilung deutlich. Die vorgelegte Veröffentlichung ist eine erste Bestandsaufnahme, der weitere Untersuchungen folgen werden. In diesen kommt der Bereitstellung von Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung auf der Ebene von Bund und Ländern eine besondere Bedeutung zu.

- Die mit Abstand größten Teile der Empfängerinnen und Empfänger wie auch der aufgewendeten Mittel entfielen auf die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Grundsicherung für Arbeitssuchende), die umgangssprachlich als „Hartz IV“ bezeichnet werden. In Rheinland-Pfalz gab es Ende 2006 insgesamt knapp 260 200 Empfängerinnen und Empfänger, das waren 8% der Bevölkerung unter 65 Jahre. Bundesweit lag diese Quote bei 11%. Im erwerbsfähigen Alter waren 183 200 Empfängerinnen und Empfänger, sie erhielten das sogenannte Arbeitslosengeld II. An gut 77 000 im Haushalt lebende nicht erwerbsfähige Familienangehörige – insbesondere Kinder – wurde das sogenannte Sozialgeld gezahlt.
- Gut 31 800 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer erhielten Ende 2006 Leistungen der Grundsicherung

im Alter und bei Erwerbsminderung. Von ihnen waren 14 700 zwischen 18 und 65 Jahre alt und bezogen die Leistungen wegen voller Erwerbsminderung, 17 100 Empfängerinnen und Empfänger waren 65 Jahre und älter. Auf 100 Personen zwischen 18 und 65 Jahren kam eine Empfängerin bzw. ein Empfänger von Grundsicherung wegen Erwerbsminderung (Deutschland: ebenfalls 1%), für die Grundsicherung im Alter, die ab 65 Jahren gezahlt wird, errechnet sich für Rheinland-Pfalz eine Quote von 2,1% (Deutschland: 2,3%).

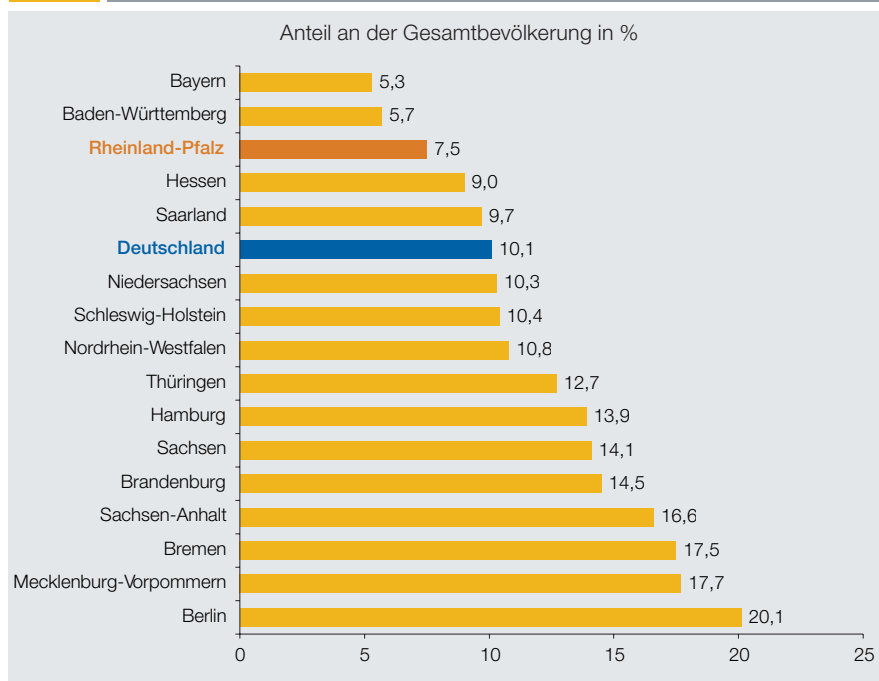
- Die „originäre“ Sozialhilfe, also die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, hat seit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe („Hartz IV“) an Bedeutung verloren.



Sie wird seit dem 1. Januar 2005 nur noch an nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige gezahlt, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenen Mitteln oder durch Leistungen anderer Sozialleistungsträger decken können. Dazu gehören z. B. vorübergehend Erwerbsunfähige, längerfristig Erkrankte oder Vorruhestandsrentner mit niedriger Rente. In Rheinland-Pfalz kamen im Jahr 2006 auf 10 000 Einwohner sieben Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, in Deutschland waren es zehn.

Ausführliche Informationen enthält die Veröffentlichung „Soziale Mindestsicherung in Deutschland 2006“. www.statistikportal.de/Statistik-Portal/soziale_mindestsicherung_2006.pdf

Empfängerinnen und Empfänger von sozialer Mindestsicherung 2006 nach Ländern



Verbraucherpreise im September 2008

Im September 2008 lagen die Verbraucherpreise um 2,9% über dem Niveau des Vorjahresmonats. Stärker noch als der Verbraucherpreisindex insgesamt stiegen die Preise in den Hauptgruppen Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+6,1%), Verkehr (+4,7%) sowie bei den Ausgaben rund ums Wohnen (+4,2%). Ausschlaggebend für die Entwicklung in den beiden letztgenannten Gruppen waren erneut die im Vergleich zum September 2007 deutlich gestiegenen Energiepreise. Haushaltsenergie (Strom, Gas, Heizöl) verteuerte sich um 14,8%, die Preise für Kraftstoffe stiegen um 10,9%. Bei den Nahrungsmitteln verteuerten sich vor allem Molkereiprodukte und Eier

(+10,5%) sowie Brot und Getreideerzeugnisse (+7,7%).

Im Vergleich zum Vorjahresmonat sinkende Preise waren bei der Nachrichtenübermittlung (–3,7%) sowie insbesondere im Bildungswesen (–14,8%) zu verzeichnen.

Gegenüber dem Vormonat sank der Verbraucherpreisindex leicht um 0,1%. Deutlichere Ausschläge zeigten sich in den Hauptgruppen „Bekleidung und Schuhe“ (+1,9%), „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–1,7%) sowie „Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen“ (–3,3%). Hierfür spielen saisonale Gründe wie das Ende des Sommerschlussverkaufs bzw. der Haupturlaubszeit eine Rolle.

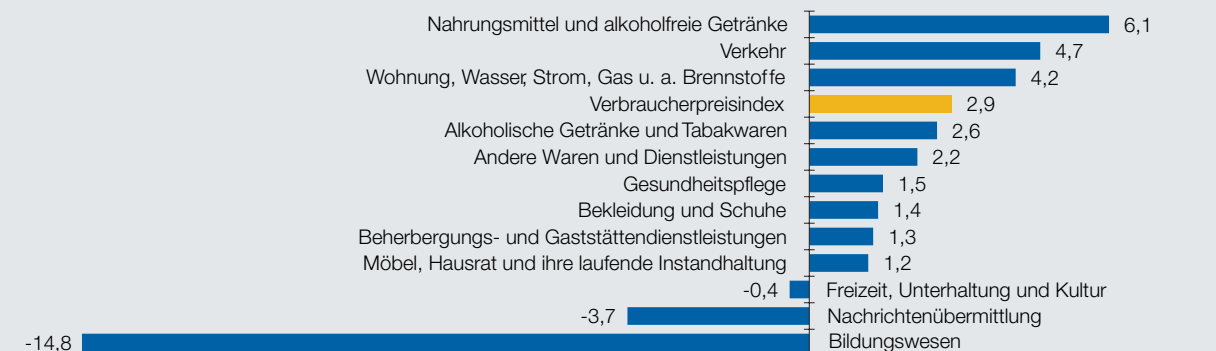
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

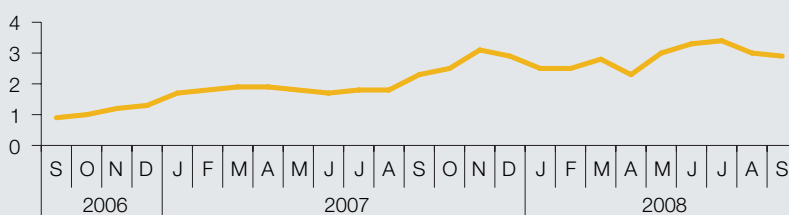
Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2 000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) etwa 17 000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im September 2008

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber September 2007 in %



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



September 2008

- Verbraucherpreisindex: +2,9%
- Ausgewählte Preisentwicklungen:
- Nudeln: +16,6%
- Weintrauben: –4,5%

Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr um 2,2% gestiegen

Verarbeitendes Gewerbe weiterhin Wachstumsmotor



Von Werner Kertels

Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ stieg das Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2008 preisbereinigt um 2,2%. Damit lag es leicht unter dem bundesdurchschnittlichen Wachstum von 2,4%.

Wachstumsmotor blieb das verarbeitende Gewerbe. Mit einem Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung um 4,1% steuerte es gut 40% zum gesamten wirtschaftlichen Wachstum bei.

Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode.

Kräftiger
Anstieg des
Bruttoinlands-
produkts

Das Bruttoinlandsprodukt ist in Rheinland-Pfalz im ersten Halbjahr 2008 erneut kräftig gestiegen.

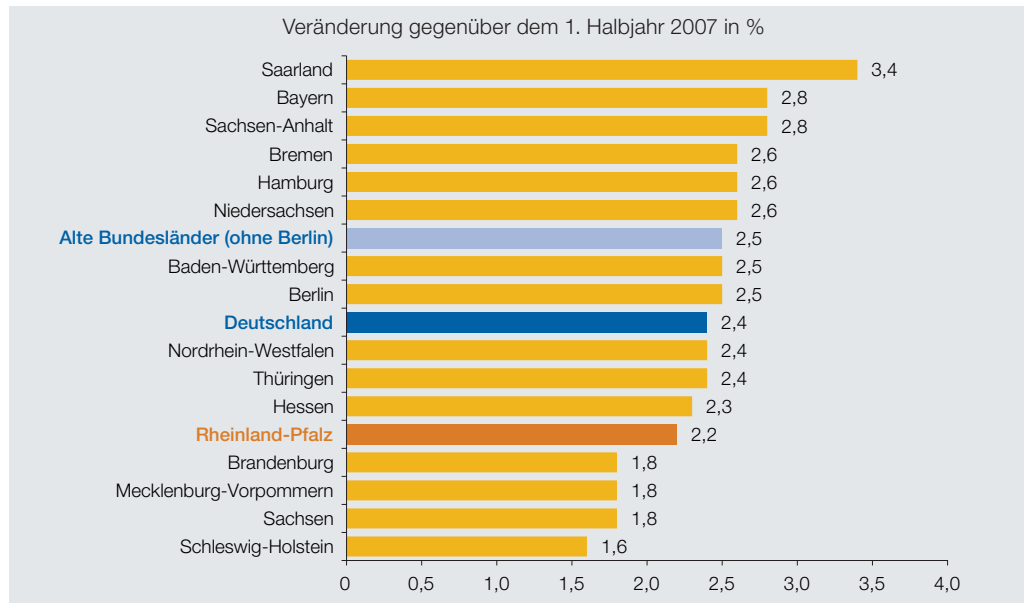
Mit einem Plus von 2,2% fiel das preisbereinigte Wachstum allerdings nicht mehr ganz so stark aus wie im Vorjahr (Jahr 2007: +2,6%). In Deutschland wuchs die Summe der erbrachten wirtschaftlichen Leistung preisbereinigt um 2,4%, wobei Rheinland-Pfalz und acht weitere Länder nur geringfügig vom Bundesdurchschnitt abweichen. In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei 3,6% (Deutschland: 3,7%). Dies sind Ergebnisse der Halbjahrsrechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der

Länder“, die sich auf Basisstatistiken des Berichtszeitraums Januar bis Juni stützt.

Verarbeitendes Gewerbe bleibt Wachstumsmotor

Wesentlich zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen hat wieder die rheinland-pfälzische Industrie. In jeweiligen Preisen erhöhte sich die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe um 4,9% und lag damit geringfügig über dem Bundesdurchschnitt (+4,8%; alte Länder ohne Berlin: +4,5%). Preisbereinigt war die Veränderungsrate mit +4,1% jedoch etwas niedriger als in Deutschland (+4,4%; alte Länder ohne Berlin: +4,1%). Der Grund hierfür ist, dass sich die zur Preisbereinigung verwendeten Erzeugerpreise in den einzelnen Wirtschaftszweigen des verarbeitenden Gewerbes unterschiedlich entwickelt haben. Da die verschiedenen Branchen in den Ländern ein unterschiedliches Gewicht haben, wirken sich diese

Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe steigt preisbereinigt um 4,1%

G 1
Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 2008 nach Ländern

T 1
Bruttoinlandsprodukt sowie Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe im 1. Halbjahr 2008 nach Ländern

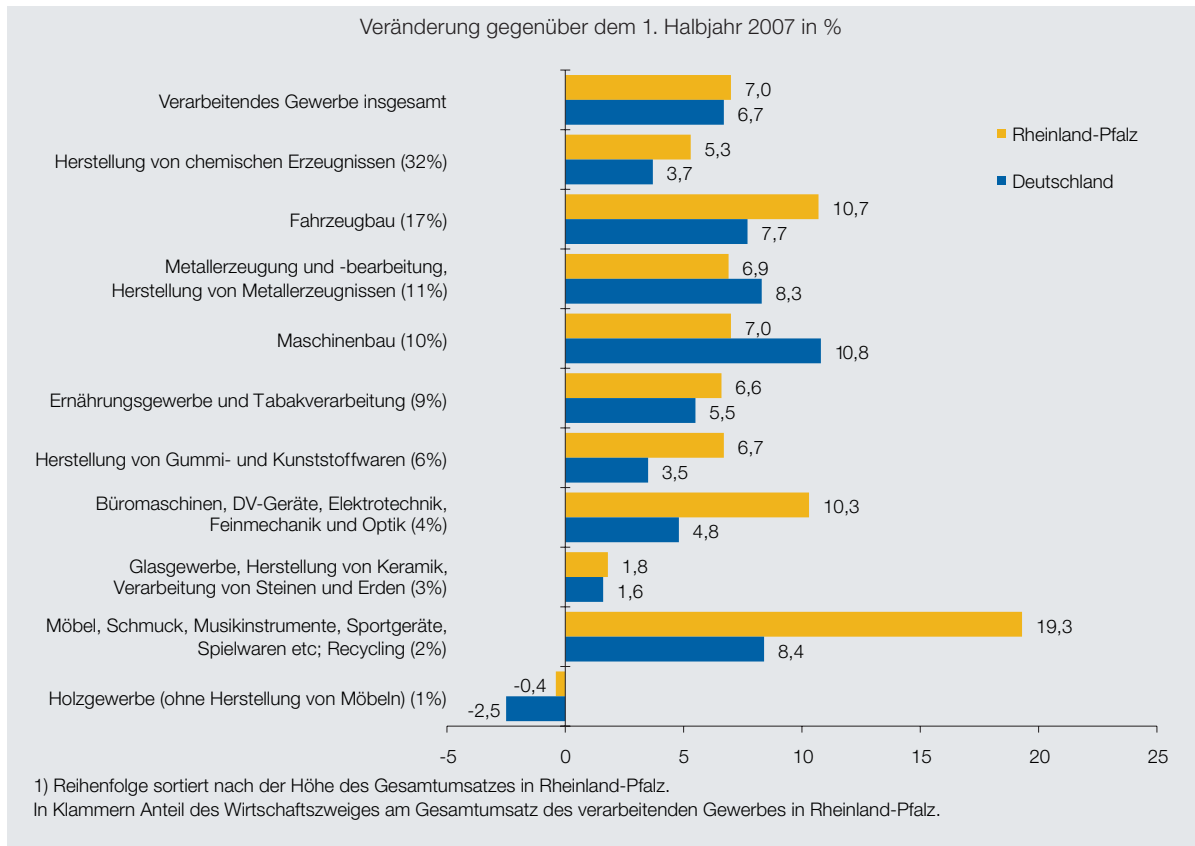
Land	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾		Darunter Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe ²⁾	
	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt	in jeweiligen Preisen	preisbereinigt
	Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 2007 in %			
Baden-Württemberg	3,5	2,5	4,3	4,4
Bayern	3,8	2,8	3,2	3,4
Berlin	3,7	2,5	7,7	7,5
Brandenburg	4,0	1,8	8,7	7,1
Bremen	4,2	2,6	7,7	6,7
Hamburg	4,7	2,6	0,7	-0,2
Hessen	3,0	2,3	3,6	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	4,1	1,8	9,3	7,8
Niedersachsen	4,2	2,6	5,6	4,7
Nordrhein-Westfalen	3,7	2,4	5,3	4,6
Rheinland-Pfalz	3,6	2,2	4,9	4,1
Saarland	4,4	3,4	9,7	9,5
Sachsen	3,1	1,8	4,7	5,0
Sachsen-Anhalt	5,1	2,8	9,9	8,6
Schleswig-Holstein	3,2	1,6	6,1	4,8
Thüringen	3,7	2,4	6,8	7,4
Deutschland	3,7	2,4	4,8	4,4
Nachrichtlich:				
alte Bundesländer (ohne Berlin)	3,7	2,5	4,5	4,1
neue Bundesländer (ohne Berlin)	3,9	2,1	7,1	6,8

1) Das Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter. Es ist Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in einer Periode.

2) Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen wird als Kennzahl für die wirtschaftliche Leistung der Wirtschaftsbereiche errechnet. Aufgrund der Datenlage liegen Ergebnisse zur Bruttowertschöpfung zum jetzigen Zeitpunkt nur für den Bereich des verarbeitenden Gewerbes vor. Das verarbeitende Gewerbe trägt in Rheinland-Pfalz gut ein Viertel zur gesamten Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche und 80% zur Bruttowertschöpfung im produzierenden Gewerbe bei. In diesem Sektor entfallen weitere knapp 13% auf das Baugewerbe, knapp 7% auf den Bereich Energie- und Wasserversorgung und 0,4% auf den Bergbau.

G 2

Umsätze des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im 1. Halbjahr 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹⁾



Preissteigerungen auch unterschiedlich aus. In Bereichen, die in der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ein stärkeres Gewicht haben, sind die Preise im Durchschnitt stärker gestiegen. Deshalb ergibt sich für den rheinland-pfälzischen Branchenmix eine etwas höhere Preissteigerung als im Bundesdurchschnitt.

Das verarbeitende Gewerbe trägt gut 26% zur gesamten Wirtschaftsleistung bei. Vom gesamten Wirtschaftswachstum resultieren jedoch über 40% aus diesem Bereich.

Der Umsatz des verarbeitenden Gewerbes stieg im ersten Halbjahr 2008 um 7% (Deutschland: +6,7%). Anders als im Vorjahr, als die Nachfrage aus dem Ausland deutlich

stärker gestiegen war als die Inlandsnachfrage, resultierten die Umsatzzuwächse in Rheinland-Pfalz in den ersten sechs Monaten dieses Jahres nahezu gleichermaßen aus dem Inlandsabsatz (+7%) wie aus Geschäften mit dem Ausland (+6,9%). In den umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Branchen waren kräftige Umsatzsteigerungen festzustellen. Der überdurchschnittliche Zuwachs im Fahrzeugbau (+10,7%; Deutschland: +7,7%) wurde fast vollständig vom Auslandsgeschäft getragen. Auch in der chemischen Industrie war für Rheinland-Pfalz mit +5,3% eine über dem Bundesdurchschnitt von +3,7% liegende Zunahme zu verzeichnen. Hierzu hat vornehmlich die Inlandsnachfrage (+7,6%), in etwas geringerem Ausmaß aber auch die

Fahrzeugbau: +10,7%

Chemische Industrie: +5,3%

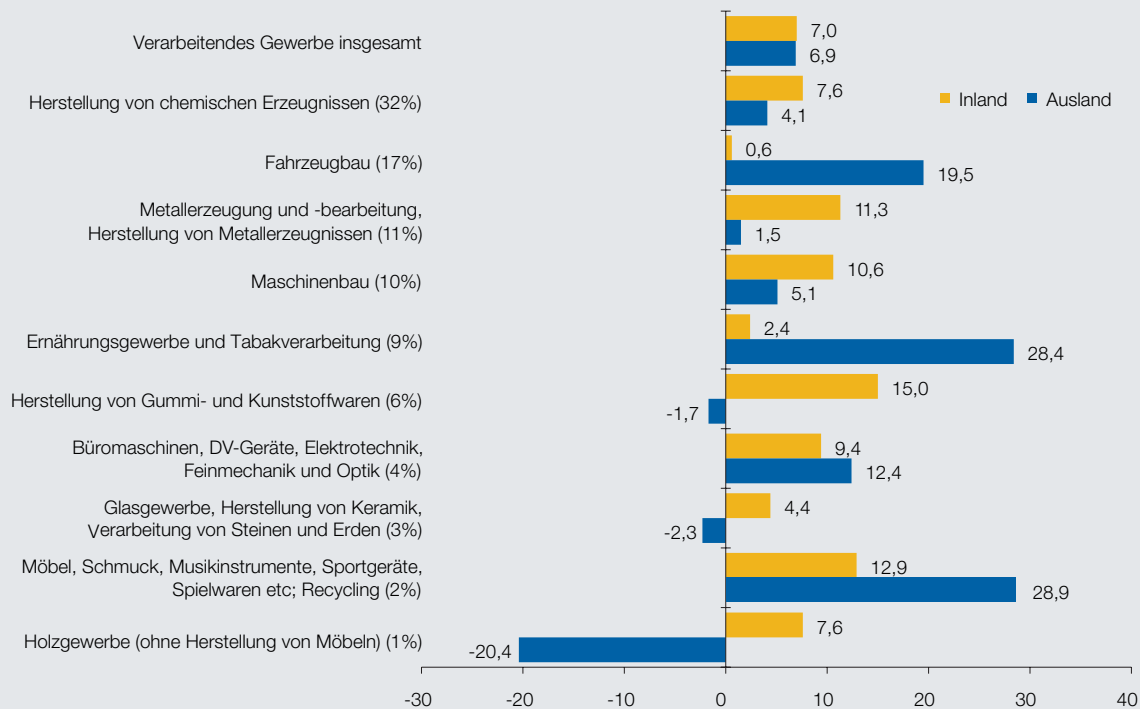
40% des Wirtschaftswachstums aus dem verarbeitenden Gewerbe

Steigerung der Inlands- und Auslandsumsätze gleich hoch

G 3

Inlands- und Auslandsumsätze des verarbeitenden Gewerbes im 1. Halbjahr 2008 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen¹

Veränderung gegenüber dem 1. Halbjahr 2007 in %



1) Reihenfolge sortiert nach der Höhe des Gesamtumsatzes.
In Klammern Anteil des Wirtschaftszweiges am Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes.

Maschinenbau: +7%

gestiegene Produktion für das Ausland beigetragen (+4,1%). Im Maschinenbau und in der Metallindustrie lagen die Zuwachsraten zwar bei beachtlichen 7 bzw. 6,9%, aber dennoch unter den durchschnittlichen Werten für Deutschland (+10,8 bzw. 8,3%). In diesen beiden Branchen überwog die Zunahme des Inlandsatzes. Als einzige Branche hatte das Holzgewerbe einen geringen Rückgang zu verzeichnen. Zurückzuführen ist diese Entwicklung auf deutlich gesunkene Auslandsätze, die allerdings im vergangenen Jahr beträchtlich gestiegen waren.

Ausbau-
gewerbe:
+13,2%

Auch das Baugewerbe hat sich im ersten Halbjahr günstig entwickelt. Einen kräftigen Anstieg der Umsätze gab es in den ersten sechs Monaten im Ausbaugewerbe (Rhein-

land-Pfalz: +13,2%; Deutschland: +17,1%). Im Bauhauptgewerbe erhöhte sich der Gesamtumsatz im ersten Halbjahr ebenfalls stark mit +12,6%, bundesweit machte die Branche 7,2% mehr Umsatz. Zurückzuführen ist der Anstieg in Rheinland-Pfalz auf den Hochbau (+16,5%), während der Umsatz im Tiefbau, in erster Linie bedingt durch den Rückgang im öffentlichen Tiefbau, nur geringfügig zunahm (+1,6%).

Bauhaupt-
gewerbe:
+12,6%

Positive Wachstumsbeiträge auch im Dienstleistungssektor

Von den Dienstleistungsbranchen hat im ersten Halbjahr vor allem der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zum Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft beigetra-

Großhandel:
-2,2%

gen. Weniger Wachstumsimpulse kamen aus dem Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“. Im Handel hat sich der Großhandel einschließlich Handelsvermittlung in Rheinland-Pfalz deutlich ungünstiger entwickelt als im Bundesdurchschnitt. Preisbereinigt ist der Umsatz in Rheinland-Pfalz um 2,2% gesunken, während für Deutschland ein Anstieg um 4% zu verzeichnen war. Der rheinland-pfälzische Einzelhandel hat im ersten Halbjahr real weniger Umsatz erwirtschaftet als im Vorjahreszeitraum (–0,4%; Deutschland: –0,8%) und auch im Gastgewerbe war preisberei-

Einzelhandel:
–0,4%

nigt ein Umsatzrückgang zu verzeichnen (–2%; Deutschland: –1,4%). Wie in den vergangenen Jahren hat der Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ nur wenig zum gesamtwirtschaftlichen Wachstum beigetragen.

Gastgewerbe:
–2%

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz Ergebnisse des Mikrozensus 2006

Von Christine Schomaker, Dr. Stefan Weil und Dr. Ludwig Böckmann

Viele Menschen, die in Rheinland-Pfalz leben, haben einen Migrationshintergrund, d. h. sie sind entweder selbst nach Deutschland zugewandert oder Nachkommen von Zugewanderten. Die Themen Migration und Integration sind deshalb von besonderer Bedeutung für die Gesellschaft und die Politik. Das ist in Rheinland-Pfalz schon vor langer Zeit erkannt worden. Bereits seit 1987 gibt es die Institution der „Beauftragten der Landesregierung für Migration und Integration“; sie ist dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen zugeordnet. Aktuell befasst sich auch eine Enquete-kommission des Landtags Rheinland-Pfalz mit der Lebenssituation von Menschen mit Migrationshintergrund. Die amtliche Statistik kann erst seit Kurzem Daten über Menschen mit Migrationshintergrund bereitstellen. Seit 2005 enthält der Mikrozensus Fragen, die es erlauben, den Migrationshintergrund genauer zu untersuchen. Zuvor war es nur möglich, zwischen Deutschen und Ausländern zu unterscheiden.

Mikrozensus als Datengrundlage

Bis vor wenigen Jahren konnten Untersuchungen zum Thema „Menschen mit Migrationshintergrund“ in weiten Teilen nur auf dem „Ausländerkonzept“ aufsetzen. Die Zuweisung eines Migrationshintergrundes war lediglich über das Merkmal „Staatsangehörigkeit“ möglich. Eine Analyse nur auf der Grundlage des „Ausländerkonzepts“ kann aber nur unvollständige Ergebnisse liefern. So werden z. B. eingebürgerte Personen in der Statistik nur noch als Deutsche erfasst, obwohl sie einen Migrationshintergrund haben – möglicherweise sogar über eigene Migrationserfahrungen verfügen.

Nach einer Änderung im Mikrozensusgesetz wurden für den Zeitraum von 2005 bis 2012 auch Fragen in die Erhebung aufgenommen,

Mikrozensus

Der Mikrozensus als Repräsentativstatistik liefert seit 1957 Informationen über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien, Lebensgemeinschaften und Haushalte, die Erwerbstätigkeit, Arbeitsuche, Aus- und Weiterbildung, Wohnverhältnisse sowie die Gesundheit. Die Ergebnisse des Mikrozensus sind in Deutschland im Lauf der Jahrzehnte zu einer unverzichtbaren Datenquelle für Parlament, Regierung, Verwaltung, für die Sozialpartner, für die Wissenschaften und die gesamte Öffentlichkeit geworden.

Allein in Rheinland-Pfalz werden pro Jahr auf Basis eines mathematisch-statistischen Zufallsverfahrens von knapp 180 geschulten Interviewern mehr als 18 000 Haushalte mit über 41 000 Personen befragt.

Untersuchungen
zum Migrations-
hintergrund seit
2005 mit dem
Mikrozensus
möglich

die Aufschluss über die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund geben und darüber hinaus weitere Auswertungen ermöglichen. Die Zuweisung eines Migrationshintergrundes erfolgt im Mikrozensus über Angaben zur Zuwanderung, zur Staatsangehörigkeit und zur Einbürgerung. Der Migrationshintergrund ist folglich ein abgeleitetes Merkmal; die Zuweisung erfolgt nicht durch Selbsteinschätzung der Befragten.

Begriffs-
abgrenzung

Grundsätzlich zählen zu den Menschen mit Migrationshintergrund

- Ausländer mit und ohne eigene Migrationserfahrung,
- Deutsche mit eigener Migrationserfahrung (u. a. Eingebürgerte und Spätaussiedler) sowie
- Deutsche ohne eigene Migrationserfahrung (z. B. seit 2000 in Deutschland geborene Ausländer oder Nachkommen von Spätaussiedlern).

Menschen mit Migrationshintergrund

Zu den Menschen mit Migrationshintergrund zählen nach einer von den statistischen Ämtern weitgehend verwendeten Abgrenzung „[...] alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten, sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“.

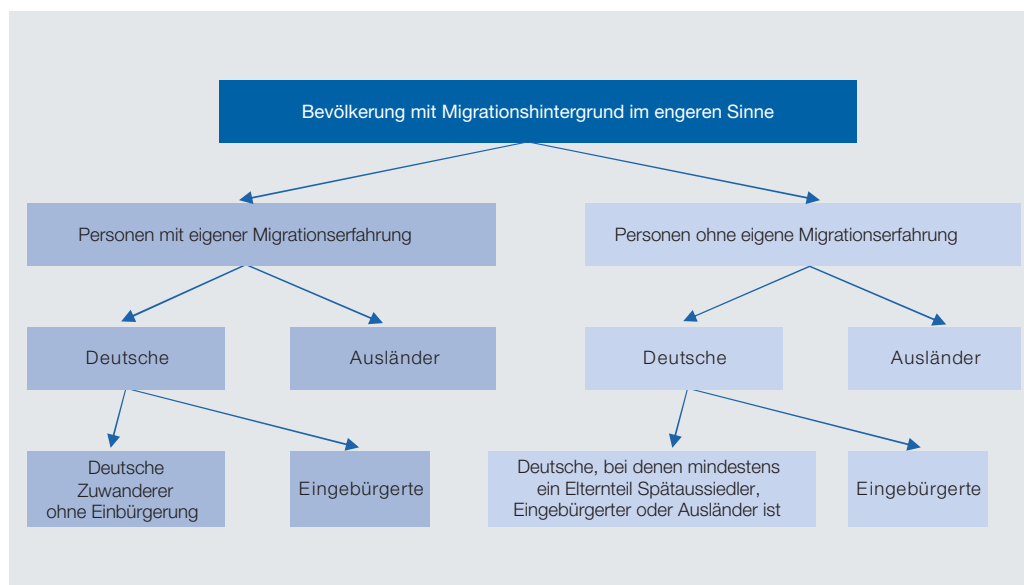
Jede bzw. jeder sechste in Rheinland-Pfalz hat Migrationshintergrund

Im Jahr 2006 lebten in den rheinland-pfälzischen Privathaushalten knapp 4,1 Mill. Menschen. Von diesen hatten rund 703 000 einen Migrationshintergrund; das waren gut 17%. Etwa jede bzw. jeder sechste in Rheinland-Pfalz ist also entweder selbst nach Deutschland eingewandert oder Nachfahre von Einwanderern. Damit liegt der

Anteilswert für
Rheinland-Pfalz
liegt unter dem
Bundesdurchschnitt

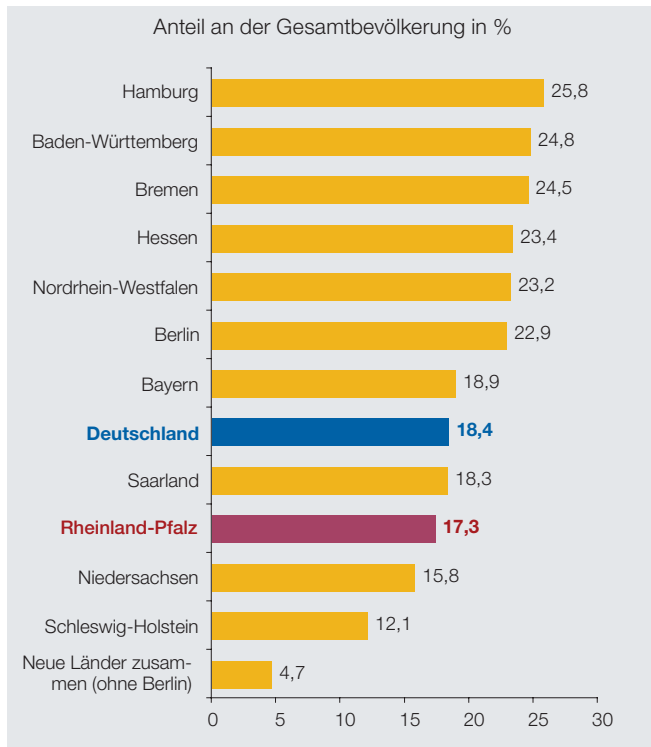
G 1

Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



G 2

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2006 nach Ländern



Hamburg hat höchsten Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund

Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz etwas unter dem bundesdurchschnittlichen Wert von gut 18%. Mit 26% weist Hamburg den höchsten Anteil auf, in Schleswig-Holstein ist er mit 12% unter den alten Bundesländern am niedrigsten.

Ausgeprägtes Ost-West-Gefälle

Hinsichtlich des Bevölkerungsanteils der Menschen mit Migrationshintergrund zeigt sich in Deutschland ein ausgeprägtes West-Ost-Gefälle. So lag im Jahr 2006 in den neuen Bundesländern der durchschnittliche Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung bei etwa 5% und damit deutlich unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Grund hierfür mag zum einen sein, dass in der Zeit vor der „Wende“ nur wenige Ausländerinnen und Ausländer in die DDR eingewandert sind. Zum ande-

ren sind aber auch nach der Vereinigung beider deutschen Staaten nicht viele Ausländerinnen und Ausländer in die neuen Bundesländer gezogen, weil die Wanderungsströme – vor allem aus ökonomischen Gründen – eher in Richtung westliche Bundesländer gingen.

Zusammensetzung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund, die in Rheinland-Pfalz leben, setzte sich 2006 aus 388 000 Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit (rund 10% der Gesamtbevölkerung) und 315 000 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (knapp 8%) zusammen.

Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund haben die deutsche Staatsangehörigkeit

Über eigene Migrationserfahrung verfügten etwa 12% der rheinland-pfälzischen Bevölkerung; d. h. in Rheinland-Pfalz leben heute rund 490 000 Menschen, die in der Vergangenheit aus dem Ausland nach Deutschland eingewandert sind. In diesem Personenkreis überwiegen die Deutschen (6,2% der Gesamtbevölkerung) leicht gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern (5,9%). In der Gruppe der nicht Zugewanderten, also der Personen mit Migrationshintergrund, aber ohne eigene Migrationserfahrung, haben die Deutschen mit 3,4% der Gesamtbevölkerung ebenfalls den größeren Anteil gegenüber den Ausländerinnen und Ausländern mit 1,9%. Bei den Deutschen mit Migrationshintergrund dürfte es sich zum überwiegenden Teil um sogenannte Aussiedlerinnen und Aussiedler sowie Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler handeln, die vor allem aus Polen, Rumänien und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland gekommen sind.

Die meisten Menschen mit Migrationshintergrund besitzen eigene Migrationserfahrung

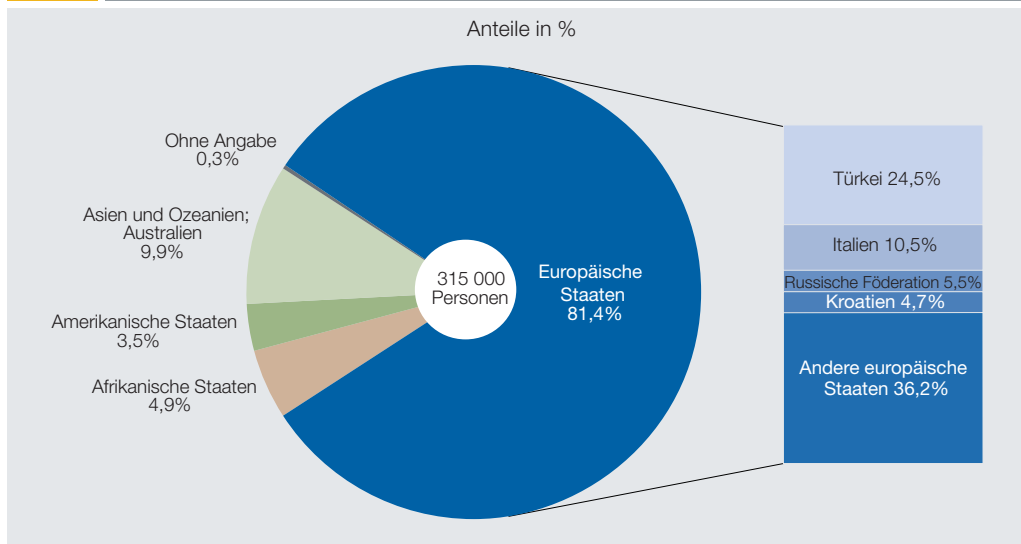
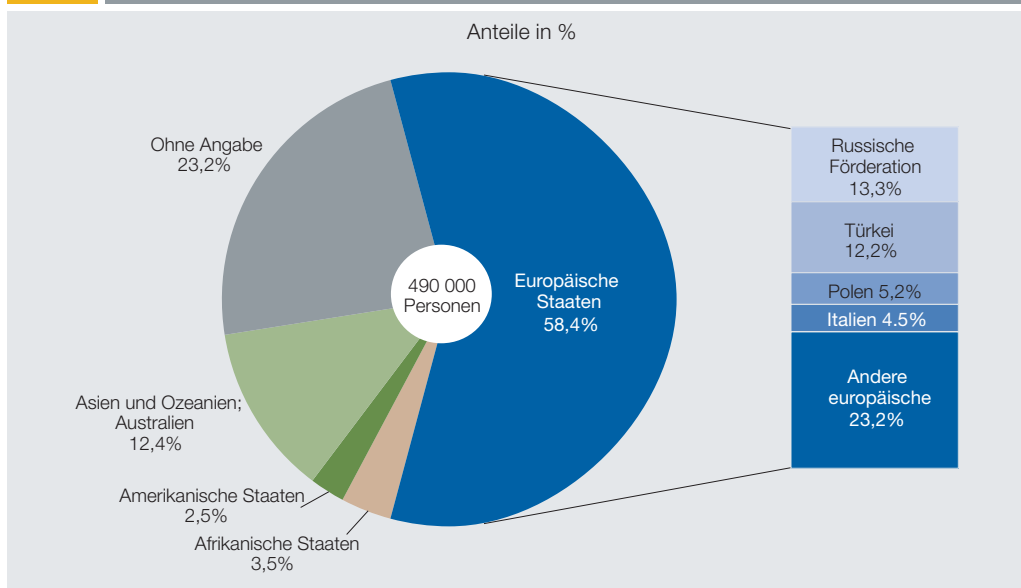
G 3 Klassifikation der Bevölkerung 2006 nach dem Migrationsstatus						
Geburtsland Staats- angehörigkeit	Ausland		Deutschland		Insgesamt	
	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %	1 000	Anteil in %
Nicht deutsch	I Zugewanderte Ausländer		II Nicht zugewanderte Ausländer		Ausländer	
	238	5,9	77	1,9	315	7,8
Deutsch	III Zugewanderte Deutsche		IV Nicht zugewanderte Deutsche		Deutsche	
			■ ohne Migrationshintergrund		■ ohne Migrationshintergrund	
			3 352	82,7	3 352	82,7
			■ mit Migrationshintergrund		■ mit Migrationshintergrund	
			136	3,4	388	9,6
	252	6,2	3 488	86,0	3 740	92,2
Insgesamt	Zugewanderte		Nicht Zugewanderte		Gesamtbevölkerung	
	490	12,1	3 565	87,9	4 055	100

Der Migrationshintergrund ist europäisch geprägt

25% der Ausländer in Rheinland-Pfalz mit türkischer Staatsangehörigkeit

Mehr als 80% der insgesamt 315 000 Ausländerinnen und Ausländer, die in Rheinland-Pfalz wohnen, sind Bürgerinnen und Bürger eines europäischen Staates. Die Staatsbürgerschaft eines Landes der Europäischen Union (EU-25) hat etwa ein Drittel der hier lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Mit 25% ist die türkische Staatsbürgerschaft unter den in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländern am häufigsten vertreten, gefolgt von der italienischen (11%) und der russischen (6%).

Wird hingegen nur die Gruppe derjenigen Personen betrachtet, die eine eigene Migrationserfahrung aufweisen, also selbst nach Deutschland zugewandert sind, so ergibt sich ein etwas anderes Bild: Europäische Länder spielen auch hier quantitativ die bedeutendste Rolle. Von den 490 000 Personen, die nach Deutschland zugewandert sind und heute in Rheinland-Pfalz leben, verfügen (oder verfügten vor ihrer Einbürgerung) 58% über eine europäische Staatsangehörigkeit; 20% sind bzw. waren Staatsbürger eines EU-Landes. Wichtige Einzelstaaten sind dabei die Russische Föderation (13% aller Zugewanderten), die Türkei (12%), Polen (5,2%) und Italien (4,5%).

G 4
Ausländerinnen und Ausländer 2006 nach Staatsangehörigkeit

G 5
Zugewanderte 2006 nach Staatsangehörigkeit

Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat niedriges Durchschnittsalter

Das Durchschnittsalter der Menschen mit Migrationshintergrund liegt bei 33 Jahren

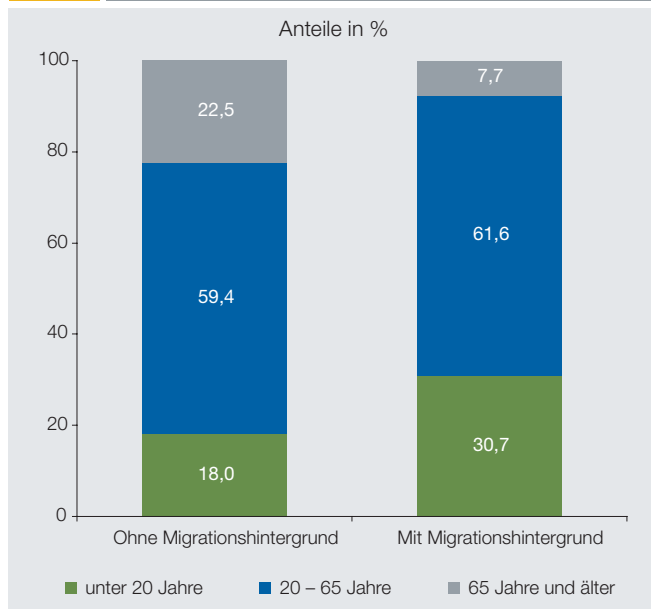
Die rheinland-pfälzische Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist erheblich jünger als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund sind im Durchschnitt

33 Jahre alt; die ohne Migrationshintergrund sind dagegen rund 45 Jahre alt.

Ein Blick auf die Altersstruktur der beiden Bevölkerungsgruppen zeigt, dass bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der Jüngeren deutlich höher ist als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

G 6

Bevölkerung 2006 nach Migrationshintergrund und Altersgruppen



Hoher Anteil unter 20-Jähriger mit Migrationshintergrund

In der Bevölkerung mit Migrationshintergrund haben die unter 20-Jährigen einen Anteil von rund 31%; ihr Anteil an der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund liegt dagegen nur bei 18%. Andererseits ist in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund der Anteil der älteren Menschen über 65 Jahren deutlich geringer (rund 8%) als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (knapp 23%). Die Anteile der Personen im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 65 Jahren unterscheiden sich hingegen kaum; bei beiden Gruppen liegen die Anteilswerte bei etwa 60%.

Die meisten Zuwanderer kommen im erwerbsfähigen Alter nach Deutschland

Bei den Menschen mit eigener Migrationserfahrung, also den Zuwanderern (Ausländer ebenso wie Deutsche), ist es für integrationspolitische Überlegungen sicherlich bedeutsam, in welchem Alter sie nach Deutschland gekommen sind und wie lange sie bereits

hier leben. Für rund 478 000 Menschen, die selbst nach Deutschland zugewandert sind, liegen Angaben zum Zuzugsjahr vor, sodass sich die Aufenthaltsdauer berechnen lässt.

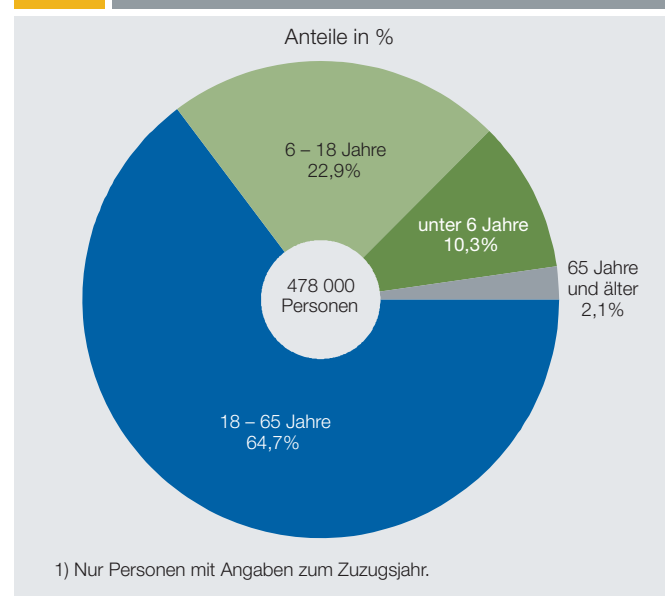
Fast zwei Drittel der Zugewanderten (mit bekanntem Alter bei Einreise) kamen im Alter zwischen 18 und 65 Jahren ins Land. Daraus lässt sich schließen, dass die meisten Zugewanderten sogenannte Arbeitsmigranten sind (früher auch „Gastarbeiter“ genannt), ein weiteres Drittel wanderte als Kind oder Jugendlicher unter 18 Jahre ein – im Zuge der Familienmitwanderung oder des Familiennachzugs. Rund 10% der Zugewanderten waren unter sechs Jahren und knapp 23% im Alter zwischen 6 und 18. Nur etwa 2% der Zugewanderten waren bereits 65 Jahre oder älter als sie nach Deutschland kamen. Das durchschnittliche Alter der Zuwanderer bei der Einreise nach Deutschland liegt bei 24 Jahren.

Durchschnittliches Alter bei der Einreise liegt bei 24 Jahren

Fast die Hälfte (48%) der Menschen mit eigener Migrationserfahrung in Rheinland-Pfalz

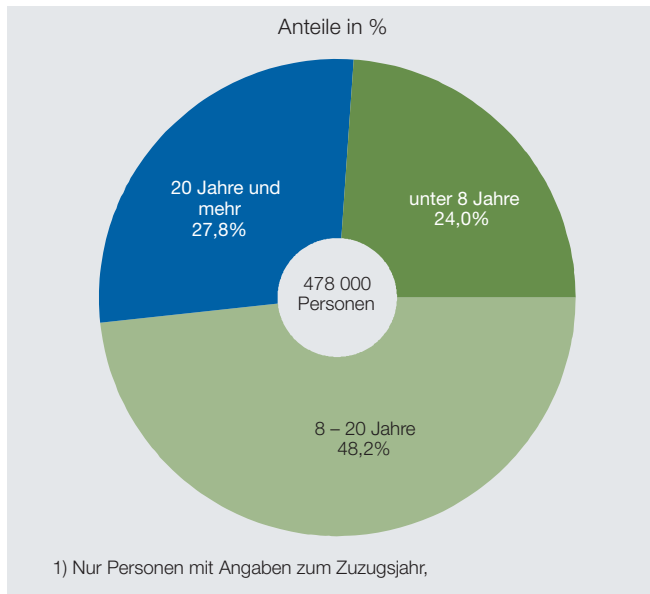
G 7

Zugewanderte¹⁾ 2006 nach dem Alter bei der Einreise



G 8

Zugewanderte¹⁾ 2006 nach Aufenthaltsdauer



haltsdauer für die Einbürgerung noch nicht erreicht. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Personen, die eine Angabe gemacht haben, beträgt fast 17 Jahre.

Durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Zugewanderten 17 Jahre

Ehen zwischen Personen mit und Personen ohne Migrationshintergrund sind eher selten

Personen mit Migrationshintergrund leben wesentlich häufiger unverheiratet oder in außerehelichen Partnerschaften als Personen ohne Migrationshintergrund (46% gegenüber 37%). Verheiratet sind von den Personen mit Migrationshintergrund rund 47%; bei den Menschen ohne Migrationshintergrund sind es etwa 49%.

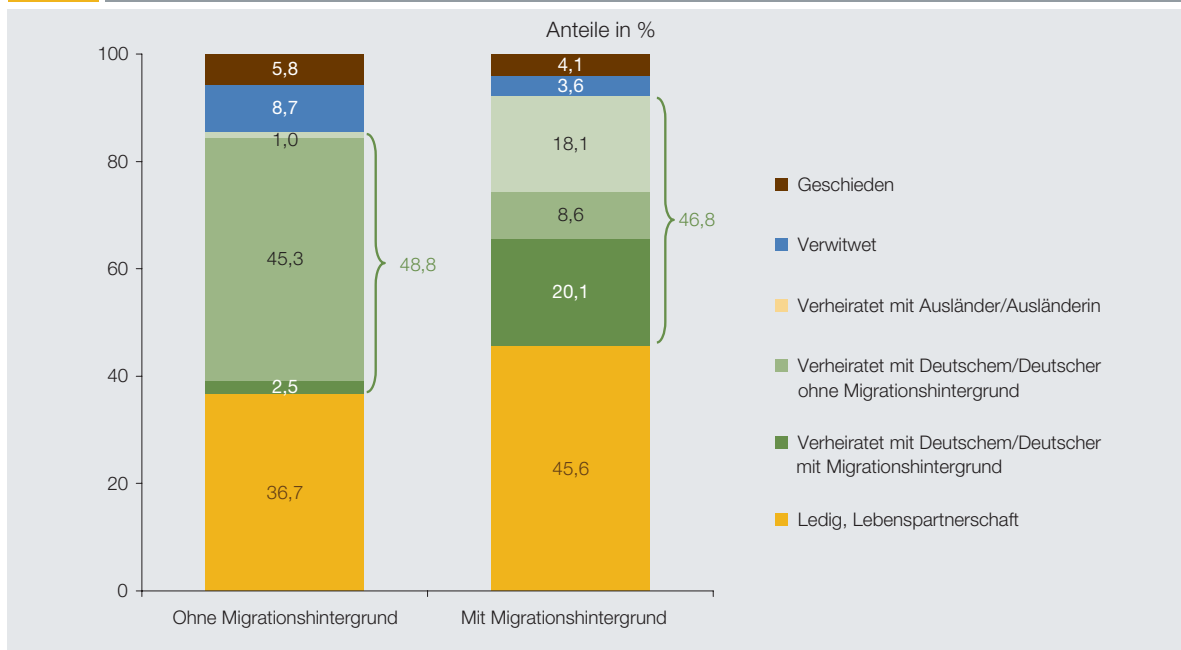
lebte im Jahr 2006 zwischen acht und 20 Jahren in Deutschland. Bereits seit mindestens 20 Jahren hier sind 28%. Ein knappes Viertel (24%) ist erst vor weniger als acht Jahren eingereist, hat also die Regelaufent-

Gut ein Fünftel der Personen mit Migrationshintergrund ist mit einem bzw. einer Deutschen mit Migrationshintergrund verheiratet. Weitere 18% sind mit Ausländern bzw. Ausländerinnen verheiratet, sodass insgesamt 38% der Personen mit Migrationshinter-

Menschen mit Migrationshintergrund bleiben häufiger „unter sich“

G 9

Bevölkerung 2006 nach Migrationsstatus und Familienstand



grund auch Ehepartner und Ehepartnerinnen mit einem Migrationshintergrund haben. Lediglich knapp 9% der Personen mit Migrationshintergrund sind mit Deutschen ohne Migrationshintergrund verheiratet.

Auch Menschen ohne Migrationshintergrund bleiben häufig „unter sich“

Ein ähnliches Bild – aber „spiegelverkehrt“ – zeigt sich in dieser Hinsicht bei den Personen ohne Migrationshintergrund: Der ganz überwiegende Teil der Verheirateten, nämlich gut 45% der Personen ohne Migrationshintergrund, bleibt ebenfalls „unter sich“, und zwar insofern, als diese Personen auch einen Ehepartner bzw. eine Ehepartnerin ohne Migrationshintergrund haben. Lediglich 2,5% der Personen ohne Migrationshintergrund sind mit einem bzw. einer Deutschen mit Migrationshintergrund verheiratet und nur 1% mit einem Ausländer bzw. einer Ausländerin.

Deutliche Unterschiede sind auch bei den Geschiedenen und den Verwitweten festzustellen: Der Anteil der Geschiedenen ist in der Bevölkerung ohne Migrationshinter-

grund mit 6% deutlich größer als bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (4%). Der Anteil der Verwitweten ist mit 9% sogar fast zweieinhalb Mal so hoch wie in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (4%). In der Summe leben damit 53% der Personen mit Migrationshintergrund unverheiratet. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 51%.

Die Unterschiede in den Lebensformen dürften hauptsächlich in der abweichenden Altersstruktur begründet sein. Wie bereits festgestellt, sind die Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt deutlich jünger als die Personen ohne Migrationshintergrund.

Abweichende Altersstruktur begründet Unterschiede bei Lebensformen

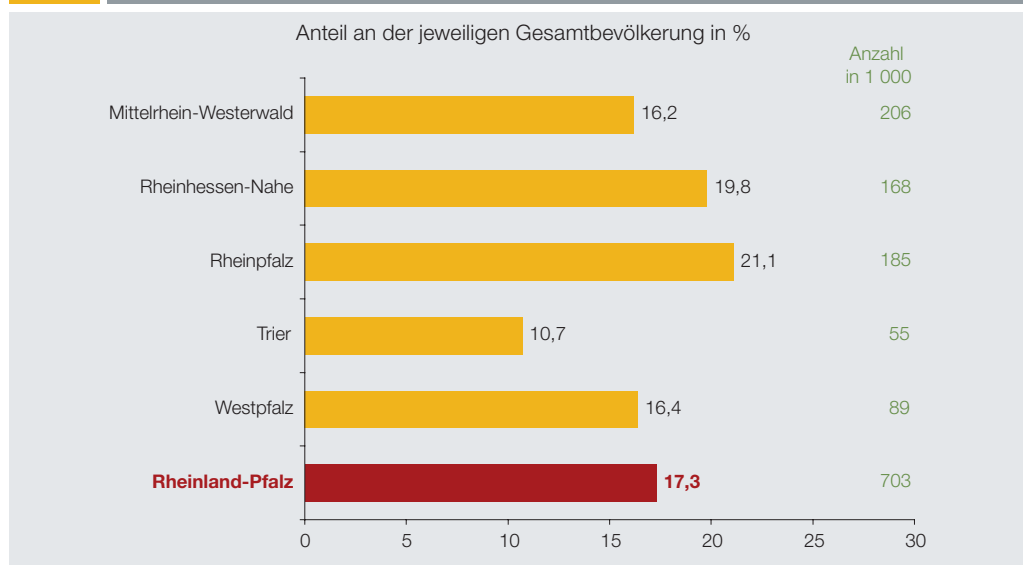
Große regionale Unterschiede

Der Mikrozensus als 1%-Stichprobe liefert für Rheinland-Pfalz keine belastbaren Regionalergebnisse auf der Ebene der kreisfreien Städte und Landkreise. Regionalisierte Ergebnisse für die Gesamtheit der Personen mit Migrationshintergrund können lediglich

Keine Ergebnisse auf Kreisebene

G 10

Bevölkerung mit Migrationshintergrund 2006 nach Planungsregionen



auf der Ebene der Mikrozensus-Regionen („Anpassungsschichten“) ausgewiesen werden. Soweit bei der Analyse jedoch weitere (fachliche) Gliederungen erfolgen, ist in den meisten Fällen nur der Ausweis von Ergebnissen auf der Ebene der fünf Planungsregionen (Trier, Rheinhessen-Nahe, Mittelrhein-Westerwald, Westpfalz und Rheinpfalz) möglich. Deshalb beschränkt sich die Analyse im Folgenden grundsätzlich auf die Ebene der Planungsregionen.

Menschen mit Migrationshintergrund auf. Demgegenüber lagen die Anteilswerte in den Regionen Westpfalz und Mittelrhein-Westerwald (jeweils 16%) sowie Trier (11%) deutlich unter dem Landesdurchschnitt von 17%. Hier zeigt sich ein ausgeprägtes Gefälle von den Industrieregionen im Osten und Südosten zu den ländlich geprägten Räumen im Westen des Landes.

Trier mit
niedrigstem
Anteil

Höchster Anteil
in der Rheinpfalz
und in Rhein-
hessen

Von den knapp 703 000 Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz leben etwa 206 000 in der Region Mittelrhein-Westerwald, 185 000 in der Region Rheinpfalz, 168 000 in der Region Rheinhessen-Nahe, 89 000 in der Westpfalz und 55 000 in der Region Trier. Für die fünf Regionen ergeben sich unterschiedlich hohe Bevölkerungsanteile dieser Bevölkerungsgruppe. Im Jahr 2006 wiesen die Rheinpfalz und Rheinhessen-Nahe mit 21 bzw. 20% einen überdurchschnittlichen Anteil von

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Dr. Stefan Weil ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig. Christine Schomaker, Diplom-Soziologin, ist Referentin im Referat Mikrozensus, Verdienste, Preise, Haushaltserhebungen.

Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz – Ergebnisse des Mikrozensus 2006

Ausgabe N° 10 der Reihe „Statistische Analysen“

In der Statistischen Analyse „Menschen mit Migrationshintergrund in Rheinland-Pfalz“ wird zunächst die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dargelegt. Anschließend werden für die Menschen mit Migrationshintergrund und die Menschen ohne Migrationshintergrund Ergebnisse für die Bereiche Bildung und Qualifikation, der Erwerbstätigkeit sowie der sozialen und wirtschaftlichen Lage auf der Basis von Ergebnissen des Mikrozensus analysiert.

Die Untersuchung steht als PDF-Datei zum kostenfreien Download unter www.statistik.rlp.de/analysen/statistik/migration/Migration_2006.pdf zur Verfügung. Die Printausgabe kann zum Preis von 15 EUR beim Statistischen Landesamt, Vertrieb, 56128 Bad Ems, bestellt werden. Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Einkommen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen



Von Werner Kertels

Arbeitnehmerentgelt, Primäreinkommen, Nettowertschöpfung, Volkseinkommen, Betriebsüberschuss, verfügbares Einkommen – die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen stellen eine Vielzahl unterschiedlich abgegrenzter Einkommensbegriffe bereit, die auf die konzeptionellen Erfordernisse der Darstellung im Kreislaufzusammenhang einer Volkswirtschaft abgestellt sind. Viele Begriffe weichen daher ab vom Einkommensverständnis im täglichen Sprachgebrauch oder von den steuerrechtlichen Einkommensdefinitionen.

Einkommensbegriffe im Überblick

Die Ermittlung gesamtwirtschaftlicher Einkommensgrößen ist eine zentrale Aufgabe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Im Wirtschaftskreislauf erscheint Einkommen in verschiedenen Stadien und Betrachtungswinkeln – bei der Entstehung, bei der Verteilung und Umverteilung sowie bei der Verwendung – und dadurch in unterschiedlicher Definition und Abgrenzung.

Nettowertschöpfung

Einkommen entsteht bei der Produktion von Waren und Dienstleistungen. Wenn vom gesamten Wert der Produktion in einer Periode und in einer abgegrenzten Region der Verbrauch von fremdbezogenen Vorleistungsgütern sowie der Wert der Nutzung der Produktionsanlagen (Abschreibungen) abgezogen werden, resultiert die Nettowertschöpfung. Abzüglich des Saldos aus geleisteten sonstigen Produktionsabgaben

und empfangenen sonstigen Subventionen verbleibt das im „Inland“ entstandene Einkommen. Dieses setzt sich zusammen aus dem von den Arbeitgebern geleisteten Arbeitnehmerentgelt und dem Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigen-einkommen. Das Arbeitnehmerentgelt stellt die Entlohnung der abhängig Beschäftigten dar. Der Betriebsüberschuss, der sich als Differenz im Einkommensentstehungskonto ergibt, ist das Einkommen, das den Produzenten aus der Eigennutzung der Produktionsanlagen zufließt (siehe Grafik 1).

Betriebsüberschuss

Der Ort der Produktion und Einkommensentstehung muss jedoch nicht mit dem Wohnort der Einkommensbezieher übereinstimmen. Es gibt also Einkommensströme zwischen den Regionen. In der (primären) Verteilungsrechnung werden diese Ströme einbezogen, hier findet der Übergang vom

Inlands- und Inländerkonzept

G 1

Schematische Darstellung der wichtigsten Begriffe des Einkommensentstehungs- und -verteilungskontos



sogenannten Inlands- oder Arbeitsortkonzept zum Inländer- oder Wohnortkonzept statt. Um die von Inländern („Gebietsansässigen“, z. B. in Rheinland-Pfalz) empfangenen Einkommen nachzuweisen, werden die Erwerbs- und Vermögenseinkommen der in den übrigen Bundesländern und im Ausland tätigen Inländer addiert und die Einkommen der im Inland (hier: Rheinland-Pfalz) tätigen Nichtgebietsansässigen abgezogen.

Nettonational-einkommen zu Faktorpreisen

Die resultierende Größe ist das Volkseinkommen, ein Einkommensbegriff, den das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) nicht kennt. Das im früheren deutschen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und weiterhin nachgewiesene Volkseinkommen stellt die Summe der den Inländern letztlich zugeflossenen Faktoreinkommen (der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital) dar, daher auch die Bezeichnung Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten.

Das im ESGV definierte Primäreinkommen ergibt sich durch Addition des Saldos aus Produktions- und Importabgaben und Subventionen zum Volkseinkommen. Es ist das Einkommen, das gebietsansässige Einheiten aufgrund ihrer unmittelbaren Teilnahme am Produktionsprozess erhalten sowie das Einkommen, das der Eigentümer eines Vermögenswertes oder eines nicht reproduzierten Sachvermögensgegenstandes als Gegenleistung dafür erhält, dass er diese einer anderen Einheit zur Verfügung stellt.

Nettonational-einkommen zu Marktpreisen

Das Primäreinkommen der gesamten Volkswirtschaft wird auch Nettonationaleinkommen zu Marktpreisen genannt. Werden die Abschreibungen mit eingerechnet, ergibt sich das Bruttonationaleinkommen, das dem früheren (und auch heute in der Umgangssprache noch oft gebrauchten) Bruttozialprodukt entspricht.

Umverteilungsrechnung:
Sekundärverteilung der Einkommen durch Transfer-einkommen

Das Primäreinkommen bzw. das Volkseinkommen stellt jedoch noch nicht den Betrag dar, der den inländischen Wirtschaftseinheiten zur freien Verfügung steht. Die durch den Produktionsprozess entstandene Primärverteilung wird durch in erster Linie staatliche Umverteilungsvorgänge verändert. In der sogenannten Umverteilungsrechnung wird die Sekundärverteilung der Einkommen durch Einbeziehung der Transfereinkommen nachvollzogen. Dabei werden die geleisteten und die empfangenen laufenden

Transfers gebucht und als Saldo ergibt sich das verfügbare Einkommen.

Dieses Einkommen kann von den Wirtschaftssubjekten für den Konsum und das Sparen verwendet werden (Einkommensverwendung).

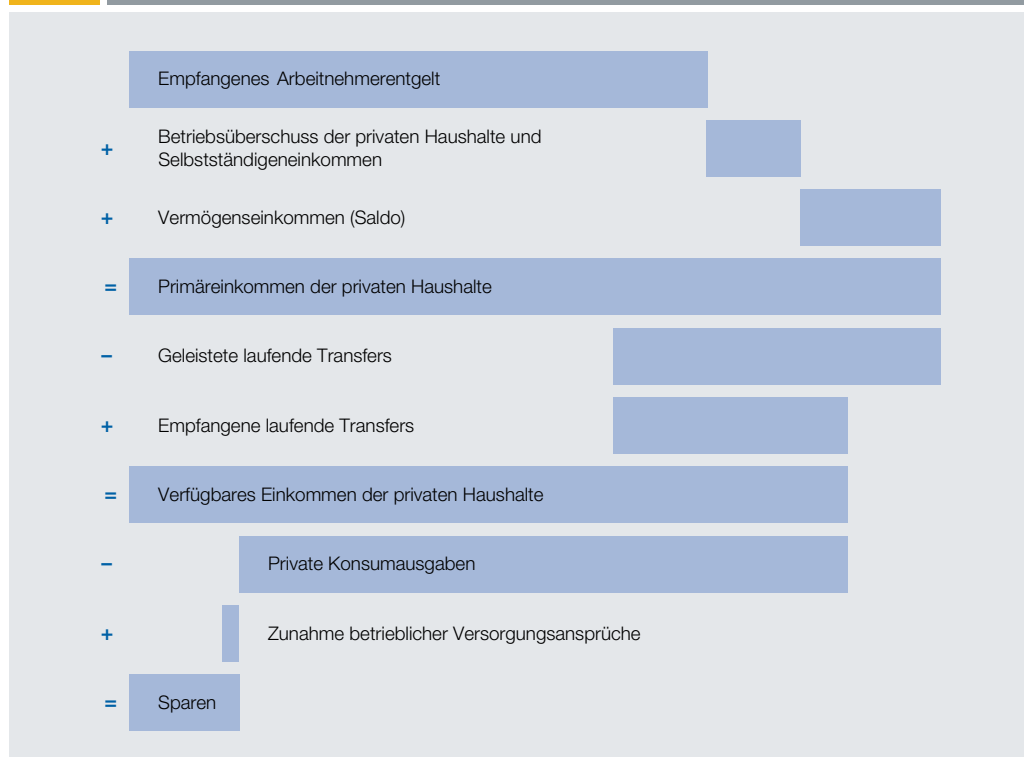
Anders als bei den Aggregaten der Entstehungs- und Verwendungsrechnung, bei denen eine volumenorientierte Deflationierung vorgenommen wird, erfolgt bei den Einkommensaggregaten keine Preisbereinigung, da sie nicht in eine Preis- und eine Mengenkomponekte aufgeteilt werden können und es folglich keinen Preisindex für die relevanten Güterpreise gibt.

Die in diesem Beitrag veröffentlichten Werte sind abgestimmt auf den Berechnungsstand Februar 2008 des Statistischen Bundesamtes. Der Beitrag beschränkt sich auf den

Berechnungsstand
Februar 2008

G 2

Schematische Darstellung der wichtigsten Begriffe des Einkommensverteilungskontos der privaten Haushalte



Nachweis der Werte für Rheinland-Pfalz. Ergebnisse für die übrigen Länder gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder unter <http://www.vgrdl.de>.

Einkommensentstehung

Nettowertschöpfung ist seit 1991 um 36% gestiegen

Die Nettowertschöpfung enthält das in den Wirtschaftsbereichen in Rheinland-Pfalz entstandene Einkommen. Im Jahr 2006 lag der Wert bei 74,8 Mrd. Euro. Ohne die sonstigen Nettoproduktionsabgaben (geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen), die nicht güterbezogen sind und somit in der Bewertung der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen enthalten sind, betrug der Wert 73,7 Mrd. Euro, das waren 36,4% mehr als 1991.

Entlohnung der beschäftigten Arbeitnehmer ist größter Posten der Nettowertschöpfung

Der größte Teil der Nettowertschöpfung, nämlich 51,2 Mrd. Euro, entfiel auf die Entlohnung der beschäftigten Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte, geringfügig Beschäftigte). Das von den Arbeitgebern

geleistete Arbeitnehmerentgelt beinhaltet die gesamten Arbeitskosten und somit die Bruttolöhne und -gehälter einschließlich Sachleistungen sowie die tatsächlichen und (z. B. bei Beamten) unterstellten Sozialbeiträge der Arbeitgeber. Das Arbeitnehmerentgelt bestand 2006 zu vier Fünfteln aus Bruttolöhnen und -gehältern, ein Fünftel machten die Sozialbeiträge der Arbeitgeber aus.

Auf den Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen entfielen 2006 rund 22,6 Mrd. Euro. In diesem Teil der Wertschöpfung, der dem Produktionsfaktor Kapital zugerechnet wird, ist jedoch auch die Entlohnung der Unternehmerleistung in Form eines kalkulatorischen Lohns für die vom Unternehmer und den mithelfenden Familienangehörigen erbrachte Arbeitsleistung (implizit) enthalten. Selbstständigeneinkommen wird diese Größe für die Produzenten im Sektor private Haushalte (dazu gehören z. B. selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Gastwirte, Freiberufler)

T 1

Einkommensentstehung und Einkommensverteilung 1991 – 2006

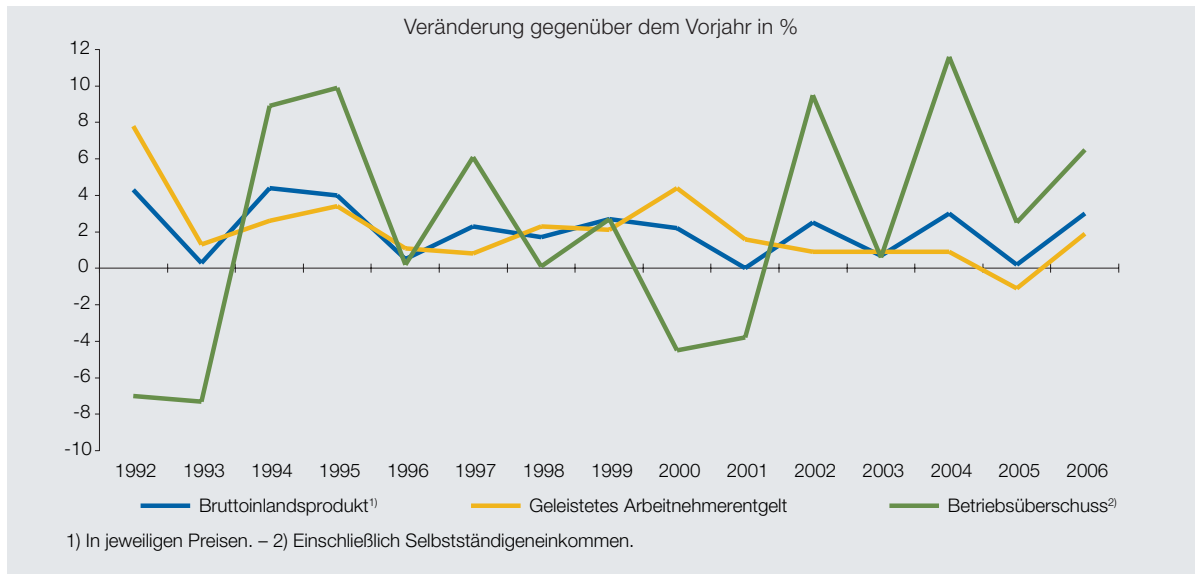
Gesamtwirtschaftlicher Aggregat	1991	1996	2001	2006	1996 zu 1991	2001 zu 1996	2006 zu 2001	2006 zu 1991
	Mill. EUR				Veränderung in %			
Geleistetes Arbeitnehmerentgelt	37 807	44 293	49 427	51 167	17,2	11,6	3,5	35,3
Bruttolöhne und -gehälter	30 789	35 823	39 782	41 207	16,3	11,1	3,6	33,8
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	7 018	8 470	9 645	9 960	20,7	13,9	3,3	41,9
+ Nettobetriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen	16 250	16 799	16 816	22 561	3,4	0,1	34,2	38,8
= Nettowertschöpfung ¹⁾	54 058	61 092	66 242	73 728	13,0	8,4	11,3	36,4
+ Saldo der über die Landesgrenzen fließenden Einkommen	4 501	6 802	8 623	10 918	51,1	26,8	26,6	142,6
= Volkseinkommen (Nettonationaleinkommen zu Faktorkosten)	58 558	67 894	74 866	84 646	15,9	10,3	13,1	44,6
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	43 011	50 049	56 303	59 338	16,4	12,5	5,4	38,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	15 547	17 845	18 563	25 308	14,8	4,0	36,3	62,8
– Unternehmens- und Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften und des Staates	289	- 295	-2 001	1 403	x	x	x	384,9
= Primäreinkommen der privaten Haushalte ²⁾	58 269	68 189	76 866	83 243	17,0	12,7	8,3	42,9

1) Ohne sonstige Nettoproduktionsabgaben (2006: 1,05 Mrd. Euro).

2) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

G 3

Bruttoinlandsprodukt, geleistetes Arbeitnehmerentgelt und Betriebsüberschuss 1992 – 2006



genannt. In diesem Sektor fällt außerdem der Betriebsüberschuss aus der Eigennutzung von Wohnraum an.

Arbeitnehmerentgelt stellt 70% der Nettowertschöpfung

Die Zusammensetzung der Nettowertschöpfung (ohne die sonstigen Nettoproduktionsabgaben) hat sich in der Zeit zwischen 1991 und 2006 deutlich geändert: 1991 und 2006 lag der Anteil des geleisteten Arbeitnehmerentgelts knapp unter 70%, in der Zwischenzeit jedoch z. T. deutlich darüber. Den höchsten Anteil machte es in den Jahren 1993 und 2001 mit knapp 75% aus. Der Anteil des Betriebsüberschusses an der Nettowertschöpfung ist spiegelbildlich dazu seit 2001 von 25,4% auf den Höchstwert 30,6% im Jahr 2006 gestiegen. Da der Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen natürlich stärker auf Konjunkturschwankungen reagiert, verwundert es nicht, dass in den beiden Jahren mit den niedrigsten Anteilen (1993 und 2001) auch das (nominale) Bruttoinlandsprodukt stagnierte.

Einkommensverteilung

Das Volkseinkommen betrug im Jahr 2006 in Rheinland-Pfalz 84,6 Mrd. Euro. Dies ist die Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, die rheinland-pfälzische Wirtschaftseinheiten empfangen haben. Gegenüber 1991 ist das Volkseinkommen um 44,6% gestiegen, also deutlich stärker als die Nettowertschöpfung.

Volkseinkommen 84,6 Mrd. Euro

Das Volkseinkommen war demnach um 10,9 Mrd. Euro höher als die Nettowertschöpfung (ohne die sonstigen Nettoproduktionsabgaben). Der Anteil der netto von den übrigen Bundesländern und dem Ausland empfangenen Einkommen am gesamten Volkseinkommen betrug somit 12,9%. Diese Abweichung zwischen den korrespondierenden Aggregaten des Inlands- und des Inländerkonzepts ist bei kleineren Flächenländern und insbesondere bei den Stadtstaaten tendenziell größer als bei den größeren Flächenländern, in denen die grenzüberschreitenden Einkommensströme

Volkseinkommen ist deutlich höher als Nettowertschöpfung...

relativ betrachtet nicht so bedeutend sind. Für Deutschland insgesamt lag diese Differenz lediglich bei 22,2 Mrd. Euro bzw. 1,3% des Volkseinkommens.

...insbesondere durch Auspendlerüberschuss

Der positive Saldo in Rheinland-Pfalz beruht vor allem auf einem hohen Auspendlerüberschuss. Es gibt sehr viel mehr Personen, die in Rheinland-Pfalz wohnen und außerhalb des Landes arbeiten als umgekehrt. Die Differenz zwischen empfangenem und geleistetem Arbeitnehmerentgelt betrug knapp 8,2 Mrd. Euro. In Deutschland war dieser Saldo dagegen mit –630 Mill. Euro sogar leicht negativ, d. h. die Einkommen der Einpendler waren per Saldo höher als die der Auspendler.

Die funktionale Einkommensverteilung soll die Verteilung der gesamtwirtschaftlichen Einkommen auf die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zeigen, und zwar das von Inländern empfangene Arbeitnehmerentgelt sowie die Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Letztere umfassen den Betriebsüberschuss und die Selbstständigeneinkommen sowie die Vermögenseinkommen. Unternehmens- und Ver-

mögenseinkommen ergeben sich nicht aus einer originären Berechnung, sondern als Differenz aus Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt. Folglich schlagen sich alle Niveau- und Entwicklungsfehler der Volkseinkommensberechnung in dieser Restgröße nieder.

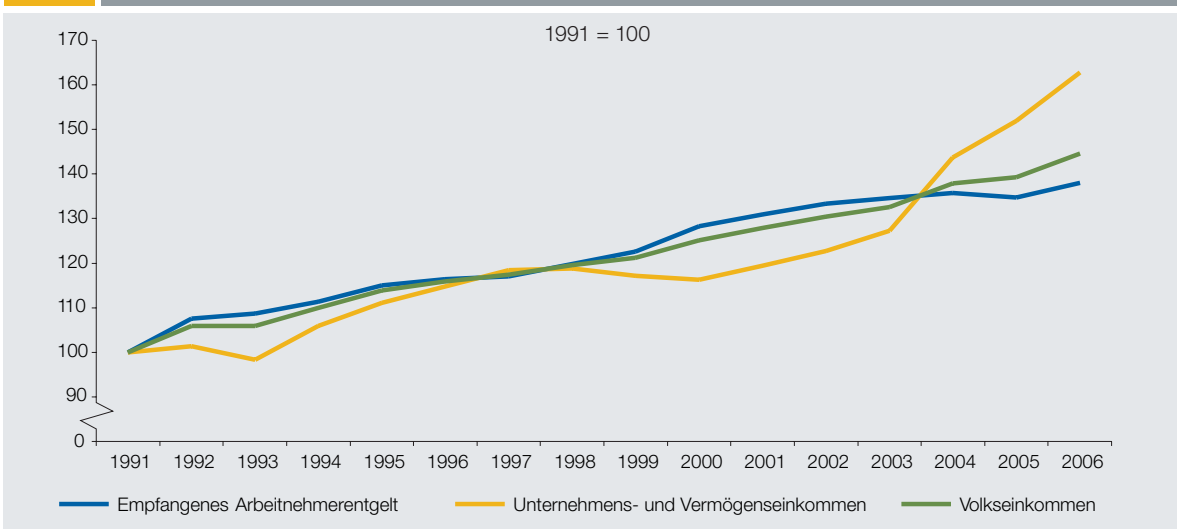
Im Gesamtzeitraum von 1991 bis 2006 nahm das Arbeitnehmerentgelt um 38% zu, das Unternehmens- und Vermögenseinkommen dagegen um 63%. Lagen die Veränderungsraten beim Unternehmens- und Vermögenseinkommen 1992 und 1993 sowie von 1998 bis 2000 unter denen des Arbeitnehmerentgelts, so ist insbesondere in den Jahren ab 2003 ein stärkerer Anstieg zu verzeichnen.

Mit 70,1% machte das Arbeitnehmerentgelt den größten Teil des Volkseinkommens 2006 aus. Dieser Anteilswert wird als gesamtwirtschaftliche Lohnquote bezeichnet. In Rheinland-Pfalz schwankte diese Quote in den 1990er-Jahren grob zwischen 73 und 75%, seit dem Jahr 2000 ist sie jedoch kontinuierlich von 75,3 auf 70,1% gesunken.

Lohnquote seit 2000 deutlich gesunken

G 4

Empfangenes Arbeitnehmerentgelt, Unternehmens- und Vermögenseinkommen sowie Volkseinkommen, 1991 – 2006



Erwerbs-
tätigenstruktur
beeinflusst
Lohnquote

Dabei ist zu beachten, dass die Entwicklung der Lohnquote von Veränderungen der Erwerbstätigenstruktur beeinflusst wird: Wenn der Anteil der Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen zurückgeht, dann sinkt die Lohnquote (und umgekehrt), und zwar ohne dass sich an den Einkommensverhältnissen etwas geändert hat. Um diesen Effekt herauszurechnen, wird gelegentlich eine sogenannte „bereinigte Lohnquote“ berechnet. Dabei werden die Anteile der Selbstständigen und der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen auf den Werten eines Basisjahres (hier: 1991) konstant gehalten. Allerdings hat sich der Arbeitnehmeranteil an der Erwerbstätigenzahl in Rheinland-Pfalz seit 1991 kaum verändert, er lag durchweg zwischen 89 und 90%. Seit dem Jahr 2000 ist er von 90% auf 89,5% im Jahr 2006 leicht gesunken. Die bereinigte Lohnquote zeigt daher nahezu den gleichen Verlauf wie die unbereinigte Lohnquote. Auch hierbei ist ein Absinken um knapp fünf Prozentpunkte von 2000 bis 2006 zu verzeichnen.

Um Änderungen der Erwerbstätigenstruktur zu eliminieren wird außerdem eine sogenannte Arbeitseinkommensquote berechnet. Diese ist definiert als Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer in Prozent des Volkseinkommens je Erwerbstätigen. Zwischen 2000 und 2006 ist diese „Pro-Kopf-Lohnquote“ von 83,7 auf 78,4%, also ebenfalls um gut fünf Prozentpunkte, gesunken.

Auch „Pro-Kopf-Lohnquote“ deutlich gesunken

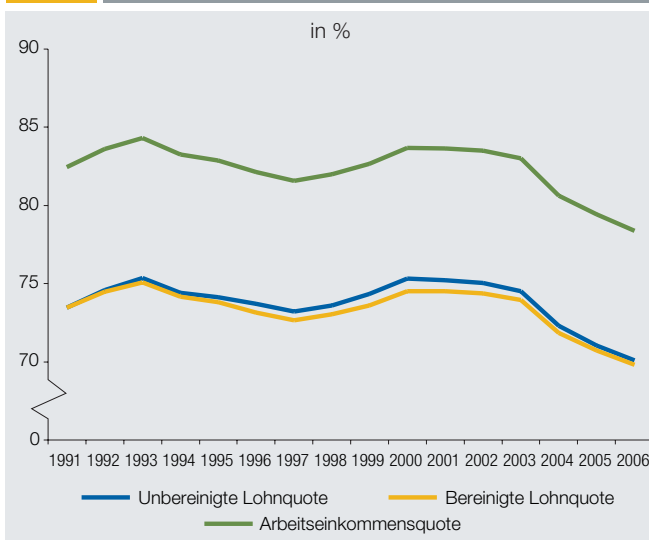
Aber auch diese Bereinigungen berücksichtigen nicht die Effekte, die sich durch veränderte Arbeitszeiten ergeben und somit auf das Arbeitsvolumen wirken. So kann sich bei unveränderter Arbeitnehmerzahl und bei gleichem Anteil an den Erwerbstätigen dennoch ein geringeres Gewicht der Arbeitnehmer-Arbeitsstunden ergeben, wenn vermehrte Teilzeit- und geringfügige Beschäftigung stattgefunden hat.

Aussagekraft der Lohnquote ist jedoch eingeschränkt

Den theoretischen Anspruch, den Anteil des Produktionsfaktors Arbeit am gesamtwirtschaftlichen Einkommen messen zu können, kann die Lohnquote als Kennziffer der funktionalen Einkommensverteilung nur dann erfüllen, wenn die diversen Einkommensarten sauber den Produktionsfaktoren Arbeit bzw. Kapital zugeschrieben werden können. Vergleichsweise unproblematisch ist die Zuordnung des Arbeitnehmerentgelts (der abhängig Beschäftigten). Es stellt zweifellos eine Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit dar. Das Arbeitnehmerentgelt fließt vollständig den privaten Haushalten zu. Durch das Arbeitnehmerentgelt wird die Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit aber nicht vollständig gemessen. Zum Teil stecken Arbeitseinkommen auch in den Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Diese verteilen sich auf alle Sektoren (Kapitalgesellschaften, Staat und private Haushalte). Neben dem eigentlichen Un-

G 5

Lohn- und Arbeitseinkommensquote 1991 – 2006



Unternehmensgewinn, der einbehalten oder auf die Anteilseigner (Kapitalgesellschaften, private Haushalte, Staat) ausgeschüttet wird, enthält diese Position (in den Selbstständigeneinkommen) auch kalkulatorische Unternehmerlöhne, die eigentlich „Arbeitseinkommen“ der Selbstständigen und mit-helfenden Familienangehörigen darstellen und folglich in die Lohnquote einfließen müssten.

Insofern wird durch die Lohnquote schon die funktionale Einkommensverteilung nicht richtig wiedergegeben. Außerdem werden aus dem Niveau und der Entwicklung der Lohnquote unzulässigerweise oft Aussagen über die personelle Einkommensverteilung, also die Verteilung des Einkommens auf Personen oder Personengruppen abgeleitet. Es werden z. B. Aussagen zum Niveau und zur Entwicklung der Einkommensposition der „Arbeitnehmerhaushalte“ getroffen.

Lohnquote:
Anteil der Löhne
am gesamten
Einkommen

Die Lohnquote stellt dar, was der Name be-sagt, nämlich der Anteil der Löhne (= Ein-kommen der abhängig Beschäftigten aus unselbstständiger Arbeit) am gesamten (Er-werbs- und Vermögens-)Einkommen. Sie

wird jedoch häufig falsch interpretiert als An-teil des Arbeitseinkommens (= Entlohnung des Produktionsfaktors Arbeit) oder gar des Einkommens der Arbeitnehmerhaushalte.

Die „Restquote“, also die Unternehmens- und Vermögenseinkommens-Quote, die oft unzutreffend als Gewinnquote bezeich-net wird, stellt folglich auch nicht den Anteil des Produktionsfaktors Kapital (oder des Gewinns) am gesamtwirtschaftlichen Ein-kommen dar und auch nicht den Anteil der Unternehmereinkünfte und schon gar nicht den der Selbstständigenhaushalte.

Einkommensumverteilung

Das Primäreinkommen der privaten Haus-halte macht den weitaus größten Teil des Volkseinkommens aus. Mit 83,2 Mrd. Euro entfielen 98,3% des Volkseinkommens auf diesen Sektor. Dazu gehören nicht nur Ein-zelpersonen und Gruppen von Einzelperso-nen als Konsumenten, sondern ggf. auch als Produzenten (selbstständige Landwirte, Einzelunternehmer, Gastwirte, Freiberufler usw.). Dieser Sektor wird in den deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Primäreinkom-men ist Haupt-teil des Volks-einkommens

T 2 Einkommensumverteilung 1991 – 2006								
Gesamtwirtschaftlicher Aggregat	1991	1996	2001	2006	1996 zu 1991	2001 zu 1996	2006 zu 2001	2006 zu 1991
	Mill. EUR				Veränderung in %			
Primäreinkommen der privaten Haushalte ¹⁾	58 269	68 189	76 866	83 243	17,0	12,7	8,3	42,9
Empfangenes Arbeitnehmerentgelt	43 011	50 049	56 303	59 338	16,4	12,5	5,4	38,0
Betriebsüberschuss, Selbstständigeneinkommen	8 048	9 603	9 252	9 904	19,3	-3,7	7,1	23,1
Vermögenseinkommen (Saldo)	7 209	8 538	11 311	14 001	18,4	32,5	23,8	94,2
- Geleistete laufende Transfers	24 252	30 814	34 625	37 325	27,1	12,4	7,8	53,9
+ Empfangene laufende Transfers	14 311	20 309	22 881	25 189	41,9	12,7	10,1	76,0
= Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte ¹⁾	48 328	57 684	65 122	71 107	19,4	12,9	9,2	47,1
- Private Konsumausgaben	42 437	52 455	59 847	64 687	23,6	14,1	8,1	52,4
+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	566	457	890	1 277	-19,3	94,9	43,5	125,7
= Sparen	6 457	5 685	6 165	7 698	-11,9	8,4	24,9	19,2

1) Einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck.

gemeinsam mit den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nachgewiesen, da insbesondere bei den Umverteilungsvorgängen die Ausgangsstatistiken für eine Trennung fehlen. Die restlichen 1,4 Mrd. Euro bzw. knapp 1,7% des Volkseinkommens waren Unternehmens- und Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften und des Staates. Vom Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ kann auf Länderebene jedoch die Einkommensverteilung und -umverteilung nur für den Sektor Private Haushalte vollständig dargestellt werden.

Primäreinkommen
überwiegend
Arbeitnehmer-
entgelt

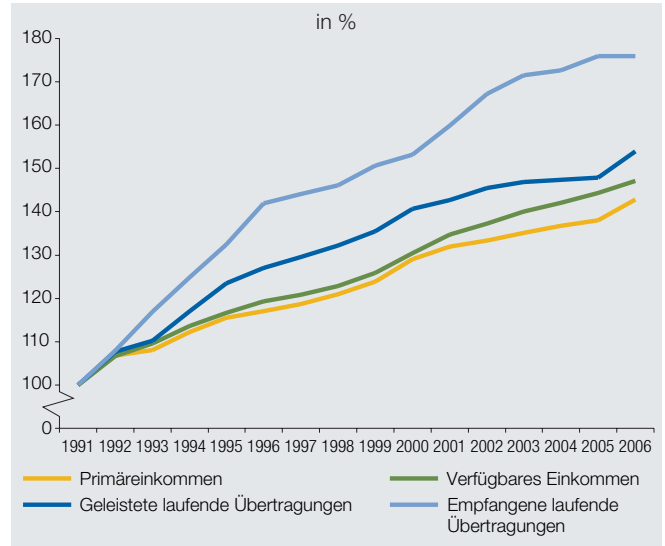
Das Primäreinkommen der privaten Haushalte bestand mit 59,3 Mrd. Euro zu über 71% aus Arbeitnehmerentgelt, das vollständig diesem Sektor zugerechnet wird. Die restlichen 29% waren die Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die den privaten Haushalten zufließen. Dazu gehören zum einen die Selbstständigeneinkommen der dem Sektor private Haushalte angehörenden Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit sowie die unterstellten Einkommen (Betriebsüberschuss) aus eigengenutztem Wohneigentum. Dieser Teil umfasste 9,9 Mrd. Euro bzw. knapp 12% des Primäreinkommens. Die Vermögenseinkommen betrugen per Saldo (empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen) 14 Mrd. Euro, das waren knapp 17%. Während das Arbeitnehmerentgelt von 1991 bis 2006 um 38% und der Betriebsüberschuss einschließlich Selbstständigeneinkommen um 23% stiegen, hat sich das Vermögenseinkommen mit +94% fast verdoppelt. Sein Anteil am Primäreinkommen ist dadurch von 12,4% (1991) auf 16,8% (2006) gestiegen.

Wachsende
Bedeutung der
Vermögensein-
kommen

Im Zuge der Umverteilung wird das Primäreinkommen deutlich verändert, indem die geleisteten laufenden Transfers abgezogen und die empfangenen laufenden Transfers hinzu gezählt werden.

G 6

Primäreinkommen, verfügbares Einkommen sowie geleistete und empfangene laufende Übertragungen 1991 – 2006



Zu den von privaten Haushalten geleisteten laufenden Transfers zählen insbesondere die direkten Steuern und Abgaben (z. B. Lohn- und Einkommensteuer, Kfz-Steuer, Gemeindesteuern, Verwaltungsgebühren) und die Sozialbeiträge. Letztere beinhalten die tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, die Sozialbeiträge der Selbstständigen und der Nichterwerbstätigen sowie die unterstellten Sozialbeiträge (insbesondere für die Beamtenversorgung und Beihilfen im Krankheitsfall). Zu den geleisteten Transfers zählen außerdem die Nettoprämien für Schadenversicherungen wie private Krankenversicherung, Kfz- und allgemeine Haftpflichtversicherung, Feuer-, Hausratversicherung u. Ä.

Direkte Steuern
und Abgaben
zählen zu den
geleisteten
Transfers privater
Haushalte

Die von privaten Haushalten empfangenen laufenden Transfers stellen überwiegend monetäre Sozialleistungen dar. In erster Linie sind dies die Geldleistungen der Sozialversicherung (Renten-, Arbeitslosen-, gesetzliche Kranken-, Unfall- und Pflegeversicherung). Dazu gehören außerdem Sozialleistungen aus privaten Sicherungs-

Empfangene
Transfers sind
überwiegend
monetäre Sozial-
leistungen

systemen, sonstige Sozialleistungen der Arbeitgeber (wie Pensionen, Beihilfen) sowie sonstige überwiegend vom Staat gezahlte soziale Geldleistungen (wie Kindergeld, Erziehungsgeld, Wohngeld, Hartz IV, Sozialhilfe, Ausbildungsbeihilfen, Kriegsopferversorgung u. A.). Neben den Sozialleistungen empfangen die privaten Haushalte Leistungen von Schadenversicherungen.

Verfügbares Einkommen macht gut 85% des Primäreinkommens aus

Das nach den Umverteilungsvorgängen resultierende verfügbare Einkommen betrug in Rheinland-Pfalz im Jahr 2006 rund 71,1 Mrd. Euro. Es lag somit rund 12,1 Mrd. Euro niedriger als das Primäreinkommen. So hoch war 2006 der Saldo aus geleisteten und empfangenen laufenden Transfers. Im gesamten Betrachtungszeitraum von 1991 bis 2006 ist das verfügbare Einkommen mit 47,1% etwas stärker gestiegen als das Primäreinkommen der privaten Haushalte mit 42,9%. Dies beruht auf der stärkeren Zunahme der empfangenen laufenden Übertragungen (+76%) im Vergleich zu den geleisteten laufenden Übertragungen (+53,9%). Der Anteil des verfügbaren Einkommens am Primäreinkommen ist dadurch von 82,9% im Jahr 1991 auf 85,4% im Jahr 2006 gestiegen.

Verfügbares Einkommen wird konsumiert oder gespart

Das verfügbare Einkommen kann von den privaten Haushalten konsumiert oder gespart werden (das Sparen umfasst außerdem noch die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche). Dabei ist zu beachten, dass – wie bereits erwähnt – ein unterstelltes Einkommen aus eigengenutztem Wohneigentum darin enthalten ist. Bei dieser Definition des verfügbaren Einkommens nach dem sogenannten Ausgabenkonzept sind die sozialen Sachtransfers, die vom Staat (einschließlich gesetzliche Sozialversicherungen) geleistet und von priva-

ten Haushalten empfangen werden (z. B. Erziehungs-, Gesundheitsleistungen), nicht enthalten. Dieses Aggregat nach dem Verbrauchskonzept lässt sich auf Länderebene nicht berechnen.

Einkommensverwendung

Der überwiegende Teil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird konsumiert. Auf den privaten Konsum entfielen 2006 in Rheinland-Pfalz 64,7 Mrd. Euro, das entspricht 91% des verfügbaren Einkommens. Der nicht konsumierte Teil des verfügbaren Einkommens zuzüglich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche stellt das Sparen der privaten Haushalte dar. Im Jahr 2006 waren dies 7,7 Mrd. Euro. Im Zeitraum seit 1991 ist das Sparen nur um 19,2% gestiegen, da in den 1990er-Jahren eine Abnahme zu verzeichnen war; seit 2000 hat das Sparen um 31,8% zugenommen.

64,7 Mrd. Euro für Konsum

7,7 Mrd. Euro wurden gespart

Die Relation aus dem so ermittelten Sparen zu dem verfügbaren Einkommen (letzteres erhöht um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche) wird als Sparquote der privaten Haushalte bezeichnet. Sie lag im Jahr 2006 bei 10,6%. Im Jahr 1991 hatte die Sparquote noch 13,2% betragen, war bis zum Jahr 2000 auf 9,1% gesunken und ist seitdem wieder um 1,5 Prozentpunkte gestiegen.

Sparquote: 10,6%

Werner Kertels, Diplom-Volkswirt, ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

Geschäftsklimaindex setzt Abwärtstrend im September fort

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

ifo Geschäfts-
klimaindex im
September
erneut kräftig
gefallen

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft ist im September zum vierten Mal in Folge gefallen; er verringerte sich von 94,8 auf 92,9 Punkte. So tief stand der ifo Index zuletzt vor mehr als drei Jahren. Die Ursache für die deutliche Abschwächung ist offensichtlich: Die Finanzkrise hat sich weiter zugespitzt; die Furcht vor einer Rezession greift um sich.

Lagebeurteilung
und Geschäfts-
erwartungen
ungünstiger als
im Vormonat

Besonders stark gab der Lageindex nach; er fiel um 3,4 auf 99,8 Punkte. So schlecht haben die deutschen Unternehmen ihre aktuelle Geschäftslage zuletzt Ende 2005 eingeschätzt, und einen so kräftigen Rückgang innerhalb eines Monats gab es zuletzt im September 2001. Die Bewertung der Geschäftsaussichten fiel zwar nur um 0,5 auf 86,5 Punkte. Damit erreichte der Erwartungsindex jedoch den tiefsten Stand seit Februar 1993. Weder der rückläufige Ölpreis noch die Abwertung des Euro konnten die Stimmung in den Unternehmen aufhellen.

Weitere kräftige
Klimaeintrübung
im verarbeitenden
Gewerbe

Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima noch einmal kräftig verschlechtert. Dies lag vor allem an einer wesentlich ungünstigeren Beurteilung der Geschäftslage. Aber auch die Geschäftserwartungen haben sich leicht eingetrübt.

Ursache für die schlechte Stimmung in den Industrieunternehmen könnten die kräftig gesunkenen Auftragseingänge sein.

Im Großhandel hat sich das Klima nach der leichten Verbesserung im Vormonat im September wieder verschlechtert. Der Lageindex ging leicht, der Erwartungsindex deutlich zurück. Im Einzelhandel fiel die Stimmungsverschlechterung nicht ganz so kräftig aus. Die Lagebeurteilung der Einzelhändler war im Vergleich zum Vormonat zwar ungünstiger, dafür verbesserten sich aber ihre Geschäftserwartungen.

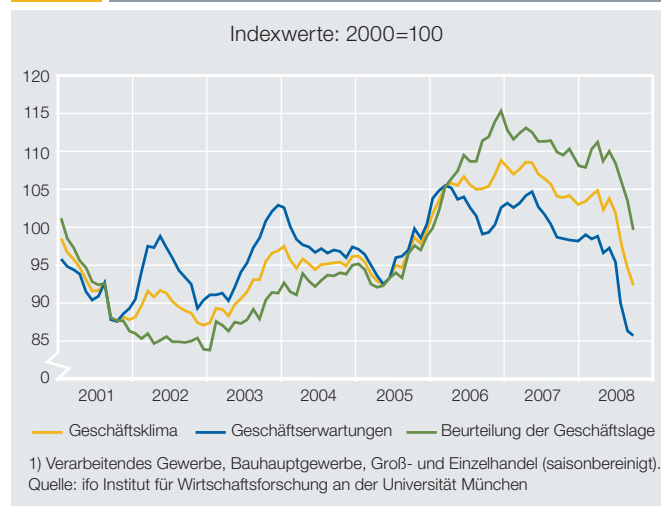
Klimaeintrübung
auch im Handel

Dagegen ist im Bauhauptgewerbe sowohl die Beurteilung der Geschäftslage als auch die Einschätzung der Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate günstiger ausgefallen als noch im Vormonat.

Nur im Bau-
gewerbe ist
die Stimmung
besser als im
Vormonat

Stand:
Sept.
2008

ifo Geschäftsklima Deutschland
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft¹⁾



Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe rückläufig

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf

die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Juni 2008 gegenüber dem Vorjahr um 3,3% gesunken

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe wurden von November 2003 bis März 2008 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,1% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Im Juni 2008 kam es mit einem Minus von 3,3% zu einem Rückgang des Ordervolumens. Bereits im April war zum ersten Mal nach mehr als vier Jahren eine Verschlechterung der Auftragseingänge (-1,7%) gegenüber dem Vorjahresmonat registriert worden. Zwischenzeitlich hatte es im Mai eine leichte Verbesserung um 0,7% gegeben. Davor war bereits im Februar und März die Verbesserung gegenüber dem Vorjahresmonat mit +3 bzw. +2,2% nur gering ausgefallen. Im Januar 2008 war es noch zu einem Auftragsplus von 9,3% gekommen.

Auslandsaufträge sinken stärker als Inlandsaufträge

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde von Mai 2005 bis Januar 2008 von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Danach wurde von Februar bis April ein Rückgang der heimischen Nachfrage registriert, während die ausländische Nachfrage noch anstieg. Im Mai 2008 kam es dann zu einer gegenläufigen Entwicklung: Die Auftragseingänge aus dem Inland wiesen einen Zuwachs von 2,5% auf, dagegen trat bei den Aufträgen aus dem Ausland mit -0,8% eine Verschlechterung ein. Im Juni 2008 kam es nun sowohl bei den Inlandsaufträgen (-0,7%), als auch bei den Auslandsaufträgen (-5,5%) zu Rückgängen,

und damit zu einer Situation, wie sie seit August 2003 nicht mehr beobachtet wurde.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im Juni 2008 die Auftragseingänge um 6,3% gegenüber dem Juni des Vorjahres. Damit blieb die Nachfragesteigerung etwa auf dem Niveau, das seit Ende 2007 registriert wird. Im Mai 2008 hatte das Auftragsplus mit 8,4% höher gelegen als in den vorangegangenen 13 Monaten. Im März und April hatte es Auftragszuwächse von 5,2 bzw. 5,5% gegeben.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie um 6,3% über Vorjahresniveau

Die aktuelle Zuwachsrate wird – wie schon im Mai – auch im Juni 2008 von Nachfragesteigerungen aus dem In- und Ausland bestimmt. Bei den Bestellungen aus dem Inland kam es im Juni zu einem Auftragsplus von 2,7%, nach +4,7% im Mai. Die Aufträge aus dem Ausland erhöhten sich wieder deutlich um 8,2%. Im Mai 2008 hatte der Anstieg sogar 10,5% betragen und war damit höher als in den Monaten seit Juni 2006.

Im Fahrzeugbau, der etwa 17% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im Juni 2008 mit einem Minus von 29,3% zu einem weiteren deutlichen Rückgang der Auftragseingänge. Bereits im März (-13,8%), April (-19,7%) und Mai (-23,2%) waren stark sinkende Auftragszahlen zu verzeichnen. Davor war es im Februar mit -5,7% zur Umkehr bei der bis dahin sehr erfreulichen Auftragslage gekommen. Im Januar hatte es noch ein Plus von 8,7% gegeben.

Fahrzeugbau: Weiterhin deutlicher Rückgang der Auftragseingänge

Im Juni 2008 war bei der inländischen Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion mit -21% wieder ein kräftiger Rückgang zu registrieren. Davor waren von März bis Mai

die Auftragseingänge bereits in ähnlichem Ausmaß zwischen 19,2 und 23,9% gesunken. Außerdem war nach 18 Monaten mit teilweise deutlichen Steigerungsraten auch die Auslandsnachfrage zum vierten Mal in Folge mit einem Minus von 35,1% niedriger als im Vorjahr. Davor hatte es im April und Mai einen Rückgang der Auftragseingänge aus dem Ausland um 15,9 bzw. 26,3% gegeben.

Nachfrageplus
in der Metaller-
zeugung und
-verarbeitung

In der Metallerzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Juni 2008 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat um 3,2%, nach +6,5% im Mai. In den ersten drei Monaten des Jahres war die Entwicklung mit einem Plus zwischen 8,9 und 10,9% noch deutlich günstiger ausgefallen. Im April wurde ein Anstieg von 3,4% registriert.

Bei den Inlandsbestellungen kam es im Juni zu einem Zuwachs um 7,2%, nach +10,8% im Mai. Damit war die Nachfragesteigerung etwa so stark wie seit September 2007. Lediglich im Dezember 2007 (+4,5%) gab es eine ungünstigere Entwicklung. Dagegen wurden im Februar, März und Mai 2008 sogar zweistellige Zuwachsraten registriert. Das Volumen der Auslandsaufträge sank im Juni mit -2,2% genauso stark wie im April. Im Mai hatte es zwischenzeitlich einen leichten Anstieg um 0,5% gegeben. Vor allem zum Jahreswechsel waren noch deutliche Verbesserungen zu verzeichnen. Von Dezember 2007 bis Februar 2008 lagen die Auftragssteigerungen zwischen 8,5% und 15,9%.

Auftragseingänge
im Maschinenbau
nach mehr als drei
Jahren erstmals
wieder rückläufig

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 10%) sank die Nachfrage im Juni 2008 im Vorjahresvergleich um 2,5%. Zuletzt hatte es im April 2005 eine rückläufige Entwicklung gegeben. Bereits im April (+3%) und Mai 2008

(+6,2%) war die Auftragssteigerung nicht mehr so hoch wie zuvor. In den vorangegangenen Monaten hatten die Zuwachsraten von Juni 2007 bis März 2008 – mit Ausnahme des Septembers 2007 (+5,9%) und des Februars 2008 (+8,8%) – noch im zweistelligen Bereich gelegen und zwischen 10,9 und 16% betragen.

Die heimische Nachfrage ist im Juni lediglich um 1,4% gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen, nach +14,8% im Mai. Aus dem Ausland gab es mit -4,9% dagegen sogar ein deutliches Minus nach einem schwachen Vormonatsplus von 1%. Im April lagen die Zuwachsraten aus dem Inland (+2,8%) und aus dem Ausland (+3,2%) noch fast gleichauf.

Sinkende Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe – Zahl der Baugenehmigungen steigt weiter an

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Juni 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat mit -5% wieder deutlich gesunken. Zuvor hatte es im Mai noch einen Anstieg um 3,4% gegeben. In den drei vorausgegangenen Monaten wurde ebenfalls eine rückläufige Entwicklung beobachtet. Vor allem im Februar (-9,1%) und April (-8,2%) waren die Auftragseingänge kräftig gesunken. Zwischenzeitlich hatte es im März mit -1,5% einen schwächeren Rückgang gegeben. Schon in den vorangegangenen Monaten hatte sich in der Baubranche keine eindeutige Tendenz gezeigt. Im Januar war ein leichtes Plus von 1,3% registriert worden, nachdem es im Dezember 2007 zu einem Minus von 1,9% gekommen war.

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau war seit Oktober 2006 stark rückläufig. Von Dezember 2006 bis Februar 2007 brach der Drei-Monats-

Auftragseingänge
im Bauhaupt-
gewerbe sinken
um 5%

Zahl der Baugenehmigungen um 7,2% gestiegen

Durchschnitt – vor allem als Basiseffekt in der Folge eines zwischenzeitlichen Genehmigungsschubs aufgrund der Abschaffung der Eigenheimzulage Anfang 2006 – jeweils um mehr als 50% ein. Diese Entwicklung schwächte sich anschließend ab. Es kam zu einer Stabilisierung der gleichwohl immer noch hohen Abnahmeraten. Von März bis Dezember 2007 gab es Rückgänge zwischen 14,7 und 34%. Nachdem die Zahl der Baugenehmigungen im Drei-Monats-Durchschnitt im Januar 2008 erstmals seit September 2006 mit +0,6% im Vorjahresvergleich leicht angestiegen war, setzte sich im Frühjahr 2008 zunächst die Entwicklung des Vorjahres fort. Von Februar bis April waren deutliche Rückgänge zwischen 10,8 und 17,9% zu verzeichnen. Im Mai (+13,8%) und nun auch im Juni (+7,2%) kam es zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der Baugenehmigungen. Die momentane Entwicklung des Drei-Monats-Durchschnitt wird allerdings ausschließlich durch das sehr hohe Genehmigungsplus im Berichtsmonat Juni verursacht.

Leichter Umsatzanstieg im Einzelhandel – sinkende Umsätze im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird üblicherweise zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten.

„Neuzugangsstichprobe“ erhöht die Repräsentativität, schränkt aber den Vergleich mit den Vorjahren ein

Mit dem Ziel, die Repräsentativität der Handelsstatistiken am aktuellen Rand zu verbessern, wurden die Stichproben der berichtspflichtigen Betriebe durch eine „Neuzugangsstichprobe“ ergänzt. Durch die rückwirkende Einbeziehung neu ge-

gründeter Unternehmen können zwar Umsatzmesszahlen ab Januar 2007 ermittelt werden, diese sind aber mit den zuvor berechneten Werten nicht kompatibel. Daher können die gleitenden Drei-Monats-Durchschnitte im Vorjahresvergleich erst wieder seit dem Vorliegen der Ergebnisse für den Berichtsmonat März 2008 gebildet werden.

Die Einzelhandelsumsätze wiesen nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Juni 2008 im Drei-Monats-Durchschnitt einen realen Anstieg um 0,2% gegenüber Juni 2007 auf. In den vorangegangenen Monaten hatte es seit Februar jeweils Umsatzeinbußen gegeben. Diese bewegten sich zwischen –0,2% im Mai und –1,4% im April. Für das Jahr 2007 wurde – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – ein jahresdurchschnittlicher Rückgang der realen Umsätze von 0,5% errechnet.

Leichte Umsatzsteigerung im Einzelhandel

Die Umsätze im Großhandel sanken nach Einbeziehung der „Neuzugangsstichprobe“ im Juni 2008 im Vorjahresvergleich real um 4,3%. Lediglich im April hatte es mit –5,2% einen höheren Rückgang im Drei-Monats-Durchschnitt gegeben. In den übrigen Monaten seit Februar 2008 kam es zu schwächeren Umsatzeinbußen zwischen –1% im März und –2,5% im Februar. Im Jahr 2007 war es – auf der Grundlage der „alten Stichprobe“ – zu jahresdurchschnittlichen Umsatzeinbußen von 3,4% gekommen.

Kräftig sinkende Umsätze im Großhandel

Im Gastgewerbe gingen die Umsätze im Jahr 2007 real um 2,3% zurück. Im Juni 2008 lagen die Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. preisbereinigt um 3% unter dem Vorjahreswert. Zuvor war es von März bis Mai zu noch stärkeren Rückgängen in einem Bereich zwischen –3,9 und –4,2% gekommen.

Weiterhin deutlicher Umsatzrückgang im Gastgewerbe

Jahresteuerrate im September 2008 bei 2,9%

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Anstieg des Verbraucherpreisindex weiterhin auf hohem Niveau

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex ging im September 2008 im Vergleich zum Vormonat um 0,1% zurück. Gegenüber dem September des Vorjahres hat er sich um 2,9% erhöht und blieb damit nur geringfügig hinter dem Preisanstieg vom August (+3%) zurück. Damit war die Jahresteuerrate auch niedriger als in den beiden Vormonaten. Im Juli (+3,4%) wurde – wie zuvor auch im Juni (+3,3%) – der höchste Wert erreicht, der für den Verbraucherpreisindex seit dem Jahr 1995 – seither wird der rheinland-pfälzische Preisindex nachgewiesen – zu verzeichnen war. Im Mai hatte die Preissteigerung bei 3% gelegen. Davor hatte sie im April lediglich 2,3% betragen, nach einem zwischenzeitlichen Anstieg um 2,8% im März. Im Januar und Februar 2008 war es zu einer Preissteigerung von jeweils 2,5% gekommen.

Preisentwicklungen in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im September 2008 in den Indexhauptgruppen „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+6,1%), „Verkehr“ (+4,7%) sowie „Wohnung, Wasser, Strom, Gas u. a. Brennstoffe“ (+4,2%). Dagegen waren die Preise in den Bereichen „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (–0,4%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (–3,7%) niedriger als im September 2007. Ein besonders starker Rückgang der Preise war im Bereich „Bildungswesen“ (–14,8%) zu verzeichnen. Dieser wird durch die – im September 2008 begonnene – schrittweise Abschaffung von Kindergartenbeiträgen verursacht.

Arbeitsmarkt zeigt sich nach wie vor robust

Die Zahl der Arbeitslosen ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

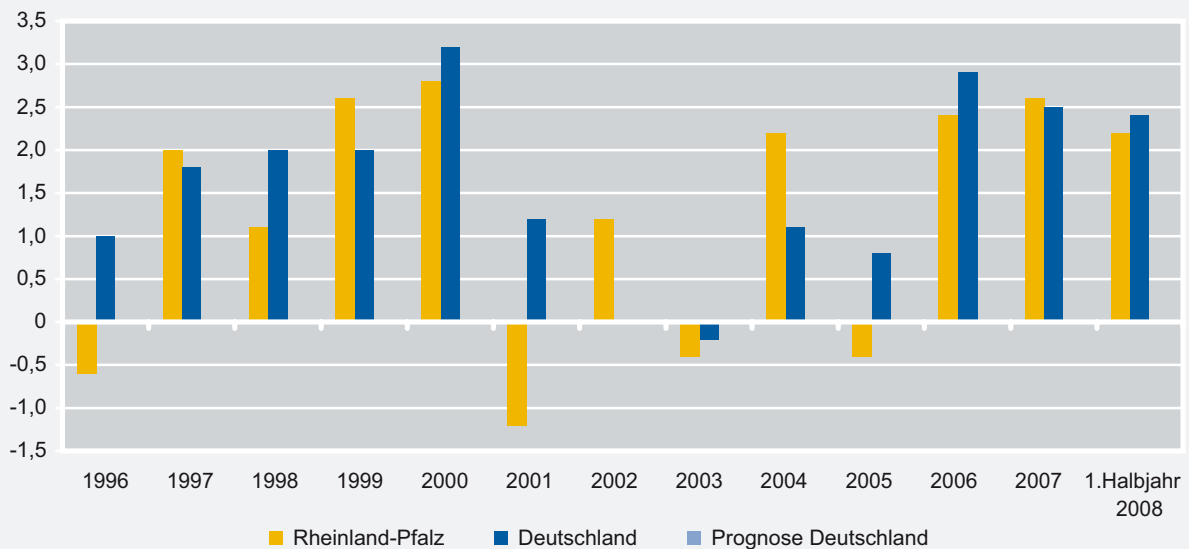
Trotz immer stärker werdender belastender Faktoren, zeigt sich der Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz weiterhin robust. Im September 2008 ist die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vormonat um knapp 4 000 auf 108 600 (–3,5%) gesunken. Gegenüber September 2007 verringerte sich die Arbeitslosenzahl um 15 300 (–12,4%). Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen belief sich im September 2008 auf 5,2% und lag damit 0,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Vormonats. Vor einem Jahr hatte die Arbeitslosenquote noch 6% betragen.

Zahl der Arbeitslosen im September weiter gesunken

Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist weiter gestiegen; sie bewegt sich nun nahe am historischen Höchststand. Nach vorläufigen Ergebnissen erhöhte sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Juli im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 25 900 (+2,2%). Besonders kräftig stieg die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe und bei den unternehmensnahen Dienstleistern (jeweils +6 700) sowie im Gesundheits- und Sozialwesen (+4 000).

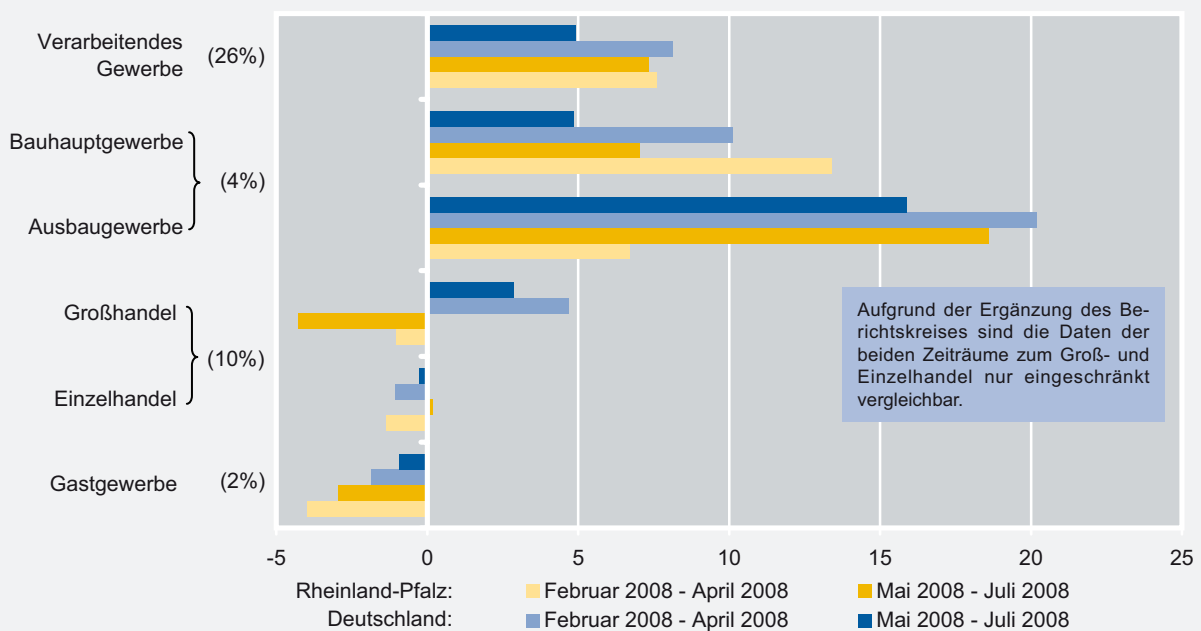
Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen, Forschungsdatenzentrum; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in dem Bereich Analysen und Prognosen als Referent tätig.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹⁾
– Preisbereinigt –
 Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2008: Februar 2009.

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹⁾
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 3-Monats-Durchschnitte²⁾ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

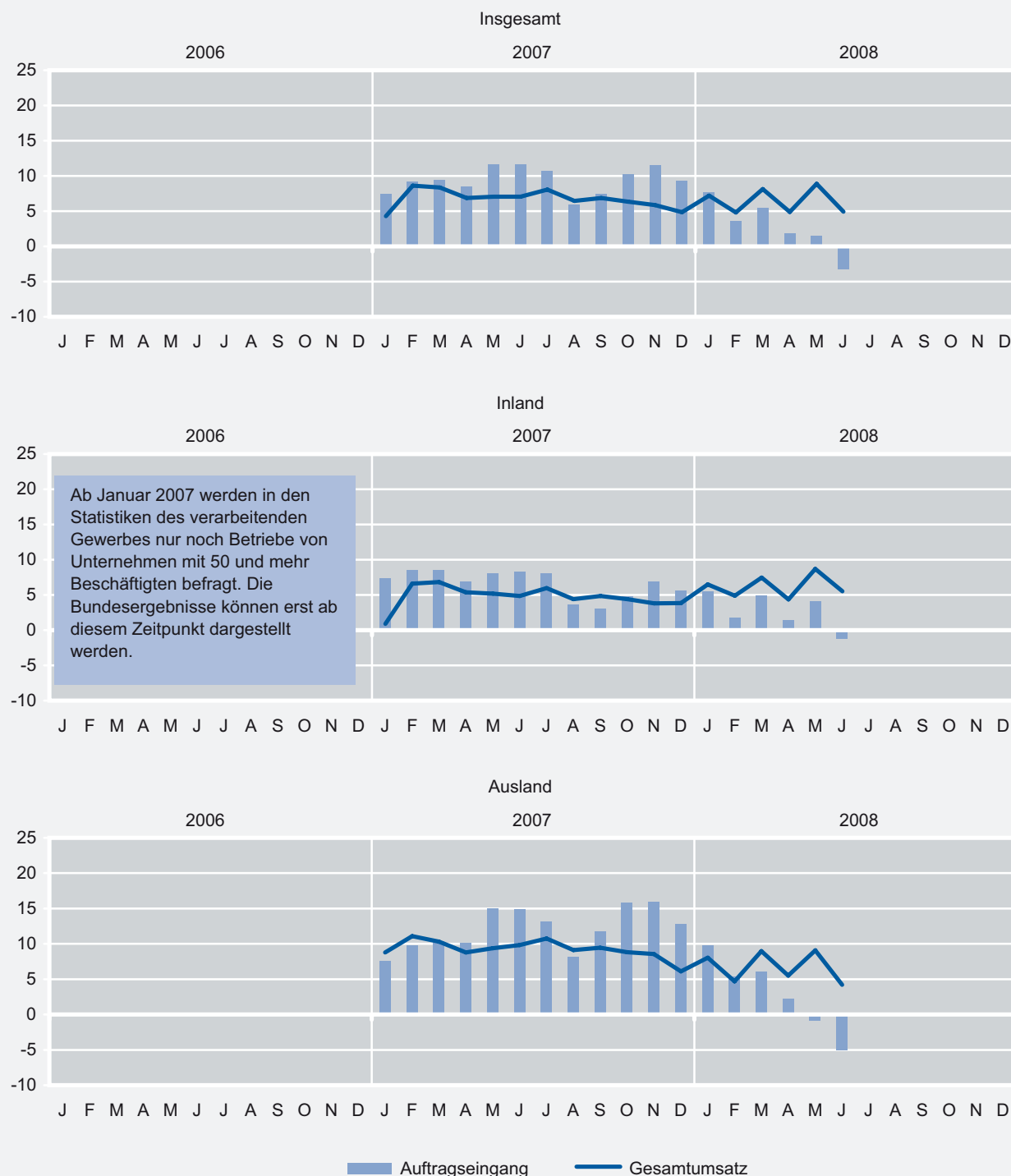


1) Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2007. – 2) Ausbaugewerbe: Quartale.

Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe

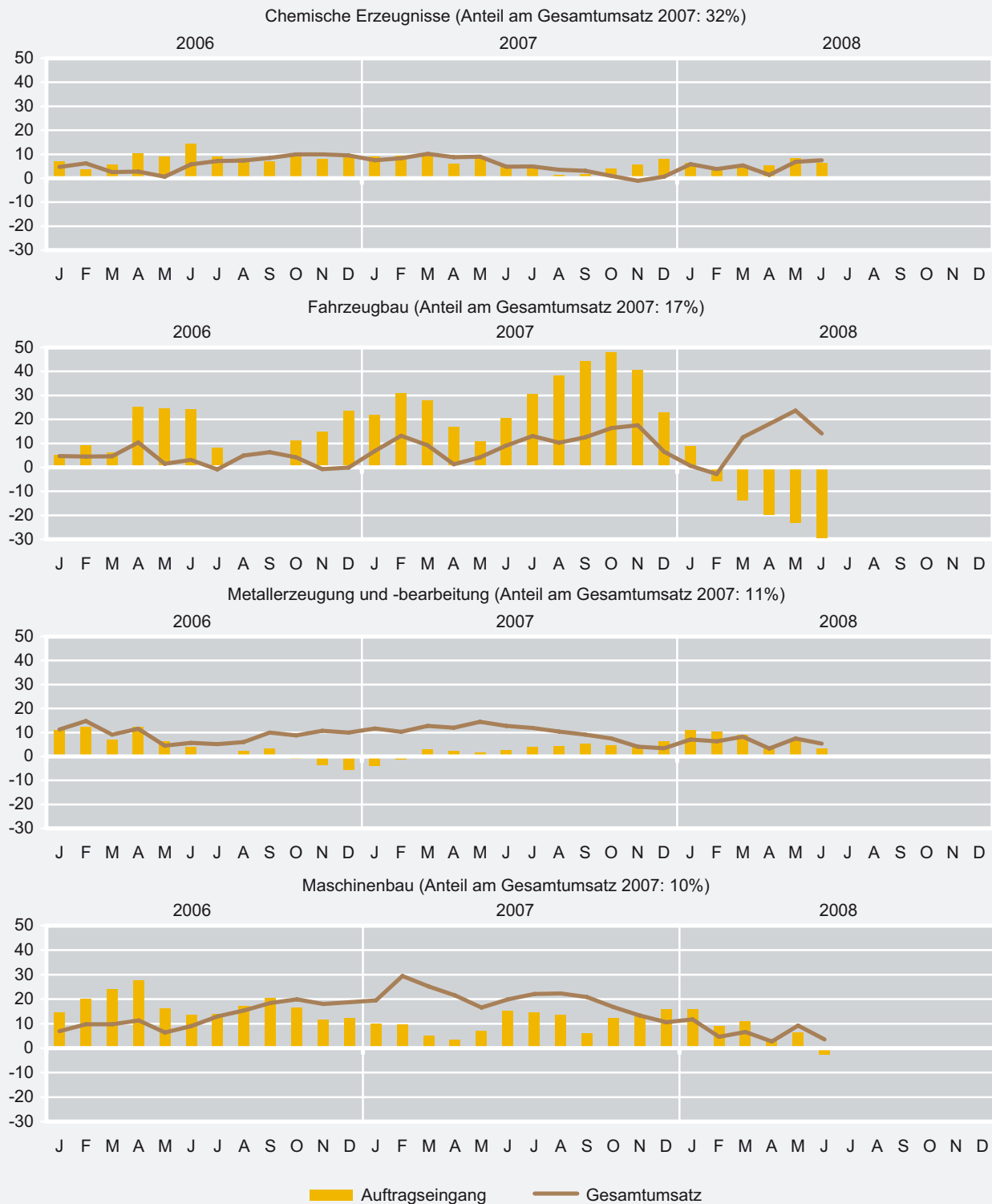
Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



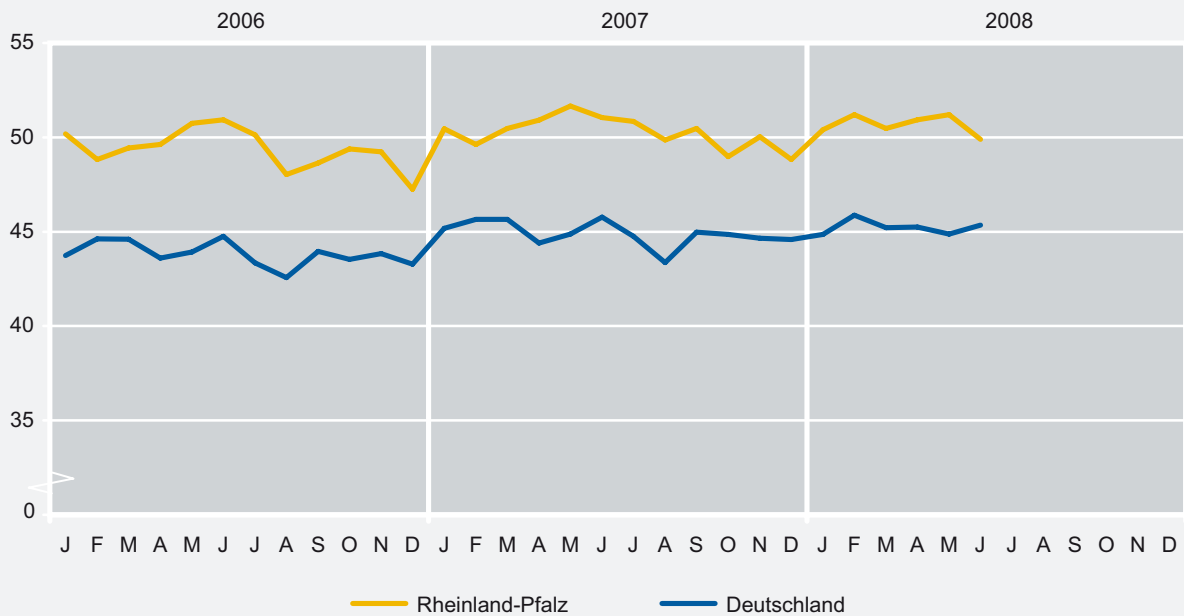
Auftragseingang (Volumenindex) und Umsatz (nominal) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



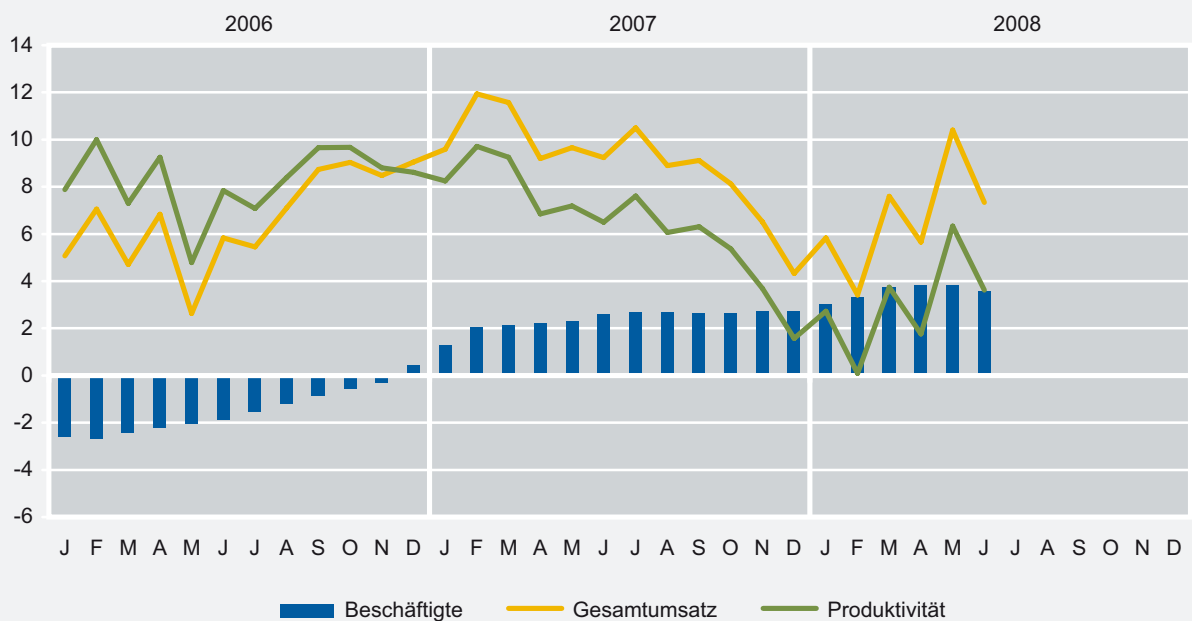
Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



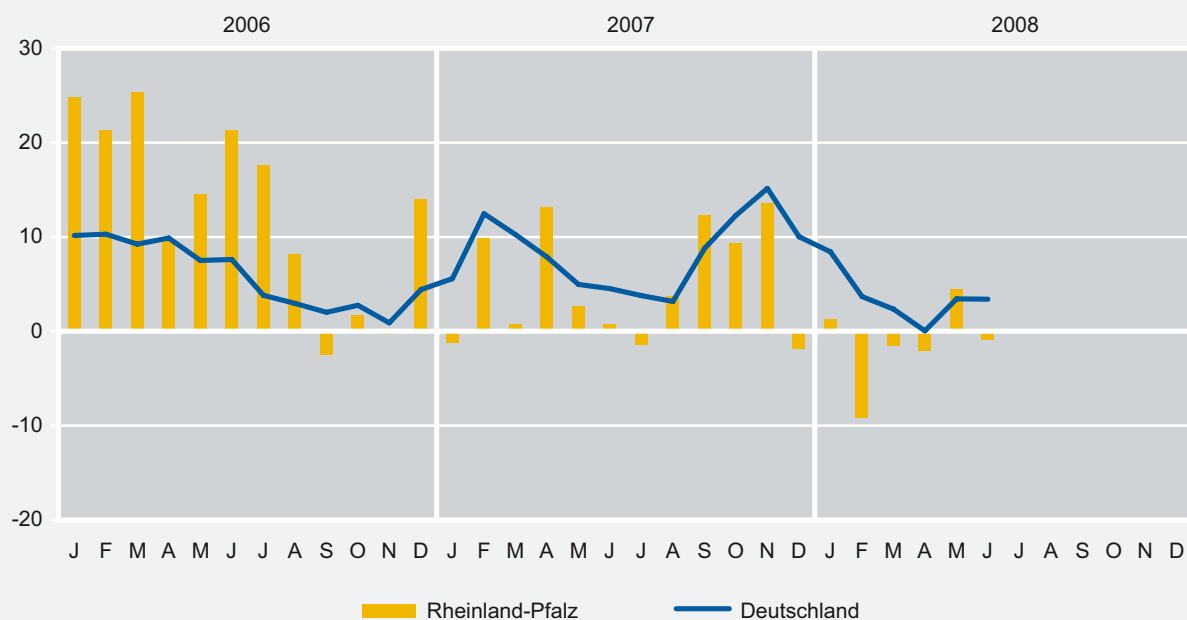
Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



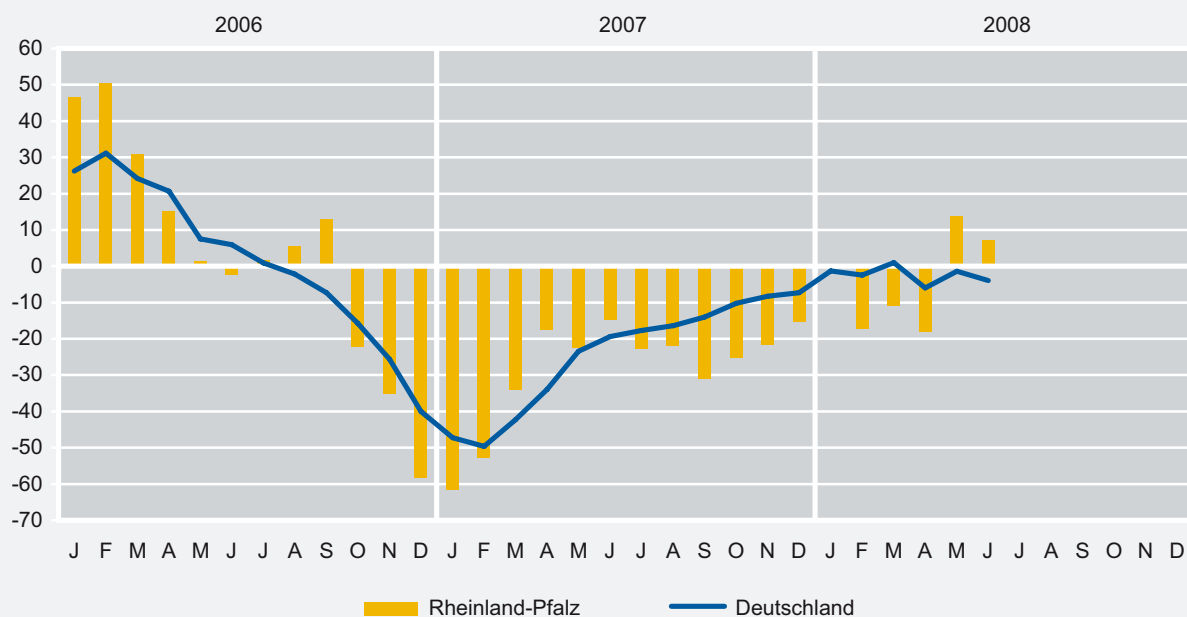
Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Baugenehmigungen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

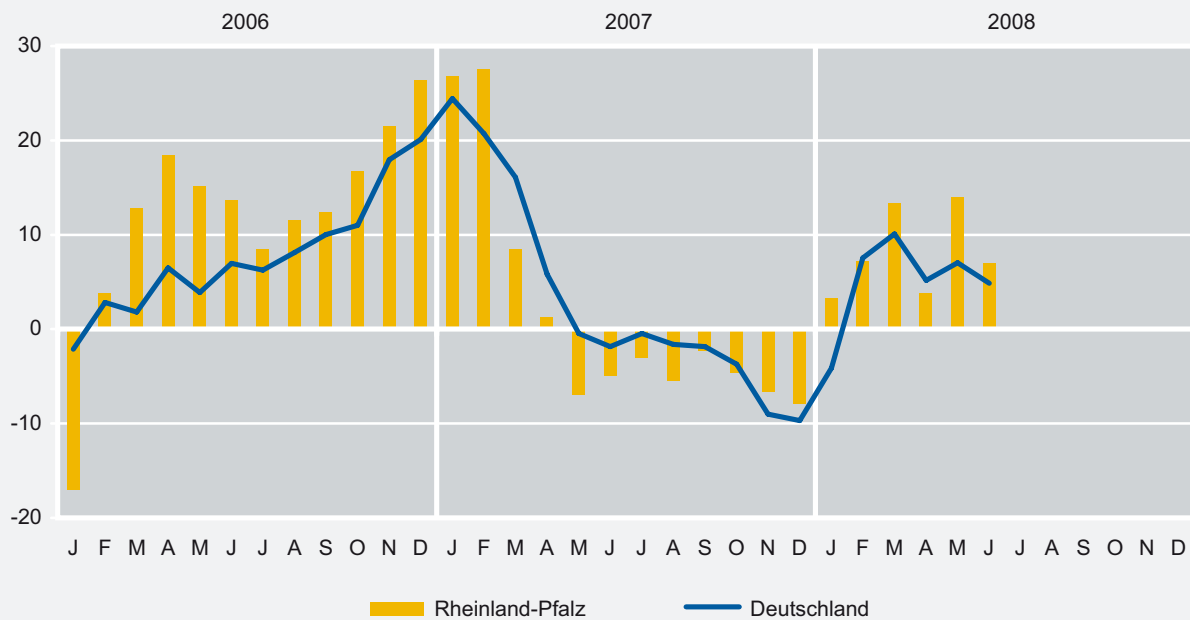
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

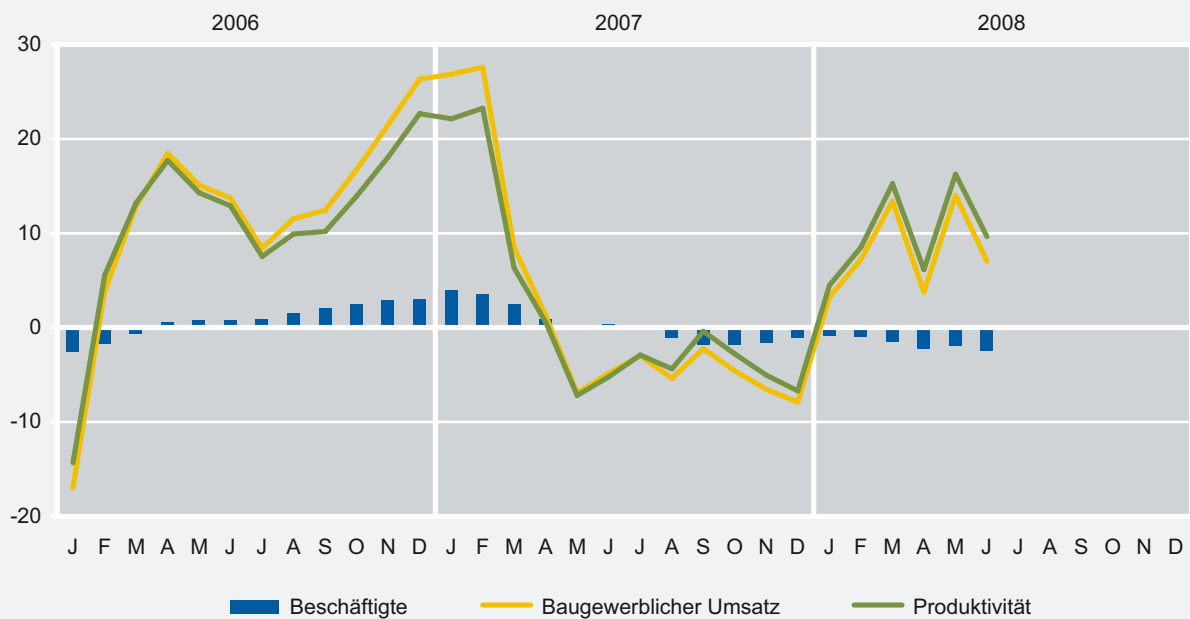
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹⁾ im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

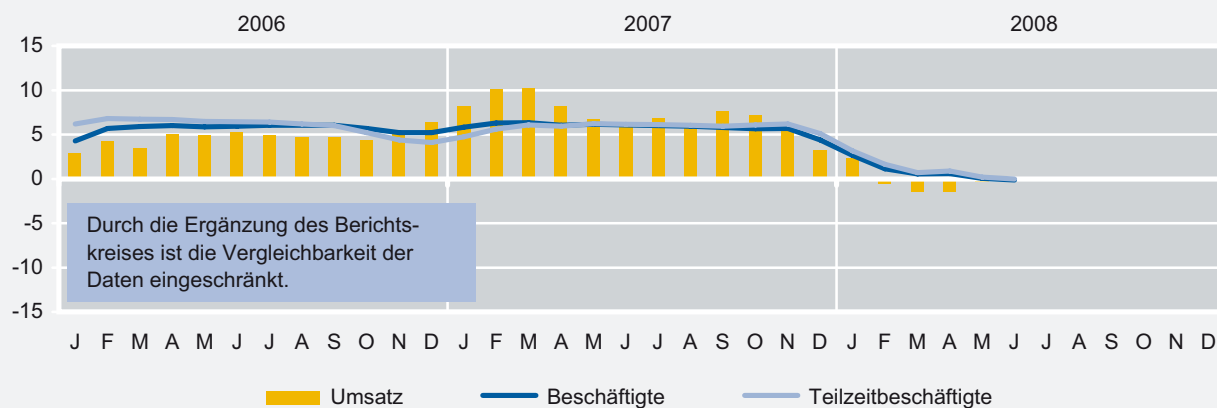
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

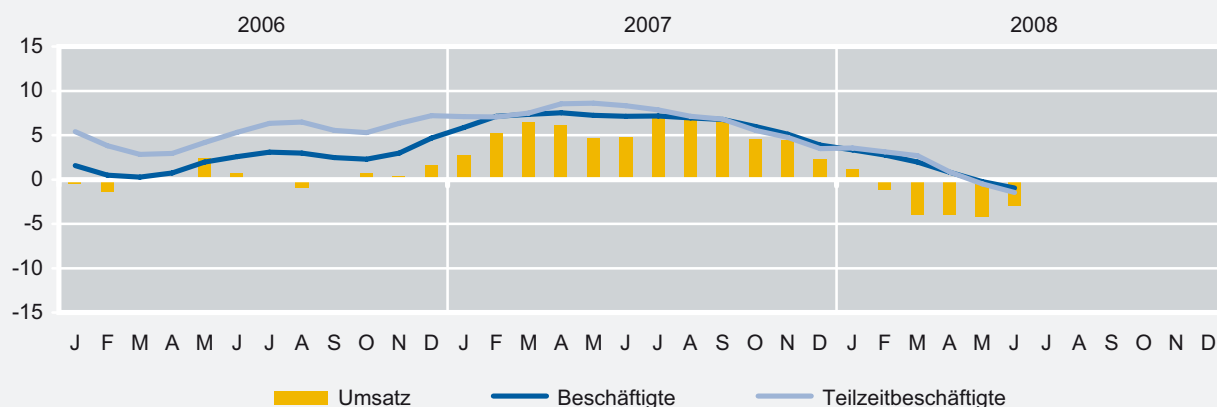
Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



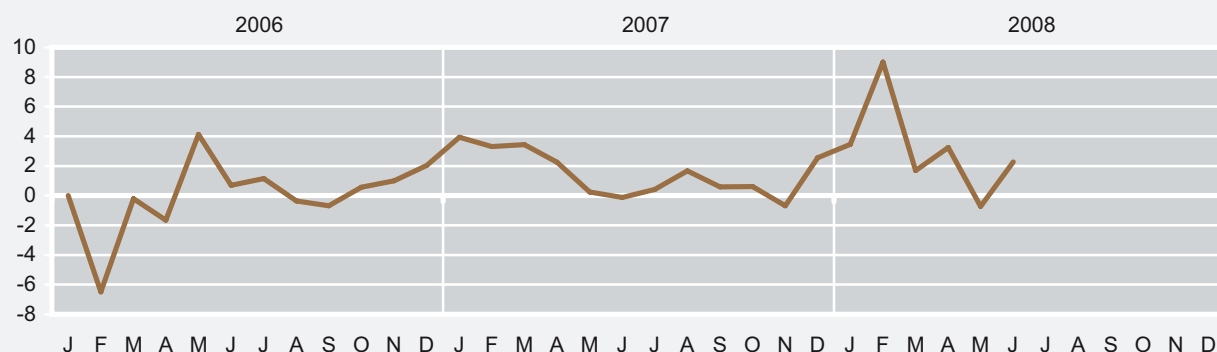
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



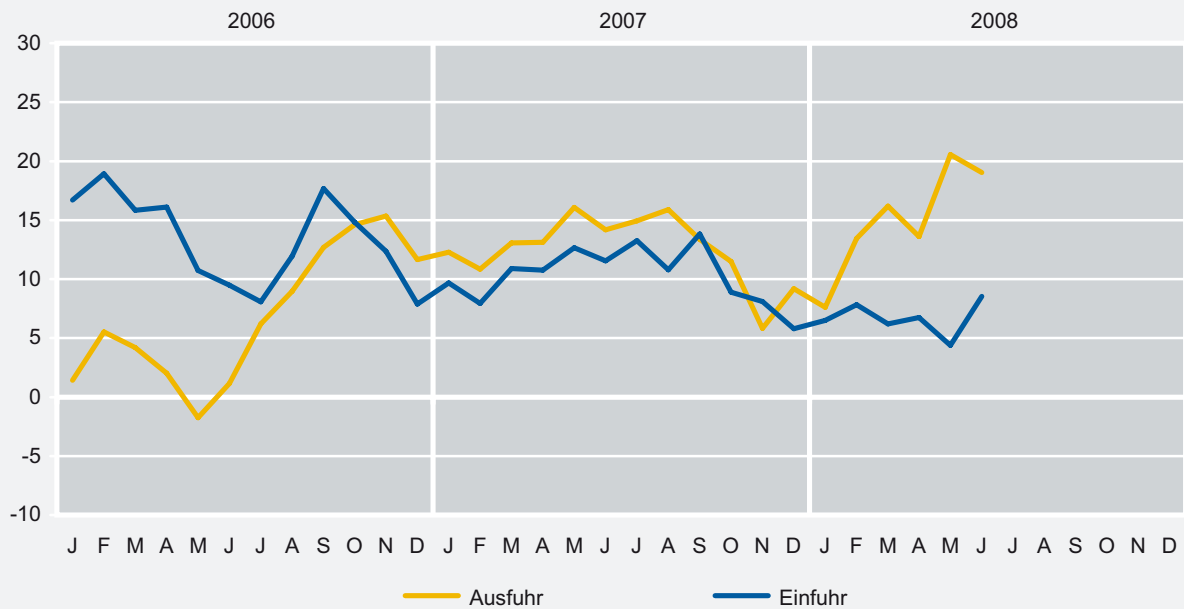
Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Außenhandel¹⁾ in Rheinland-Pfalz

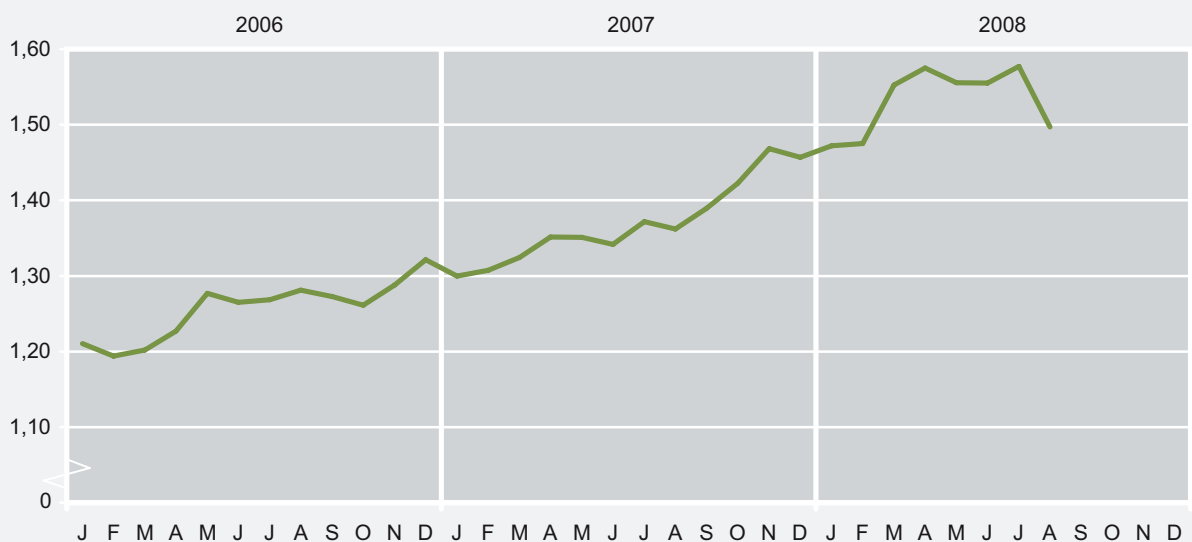
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland.

Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)

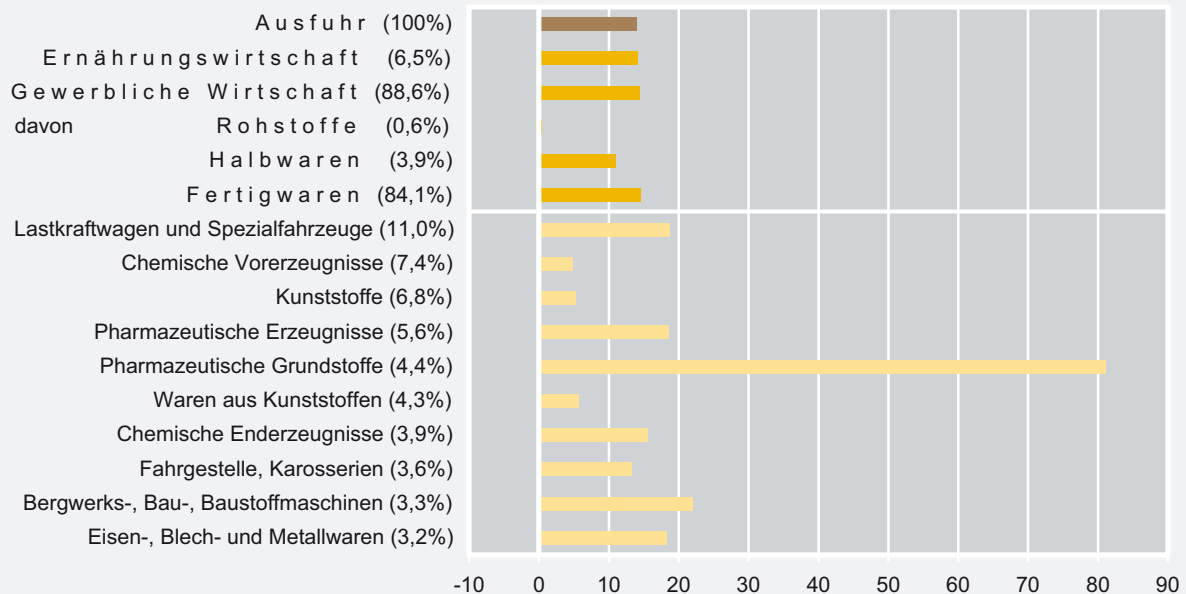
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

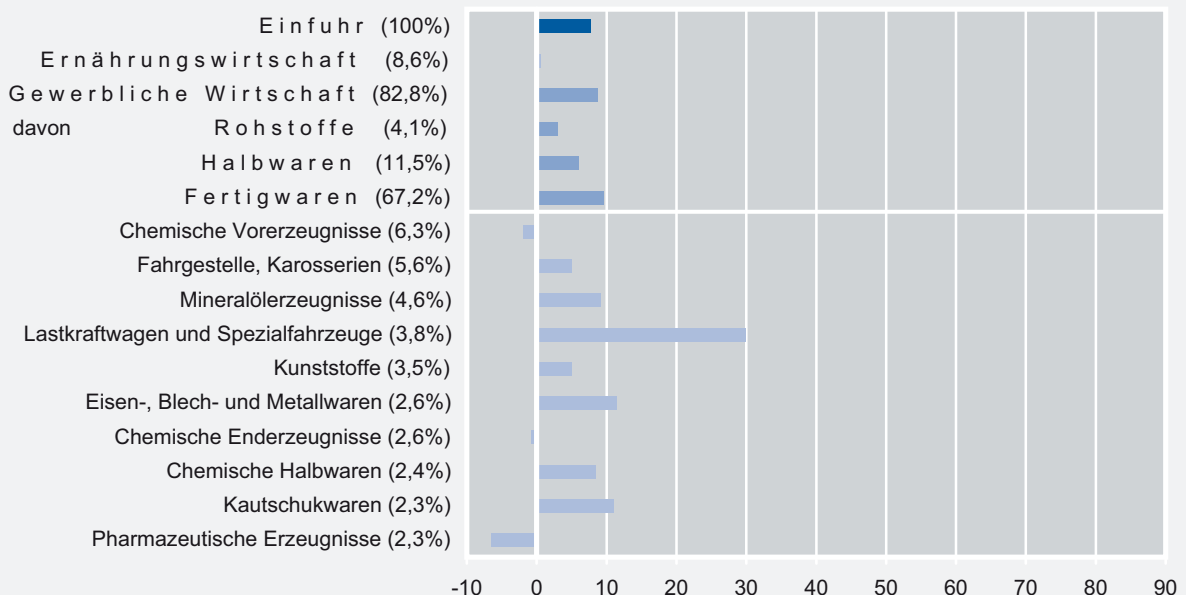
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2007 – Juni 2008 nach Warengruppen¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2007 – Juni 2008 nach Warengruppen¹⁾

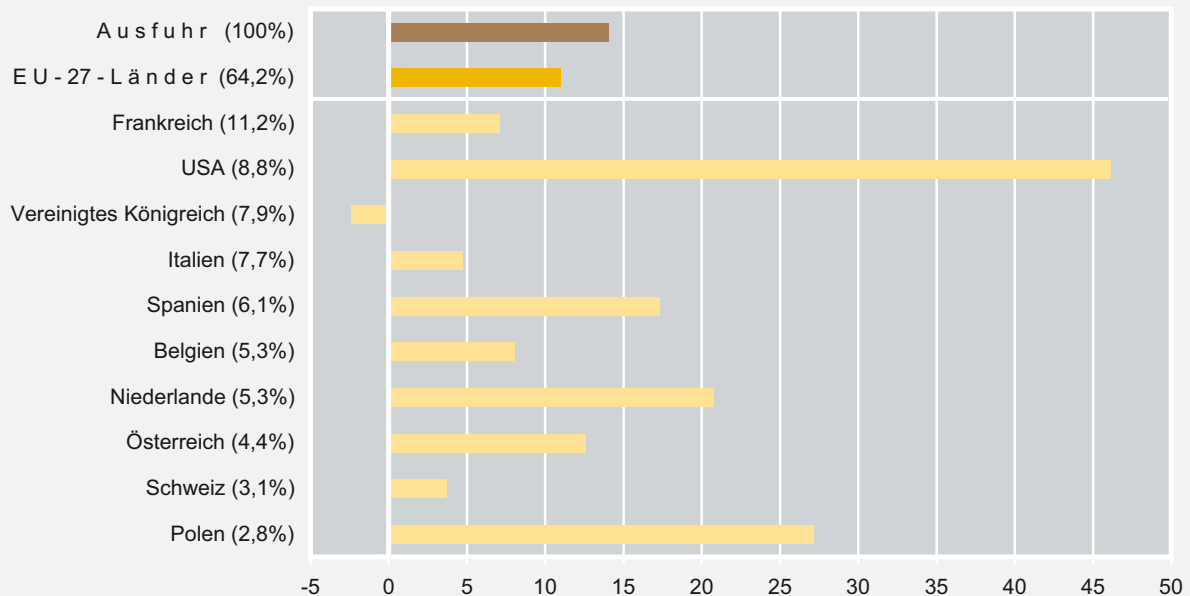
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

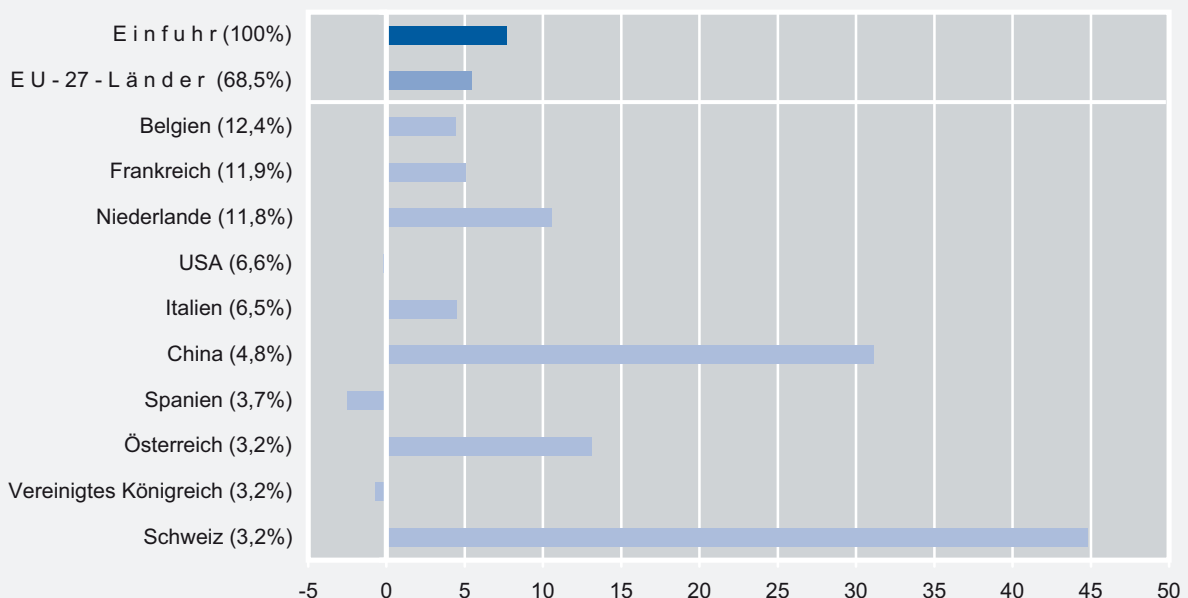
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Juli 2007 – Juni 2008 nach Bestimmungsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



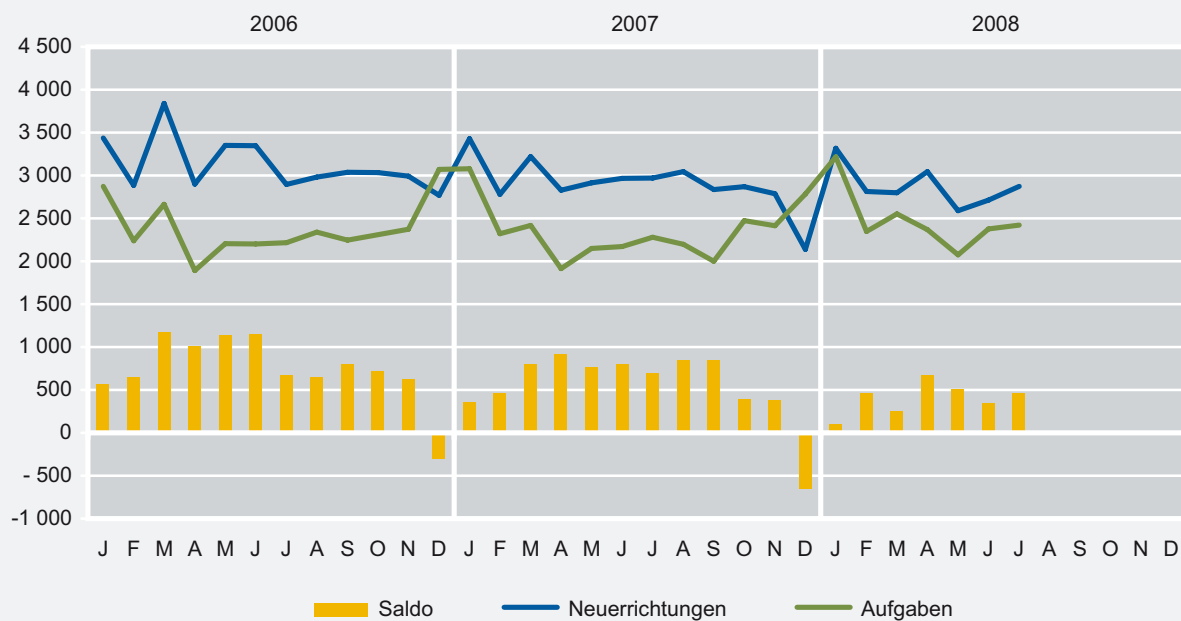
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Juli 2007 – Juni 2008 nach Herkunftsländern¹⁾

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

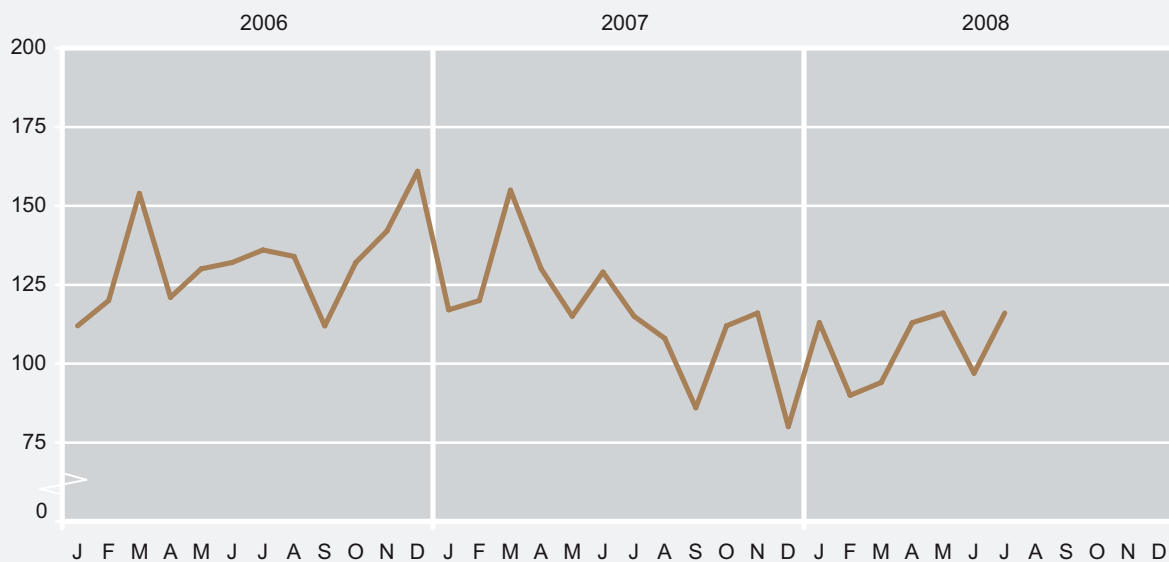


1) Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2006.

Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz

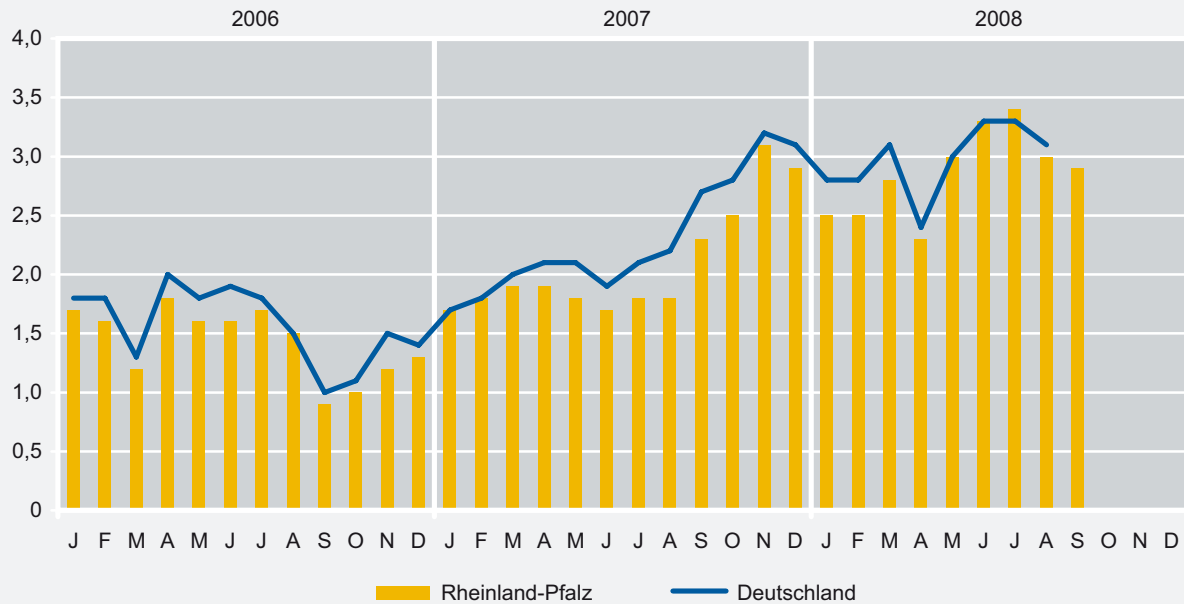


Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



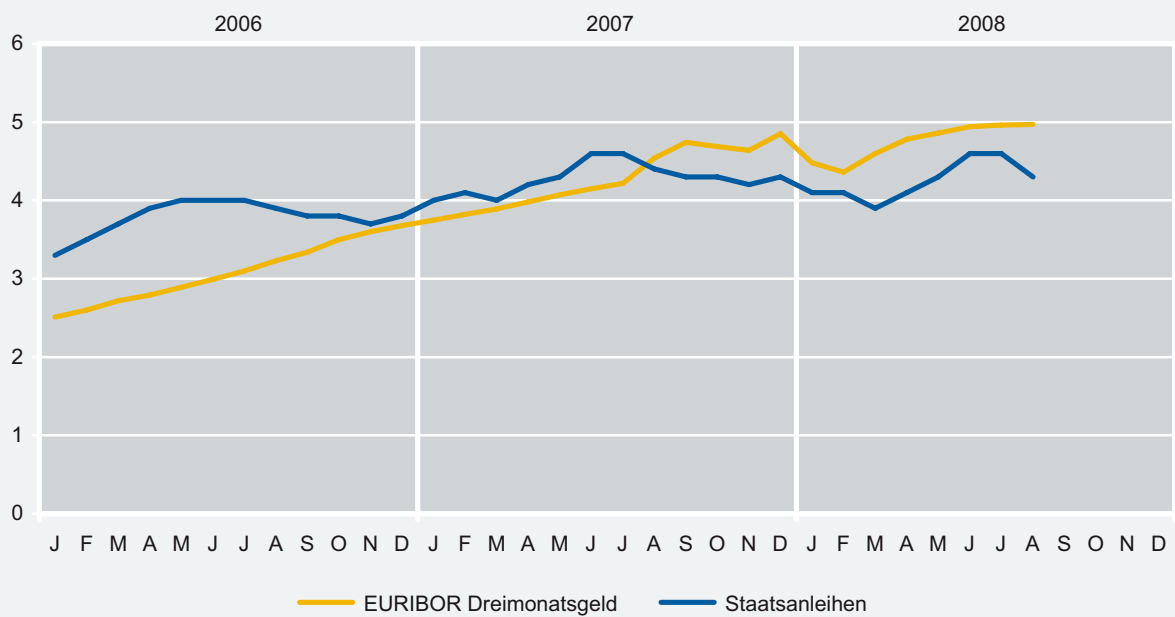
Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit

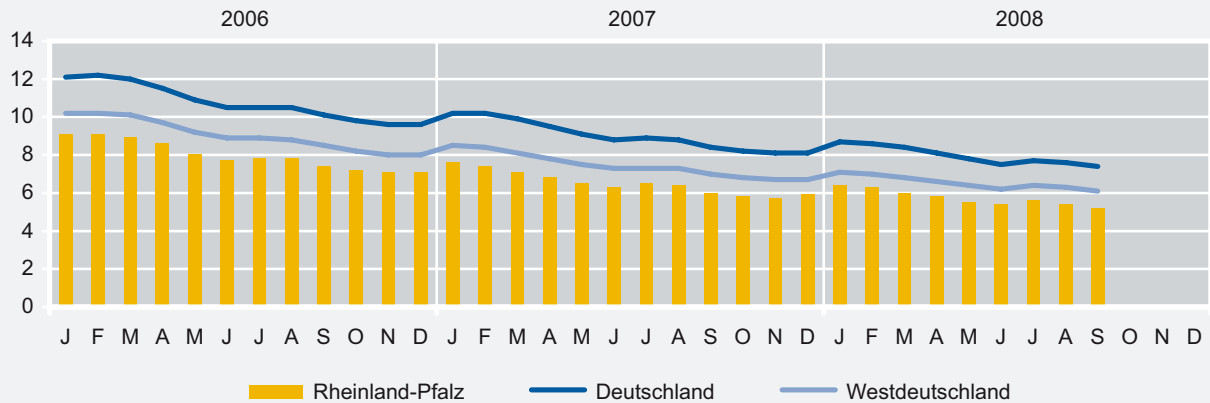
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

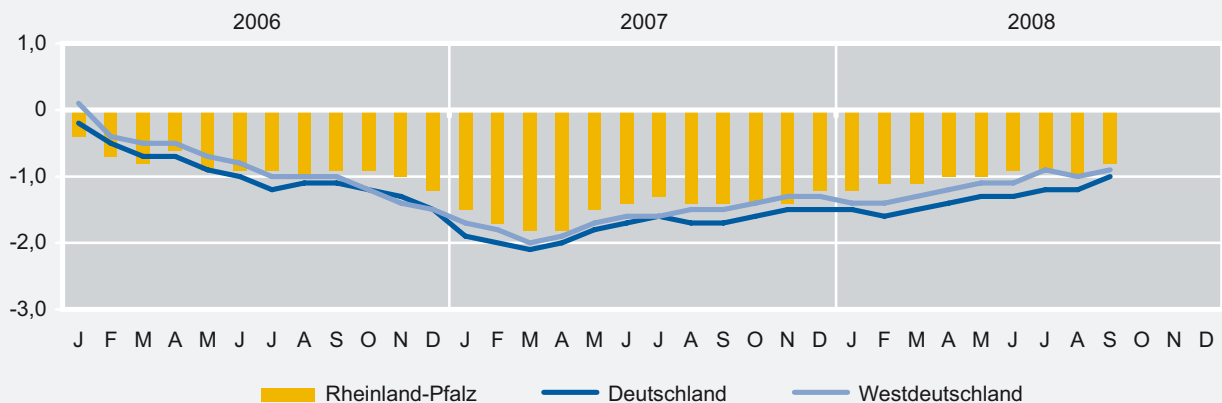
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland¹⁾

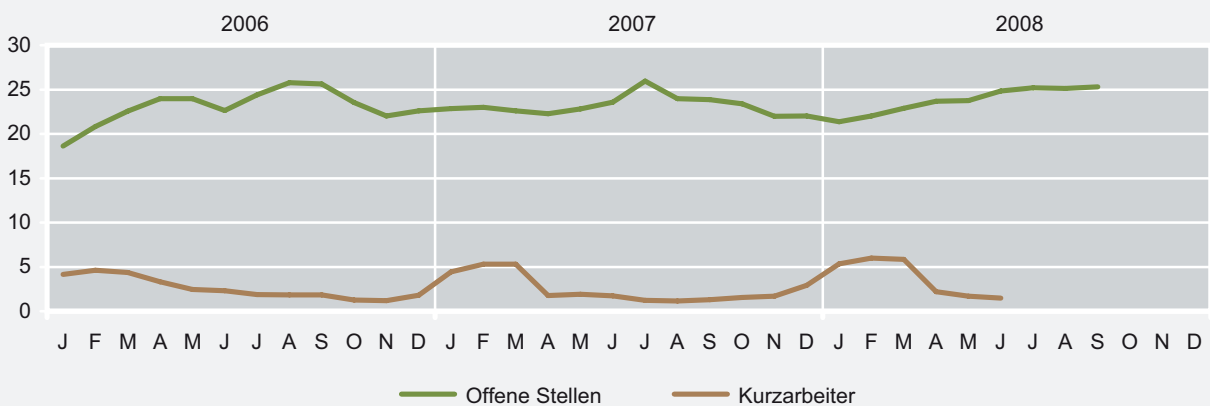
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten



1) Ab 2005 einschließlich der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

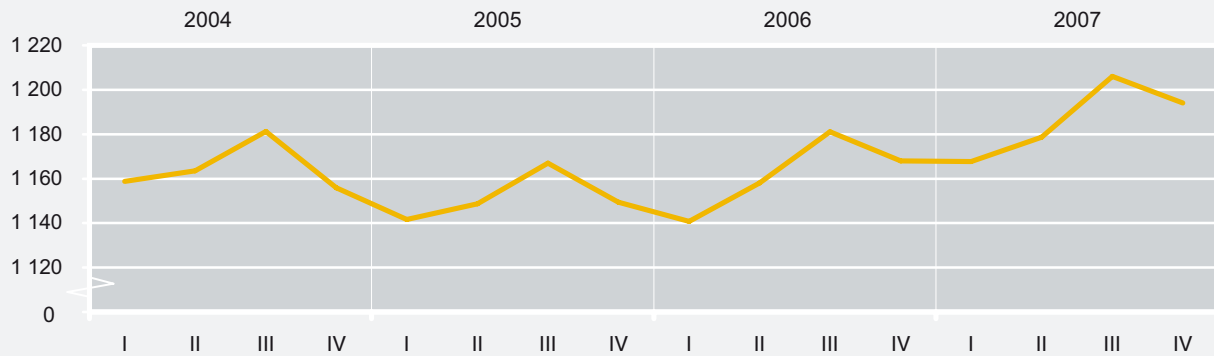
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

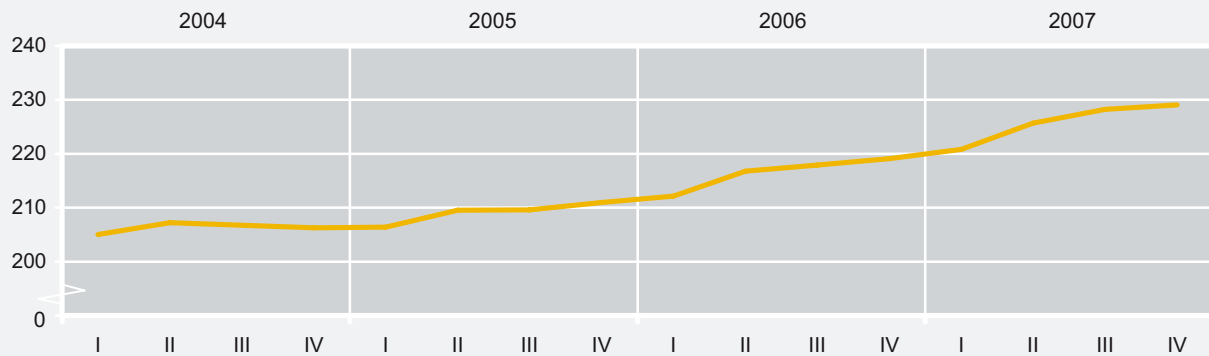
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



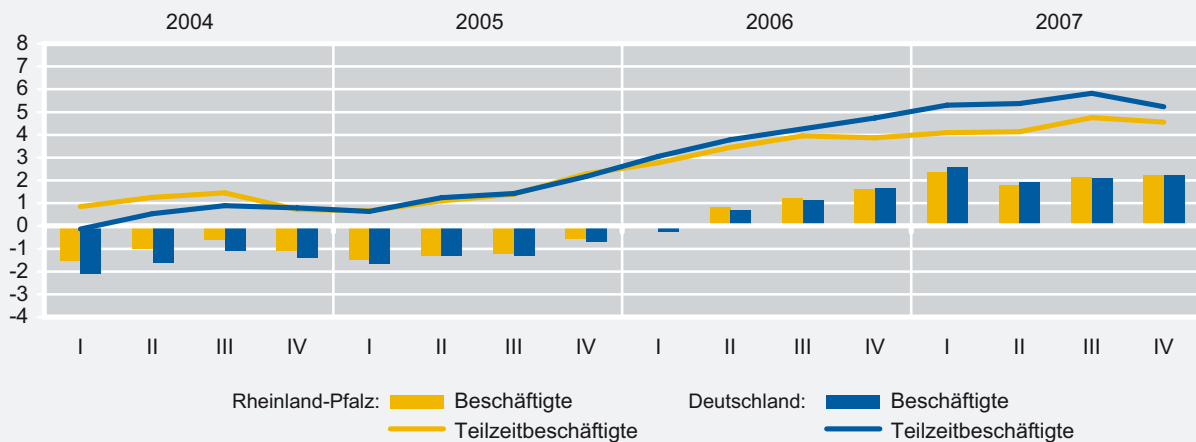
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

in 1 000



Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

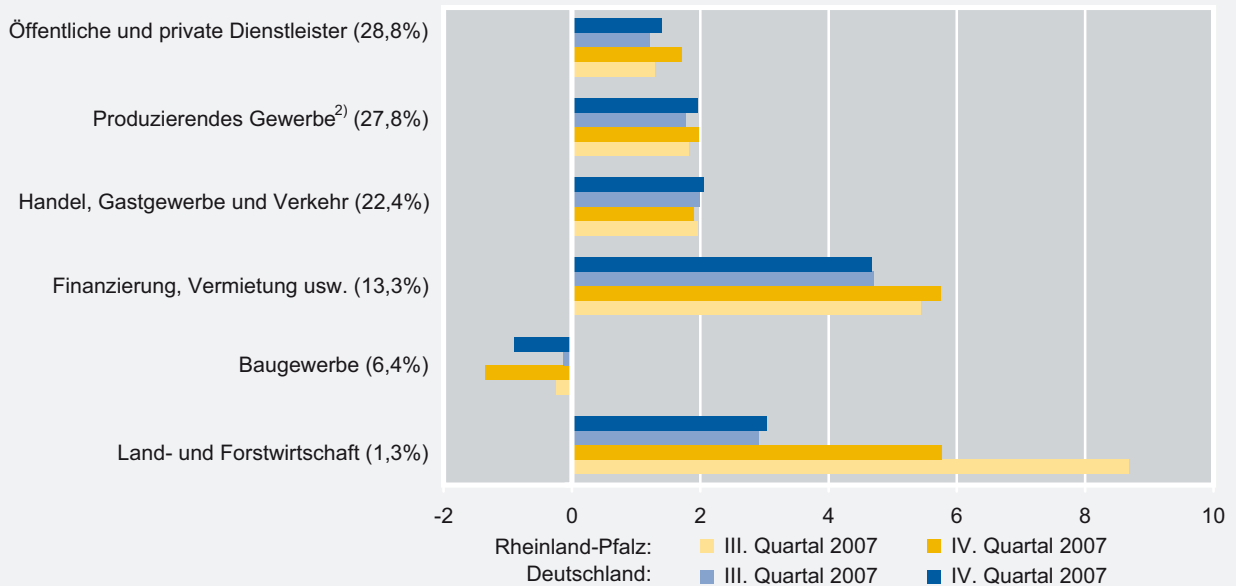
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

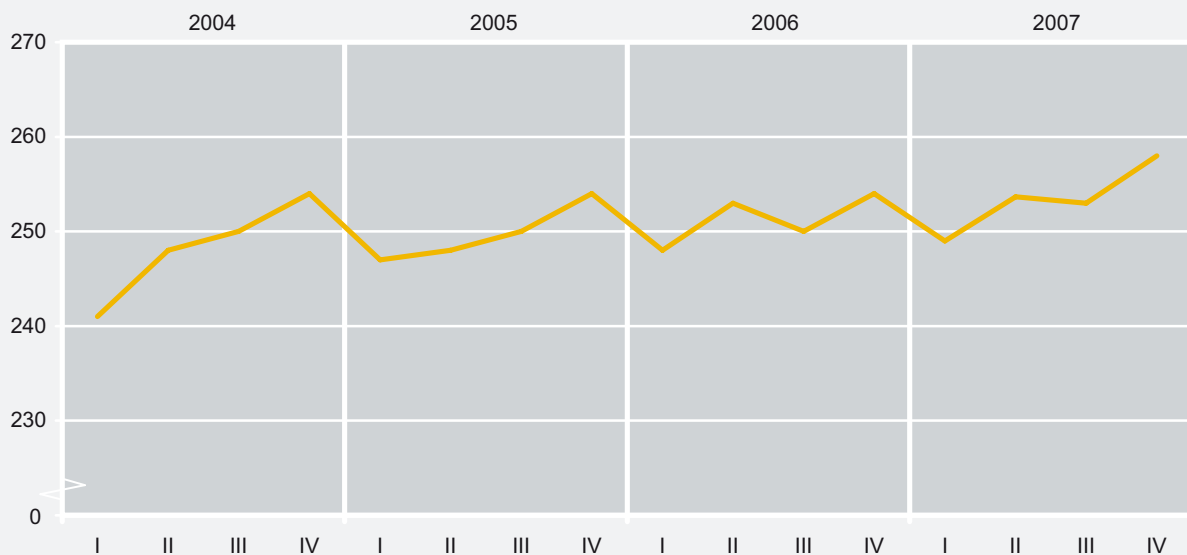
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2007. – 2) Ohne Baugewerbe.

Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹⁾ am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz in 1 000

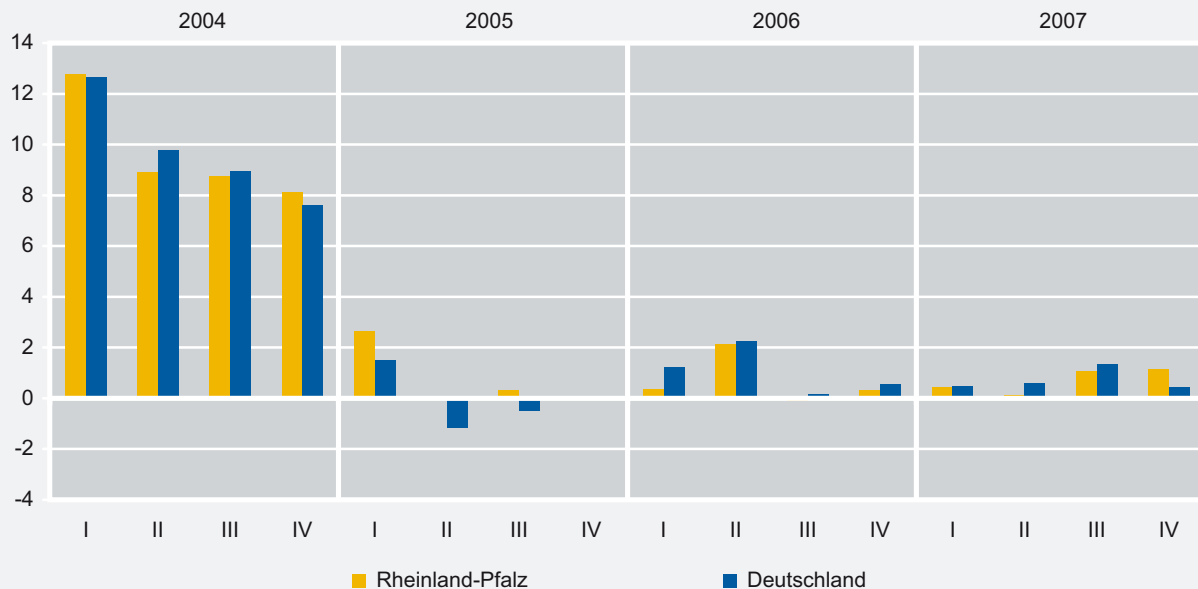


1) Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

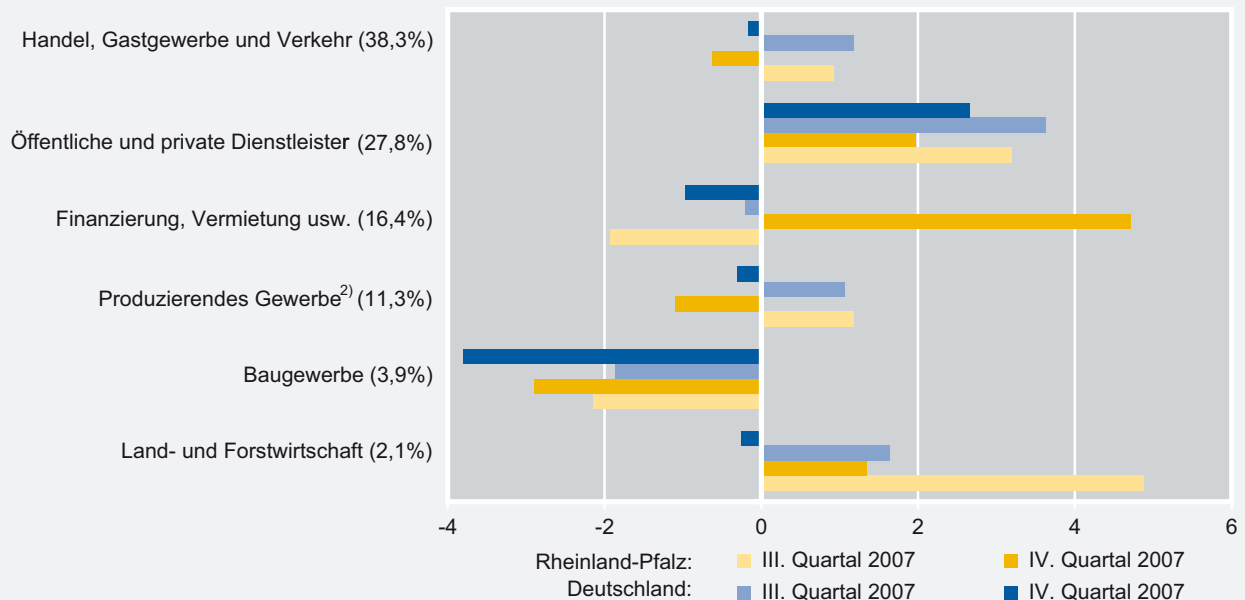
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort in Rheinland-Pfalz

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsort nach Wirtschaftsbereichen¹⁾ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



1) Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2007. – 2) Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 29. September 2008.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergewerbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren

(steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmer-tätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteilbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbstständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt oder die Beschäftigung innerhalb eines Kalenderjahres auf längstens zwei Monate oder 50 Arbeitstage beschränkt ist.

Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbstständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerrichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunkturerwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerech-

neten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzu-beziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein

Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



2	1.210.301	19.517.898	3.697.000
7	1.210.261	19.517.898	3.771.194
37	1.279.036	20.033.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.092.465
101	1.710.099	21.687.249	4.004.960

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG		Einheit	2006	2007			2008			
			Durchschnitt		März	April	Mai	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 053 ¹⁾	4 046 ¹⁾	4 051	4 050	4 049	4 043	4 041	4 041	...
darunter Ausländer ²⁾	1 000	313 ¹⁾	312 ¹⁾	315	315	316	313	313	314	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 667	1 629	1 097	1 051	1 868	741	868	1 160	...
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	2 646	2 711	2 649	2 378	2 565	2 542	2 405	2 635	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	7,8	8,0	7,7	7,1	7,5	7,9	7,0	7,9	...
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 498	3 514	3 854	3 698	3 536	3 567	3 723	3 671	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,4	10,4	11,2	11,1	10,3	11,1	10,8	11,1	...
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	12	13	8	13	15	12	8	15	...
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	4,3	4,6	3,0	5,5	5,8	4,7	3,3	5,7	...
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 852	- 802	- 1 205	- 1 320	- 971	- 1 025	- 1 318	- 1 036	...
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,5	- 2,4	- 3,5	- 4,0	- 2,8	- 3,2	- 3,8	- 3,1	...
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 220	7 931	7 654	7 894	7 118	6 655	7 143	8 362	...
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 462	2 595	2 778	2 631	2 542	2 337	2 312	3 189	...
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 871	7 734	7 206	7 317	6 724	7 042	7 919	7 558	...
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 169	2 338	2 179	1 992	2 093	2 378	2 738	2 221	...
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	349	197	448	577	394	- 387	- 776	804	...
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁷⁾	Anzahl	12 477	12 402	12 622	12 139	11 709	11 180	11 954	12 344	...
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte ^{8) 9)}	Einheit	2004	2005	2006		2007				
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰⁾	1 000	1 164	1 149	1 158	1 181	1 168	1 168	1 179	1 206	1 194
* Frauen	1 000	522	519	521	530	526	525	527	540	539
* Ausländer/-innen	1 000	70	68	70	71	68	70	73	76	70
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	207	210	217	218	219	221	226	228	229
* darunter Frauen	1 000	181	183	187	188	189	191	195	197	198
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	14	15	12	14	15	16	13
* produzierendes Gewerbe										
ohne Baugewerbe	1 000	333	325	322	327	326	326	328	333	332
* Baugewerbe	1 000	77	74	74	77	75	74	75	77	74
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	262	258	260	267	263	261	264	272	268
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	142	143	150	154	152	153	157	162	160
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	336	335	337	341	341	340	339	345	346

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8) Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9) Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.6. – 10) Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt ¹⁾	Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Arbeitslose	Anzahl	162 951	133 676	133 360	131 935	123 871	111 871	116 302	112 523
* Frauen	Anzahl	78 698	67 361	68 783	68 787	64 253	56 781	59 537	57 635
* Männer	Anzahl	84 253	66 315	64 577	63 148	59 618	55 090	56 765	54 888
darunter									
Bauberufe	Anzahl	6 562	4 865	4 300	4 220	3 986	3 677	3 566	3 701
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	41 059	33 587	32 441	32 397	30 697	27 652	28 285	26 328
* Arbeitslosenquote ²⁾	%	9,0	7,3	7,3	7,2	6,8	6,0	6,3	6,1
* Frauen	%	9,1	7,7	7,9	7,9	7,4	6,4	6,7	6,5
* Männer	%	8,8	6,9	6,7	6,6	6,2	5,7	5,9	5,7
* Ausländer/-innen	%	20,0	16,6	16,4	16,1	15,7	14,3	14,4	13,8
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,9	6,7	7,8	8,0	6,8	5,3	6,6	6,1
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 589	2 527	1 217	1 167	1 297	1 494
* Gemeldete Stellen	Anzahl	23 047	23 191	25 950	23 968	23 850	24 854	25 216	25 141
darunter									
Bauberufe	Anzahl	1 316	1 372	1 280	1 365	1 529	1 527	1 703	1 635
industrielle u. handwerkli. Berufe	Anzahl	6 912	8 078	10 459	8 317	7 899	8 728	9 233	9 429
BAUTÄTIGKEIT									
(Baugenehmigungen)									
Baugenehmigungen für Wohngebäude									
	Einheit	2006	2007			2008			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
* Wohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	738	469	537	535	616	531	507	754
davon mit ...									
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	707	448	518	516	592	511	487	727
3 und mehr Wohnungen ³⁾	Anzahl	31	21	19	19	24	20	20	27
davon									
öffentl. Bauherren u. Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	-	2	-	-	1	-	1
Unternehmen	Anzahl	87	68	59	76	134	64	87	337
private Haushalte	Anzahl	650	400	476	459	482	466	420	416
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 011	673	684	671	854	716	640	911
* Umbauter Raum	1 000 m ³	717	468	524	503	597	504	450	559
* Wohnfläche	1 000 m ²	132	87	95	93	109	94	84	111
Wohnräume	Anzahl	5 701	3 688	4 114	3 841	4 656	4 058	3 607	5 084
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	167	114	128	123	146	123	112	132
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude									
* Nichtwohngebäude (Neubau)									
insgesamt	Anzahl	126	133	125	148	178	155	120	135
davon									
öffentl. Bauherren und Organisa-									
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	11	12	9	11	20	14	14	13
Unternehmen	Anzahl	107	115	114	132	154	137	102	119
private Haushalte	Anzahl	7	6	2	5	4	4	4	3
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	38	14	15	12	23	11	15	54
* Umbauter Raum	1 000 m ³	767	980	940	786	964	892	782	1 071
* Nutzfläche	1 000 m ²	109	124	119	118	133	135	121	138
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	68	76	69	67	82	89	86	99
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)									
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-									
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 183	783	764	775	979	913	743	1 083
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	6 603	4 336	4 759	4 497	5 399	5 042	4 250	6 138

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende. Umstellungsbedingt sind die Ergebnisse nur vorläufig. Die aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾ darunter	t	10 757	10 823	10 534	10 155	9 670	11 041	10 458	9 547	10 215
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 630	2 513	2 326	2 193	1 914	2 604	2 299	2 022	2 152
* Kälber	t	17	17	15	10	7	17	17	9	13
* Schweine	t	8 012	8 211	8 108	7 880	7 683	8 354	8 060	7 449	8 004
* Eierzeugung ²⁾	1 000	9 968	10 036	10 068	9 128	8 948	10 239	10 059	9 721	9 462
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	61 736	62 486	68 174	64 219	64 956	63 099	62 269	57 558	63 215
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	1 000	1 027	1 026	1 024	1 029	1 061	1 059	1 055	1 056
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	240 629	246 471	244 521	245 187	247 544	253 602	253 836	254 374	255 406
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 896	31 517	31 530	31 080	31 145	34 902	31 670	32 824	32 143
* Entgelte ⁵⁾	Mill. EUR	814	850	1 067	873	793	893	1 097	904	852
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 774	6 305	6 497	6 520	6 332	7 214	6 817	7 063	6 888
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶⁾	Mill. EUR	3 063	3 322	3 498	3 432	3 316	3 772	3 546	3 654	3 655
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 614	1 840	1 857	1 975	1 902	2 195	2 088	2 211	2 037
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	111	106	91	98	117	125	110	108	90
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	986	1 037	1 051	1 016	997	1 122	1 073	1 090	1 106
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 912	2 005	2 149	2 048	1 933	2 285	2 174	2 185	2 231
Fahrzeugbau	Mill. EUR	937	1 042	1 046	1 102	1 059	1 278	1 255	1 275	1 133
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 851	3 170	3 356	3 329	3 219	3 673	3 490	3 524	3 441
Exportquote ⁷⁾	%	49,4	50,3	51,7	51,1	50,8	50,9	51,2	49,9	50,0
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)										
	2000=100	123,9	138,1	133,7	138,1	138,6	144,4	129,2	133,9	133,7
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	118,2	125,2	128,4	130,3	124,3	139,6	129,8	137,5	132,5
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	130,2	161,6	145,1	150,4	162,9	146,6	129,2	126,6	134,1
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	-	-	-	-	-	-	-	-	-
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	133,2	141,5	143,3	154,1	141,4	164,9	149,9	162,3	154,2
Fahrzeugbau	2000=100	133,8	173,6	152,8	160,6	173,3	132,9	123,5	102,5	117,9
Energie- und Wasser- versorgung										
* Betriebe ⁸⁾	Anzahl	86	103	103	103	103	111	111	111	111
* Beschäftigte ^{4) 8)}	Anzahl	10 058	9 860	9 824	9 835	9 786	9 870	9 886	9 888	9 906
* Geleistete Arbeitsstunden ⁸⁾	1 000 h	1 264	1 241	1 243	1 213	1 197	1 380	1 176	1 274	1 205
* Brutto- und gehaltssumme ⁸⁾	Mill. EUR	34	34	33	33	32	41	36	33	32
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁹⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	757	776	633	826	807	833	713	638	742
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	741	760	619	808	789	818	695	620	725

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Brutto- und gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Ab Januar 2007 werden nur die Betriebe mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. Die Ergebnisse für 2006 wurden rückwirkend auf den neuen Berichtskreis angepasst, um die methodische Vergleichbarkeit zu gewährleisten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Entgelte = Brutto- und Gehaltssumme. – 6) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. – 8) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 9) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Baugewerbe		2006		2007			2008			
		Einheit	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	36 480	36 559	36 773	36 977	36 996	35 697	35 863	36 402	35 812
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 639	3 702	4 030	3 997	3 975	4 036	3 662	4 117	3 745
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 547	1 523	1 687	1 641	1 588	1 588	1 502	1 628	1 449
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	856	862	905	933	954	976	867	991	906
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 194	1 317	1 438	1 423	1 433	1 472	1 293	1 498	1 390
darunter Straßenbau	1 000 h	613	652	723	679	713	766	707	809	733
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	81	82	85	83	87	83	82	84	88
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	349	344	338	353	389	339	356	412	388
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	112	114	110	127	111	127	125	123
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	94	91	91	101	100	99	98	113	110
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	139	142	133	142	162	128	131	174	155
darunter Straßenbau	Mill. EUR	67	65	64	63	75	56	59	79	75
Ausbaugewerbe/ Bauinstallation und sons- tiges Ausbaugewerbe ^{5) 6)}										
		Einheit	2006 Durchschnitt	2007 4.Quartal	2007 1.Quartal	2007 2.Quartal	2007 3.Quartal	2007 4.Quartal	2008 1.Quartal	2008 2.Quartal
Betriebe ⁷⁾	Anzahl	304	297	302	302	297	293	294	313	310
* Beschäftigte ^{2) 7)}	Anzahl	11 059	11 384	11 215	11 264	11 245	11 560	11 468	11 876	11 907
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 524	3 674	3 721	3 583	3 593	3 774	3 745	3 686	3 814
* Entgelte ⁴⁾	Mill. EUR	75	78	81	74	76	78	85	79	81
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	274	276	410	216	255	284	351	230	302
HANDEL ⁸⁾										
Großhandel ⁹⁾										
		Einheit	2006 Durchschnitt	2007 Mai	2007 Juni	2007 Juli	2008 April	2008 Mai	2008 Juni	2008 Juli
* Beschäftigte	2003=100	113,4	115,6	116,8	114,0	114,7	112,7	112,7	113,1	113,2
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	126,1	122,5	126,4	116,9	118,7	114,5	114,1	113,5	114,1
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	119,7	119,2	125,0	120,8	119,9	132,1	121,8	125,4	127,8
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	111,3	107,9	113,3	109,4	108,4	113,9	103,1	106,2	107,6
Einzelhandel ¹¹⁾										
* Beschäftigte	2003=100	109,8	116,3	115,5	115,9	116,2	115,5	115,8	115,7	115,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	112,1	118,8	117,6	118,6	119,8	117,7	118,4	118,5	119,1
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	109,7	118,9	118,1	117,2	116,3	122,9	125,1	117,3	120,1
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	108,1	115,8	114,9	114,4	113,8	116,6	118,3	111,5	113,9
Kfz-Handel u. Tankstellen ¹²⁾										
* Beschäftigte	2003=100	98,6	106,9	106,7	106,8	107,4	105,5	105,5	106,1	105,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	97,4	109,9	110,6	110,0	111,9	109,4	108,2	110,5	107,0
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	118,4	115,1	120,1	121,2	120,5	132,9	124,0	125,1	120,0
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	113,9	107,6	112,4	113,4	112,6	122,3	113,7	114,6	109,9
GASTGEWERBE ¹³⁾										
* Beschäftigte	2003=100	112,8	118,2	122,1	122,9	123,2	119,5	121,8	121,6	121,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	121,1	129,6	135,5	135,7	135,6	133,1	133,7	133,6	133,6
* Umsatz nominal ¹⁰⁾	2003=100	99,5	107,6	116,5	115,9	118,5	102,0	119,5	113,6	115,6
* Umsatz real ¹⁰⁾	2003=100	96,4	101,6	110,7	109,0	111,2	95,0	110,7	104,8	105,6

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Entgelte = Bruttolohn- und -gehaltssumme. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 6) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 7) Am Ende des Berichtsjahres. – 8) Eingeschränkte Vergleichbarkeit durch Änderung des Berichtskreises. – 9) Einschließlich Handelsvermittlung. – 10) Ohne Umsatzsteuer. – 11) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 12) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS ¹⁾										
Einheit	2006	2007				2008				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Gästeankünfte	1 000	600	617	748	778	798	584	836	730	768
* darunter von Auslandsgästen	1 000	141	143	169	173	246	135	190	181	243
* Gästeübernachtungen	1 000	1 660	1 674	1 999	2 044	2 397	1 453	2 237	1 905	2 426
* darunter von Auslandsgästen	1 000	405	403	470	468	804	340	533	494	843
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
Einheit	2006	2007				2008				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	2 056	2 082	2 174	2 356	2 275	1 785	1 925	2 162	2 213
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 347	1 384	1 637	1 585	1 566	1 044	1 256	1 570	1 592
* Getötete Personen	Anzahl	22	18	17	16	25	19	25	16	15
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	12	10	6	11	12	14	15	8	9
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	8	3	8	1	6	4	4
Radfahrer	Anzahl	2	1	1	1	5	2	2	3	2
Fußgänger	Anzahl	2	2	2	1	-	1	2	-	-
* Verletzte Personen	Anzahl	1 745	1 795	2 106	2 050	1 969	1 384	1 645	2 001	2 049
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	329	338	425	421	383	260	269	430	428
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	153	159	150	192	152	140	139	131	173
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	79	83	163	116	115	42	58	166	124
Radfahrer	Anzahl	45	47	68	59	73	26	28	85	84
Fußgänger	Anzahl	37	34	30	36	32	36	34	34	27
Kraftfahrzeuge ³⁾										
Einheit	2006	2007				2008				
	Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli		
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	14 333	12 830	14 717	14 680	13 246	13 649	14 787	15 748	12 965
darunter										
Kraftträder	Anzahl	797	825	1 292	1 025	1 059	1 209	1 335	1 364	1 170
* Personenkraftwagen ⁴⁾	Anzahl	12 247	10 673	11 994	12 233	10 833	11 052	12 010	12 864	10 506
* Lastkraftwagen	Anzahl	910	954	1 005	1 043	975	945	956	1 032	906
* Zugmaschinen	Anzahl	302	302	344	331	294	376	385	392	302
Personenbeförderung										
Einheit	2006	2007	2006	2007			2008			
	Durchschnitt	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal		
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	62 993	62 850	64 030	66 305	63 828	56 783	64 485	65 513	63 191
Personenkilometer ⁵⁾	Mill.	588	583	658	589	584	506	654	585	579
Binnenschifffahrt										
Einheit	2006	2007				2008				
	Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni		
* Gütereingang	1 000 t	1 191	1 142	1 179	1 098	1 202	1 082	1 095	1 153	1 194
* Güterversand	1 000 t	901	959	975	1 067	1 049	1 018	1 045	977	981
AUSSENHANDEL ⁶⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel) ⁷⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	3 026	3 391	3 293	3 457	3 439	3 833	4 056	3 559	4 668
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	198	219	215	226	221	251	274	254	265
* Güter der gewerbbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 681	3 012	2 920	3 066	3 051	3 406	3 587	3 128	4 212
* Rohstoffe	Mill. EUR	18	20	21	19	23	22	19	25	23
* Halbwaren	Mill. EUR	119	130	131	139	145	149	156	148	174
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 544	2 862	2 767	2 909	2 883	3 234	3 411	2 956	4 016
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	817	894	899	897	882	1 023	909	857	1 612
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 727	1 968	1 869	2 012	2 001	2 212	2 503	2 099	2 404

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 7) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel) ²⁾	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 222	2 527	2 503	2 633	2 649	2 800	3 074	2 769	3 057
* darunter in EU-Länder ³⁾	Mill. EUR	1 941	2 210	2 185	2 274	2 304	2 435	2 697	2 445	2 644
Belgien	Mill. EUR	160	183	177	175	190	206	204	192	212
Luxemburg	Mill. EUR	47	48	50	51	46	57	48	54	53
Dänemark	Mill. EUR	42	49	45	55	49	44	57	74	48
Finnland	Mill. EUR	23	28	27	29	31	29	32	30	36
Frankreich	Mill. EUR	339	372	391	402	362	426	482	408	480
Griechenland	Mill. EUR	39	41	43	50	47	51	55	48	41
Großbritannien	Mill. EUR	240	245	245	246	253	231	259	243	249
Irland	Mill. EUR	16	15	17	13	14	16	16	12	13
Italien	Mill. EUR	232	268	276	293	295	269	281	281	303
Niederlande	Mill. EUR	159	198	176	191	209	241	249	238	248
Österreich	Mill. EUR	133	145	141	135	155	165	183	152	160
Schweden	Mill. EUR	51	67	59	66	70	71	90	69	78
Spanien	Mill. EUR	183	210	204	212	224	240	281	227	259
Portugal	Mill. EUR	20	22	23	25	25	34	29	28	35
* Afrika	Mill. EUR	72	74	67	74	72	70	86	79	91
* Amerika	Mill. EUR	377	396	372	350	340	524	428	296	1 091
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	284	295	277	253	236	421	309	189	946
* Asien	Mill. EUR	326	364	329	371	346	410	434	392	393
darunter nach Japan	Mill. EUR	49	56	44	60	63	44	44	39	61
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	29	30	22	30	32	30	34	23	35
Einfuhr (Generalhandel) ²⁾										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 965	2 158	2 180	2 145	2 192	2 307	2 360	2 263	2 179
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	170	188	190	226	209	202	190	215	194
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 626	1 786	1 804	1 722	1 794	1 914	1 978	1 862	1 803
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	80	93	89	76	89	111	121	129	32
* Halbwaren	Mill. EUR	226	237	220	262	240	224	246	291	267
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 320	1 456	1 495	1 384	1 465	1 579	1 611	1 442	1 505
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	347	416	434	431	420	429	402	384	432
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	973	1 040	1 062	953	1 046	1 150	1 209	1 058	1 073
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 508	1 652	1 676	1 674	1 673	1 783	1 796	1 716	1 666
* darunter aus EU-Ländern ³⁾	Mill. EUR	1 346	1 428	1 447	1 499	1 471	1 532	1 533	1 472	1 469
Belgien	Mill. EUR	243	256	264	260	262	251	243	261	280
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	45	49	41	38	42	34	41
Dänemark	Mill. EUR	29	43	46	44	38	38	21	45	13
Finnland	Mill. EUR	10	12	10	11	15	9	12	9	14
Frankreich	Mill. EUR	234	246	259	253	257	273	300	239	258
Griechenland	Mill. EUR	5	6	4	9	8	7	5	8	9
Großbritannien	Mill. EUR	63	70	77	74	72	73	57	60	79
Irland	Mill. EUR	13	11	14	17	17	9	7	8	6
Italien	Mill. EUR	128	135	143	144	141	152	137	132	140
Niederlande	Mill. EUR	232	238	205	260	213	283	252	301	210
Österreich	Mill. EUR	63	66	61	67	67	61	101	61	67
Schweden	Mill. EUR	50	43	44	46	49	63	56	43	52
Spanien	Mill. EUR	72	81	102	79	103	80	80	69	77
Portugal	Mill. EUR	11	11	12	13	12	16	16	13	18
* Afrika	Mill. EUR	32	32	26	28	51	25	44	33	28
* Amerika	Mill. EUR	204	209	199	225	222	243	234	240	214
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	150	146	136	137	151	163	163	161	143
* Asien	Mill. EUR	216	260	272	212	239	253	282	268	267
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	26	28	29	23	32	27	25	28
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	6	6	6	7	3	4	5	4
GEWERBEANZEIGEN ⁴⁾										
	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt	Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 707	3 462	3 409	3 483	3 564	3 575	3 037	3 202	3 406
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 958	2 920	2 670	2 707	2 889	2 921	2 547	2 840	2 998

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3) Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27); die Angaben aus 2006 werden rückwirkend entsprechend umgerechnet. – 4) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

INSOLVENZEN		Einheit	2006	2007			2008				
		Durchschnitt		Mai	Juni	Juli	April	Mai	Juni	Juli	
* Insgesamt	Anzahl		611	615	612	623	692	638	578	621	598
davon											
* Unternehmen	Anzahl		132	115	115	129	115	113	116	97	116
* Verbraucher	Anzahl		336	371	363	343	422	366	331	399	361
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl		129	114	116	134	135	139	116	110	105
* sonstige natürliche Personen, ¹⁾											
Nachlässe	Anzahl		14	15	18	17	20	20	15	15	16
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR		131	99	97	124	92	128	133	70	93

HANDWERK ²⁾		Einheit	2006	2007	2006	2007			2008		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Beschäftigte ³⁾	2007=100 ⁴⁾		.	94,2	.	92,6	93,8	95,5	95,0	96,7	96,5
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2007=100 ⁵⁾		.	102,3	.	84,6	102,3	105,1	117,1	103,1	127,4

PREISE		Einheit	2006	2007			2008				
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Verbraucherpreisindex	2005=100		101,4	103,5	103,8	103,7	103,7	106,6	107,3	106,8	106,7

VERDIENSTE ⁶⁾		Einheit	2006	2007	2006	2007			2008		
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	
* Bruttomonatsverdienste ⁶⁾ der vollzeit-											
beschäftigten Arbeitnehmer ⁷⁾ im											
produzierenden Gewerbe und Dienst-											
leistungsbereich	EUR	...	3 303	...	2 942	2 987	2 979	3 017	3 036	3 078	
* männlich	EUR	...	3 514	...	3 108	3 167	3 160	3 201	3 213	3 261	
* weiblich	EUR	...	2 735	...	2 486	2 504	2 498	2 524	2 564	2 586	
* produzierendes Gewerbe	EUR	...	3 517	...	3 074	3 138	3 137	3 179	3 172	3 231	
männlich	EUR	...	3 627	...	3 165	3 234	3 238	3 281	3 268	3 336	
weiblich	EUR	...	2 910	...	2 564	2 597	2 591	2 617	2 653	2 666	
* Bergbau und Gewinnung von											
Steinen und Erden	EUR	...	3 417	...	3 087	3 138	3 195	3 149	3 100	3 150	
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	...	3 585	...	3 132	3 184	3 174	3 214	3 224	3 274	
* Energie- u. Wasserversorgung	EUR	...	4 686	...	3 913	3 948	4 019	4 085	4 003	4 086	
* Baugewerbe	EUR	...	2 823	...	2 520	2 667	2 690	2 744	2 636	2 753	
* Dienstleistungsbereich ⁸⁾	EUR	...	3 082	...	2 805	2 833	2 817	2 849	2 895	2 918	
männlich	EUR	...	3 351	...	3 025	3 071	3 048	3 085	3 133	3 153	
weiblich	EUR	...	2 664	...	2 454	2 467	2 460	2 487	2 527	2 552	
* Handel; Instandhaltung											
und Reparatur von Kfz											
und Gebrauchsgütern	EUR	...	3 127	...	2 788	2 857	2 861	2 854	2 909	2 924	
* Gastgewerbe	EUR	...	2 029	...	2 005	1 939	1 930	1 987	1 989	1 978	
* Verkehr und Nachrichten-											
übermittlung	EUR	...	2 695	...	2 491	2 501	2 478	2 548	2 551	2 554	
* Kredit- u. Versicherungsgewerbe	EUR	...	4 256	...	3 614	3 573	3 607	3 644	3 672	3 729	
* Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von wirtschaftlichen Dienstleistungen a.n.g.	EUR	...	2 858	...	2 643	2 655	2 610	2 631	2 737	2 778	
* Erziehung und Unterricht	EUR	...	3 166	...	2 939	2 939	2 939	2 939	2 994	3 011	
* Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	EUR	...	3 248	...	2 961	3 015	3 031	3 071	3 042	3 089	
* Erbringung von sonstigen, öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	EUR	...	3 072	...	2 924	2 932	2 895	2 923	2 980	3 008	

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Quartalswerte ohne Sonderzahlungen; Jahresdurchschnittswerte mit Sonderzahlungen. – 7) Ohne Beamte. – 8) Ohne öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

GELD UND KREDIT ¹⁾

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2005	2006		2007				2008	
		Durchschnitt		31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 220	117 762	118 057	117 898	118 796	120 405	119 738	120 076	120 250
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 276	12 617	12 396	12 510	12 528	13 577	12 969	13 710	13 324
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 331	9 451	9 468	9 608	10 105	10 841	11 113	11 348	11 639
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	94 614	95 694	96 193	95 780	96 163	95 987	95 656	95 018	95 287
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	110 708	111 464	111 637	111 323	111 587	112 103	110 629	110 247	110 068
davon an										
Unternehmen und										
Privatpersonen	Mill. EUR	96 206	97 528	97 784	97 677	98 388	99 491	98 235	98 193	98 580
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	14 503	13 936	13 853	13 646	13 199	12 612	12 394	12 054	11 488
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 512	6 298	6 420	6 575	7 209	8 302	9 109	9 829	10 182
Einlagen u. aufgenommene										
Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	93 933	97 350	99 307	97 596	99 893	100 378	102 981	103 616	102 920
Sichteinlagen	Mill. EUR	26 954	28 338	28 752	27 753	29 609	29 861	30 171	29 936	29 385
Termineinlagen	Mill. EUR	30 217	32 833	34 559	34 255	35 041	35 582	37 936	39 228	39 516
Sparbriefe	Mill. EUR	5 317	5 702	6 051	6 577	7 086	7 639	8 192	8 531	8 839
Spareinlagen	Mill. EUR	31 446	30 477	29 945	29 011	28 157	27 296	26 682	25 921	25 180
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	90 659	93 977	96 139	94 595	96 440	97 325	99 273	99 741	100 077
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	88 986	91 680	93 016	91 950	93 879	94 929	96 736	97 369	97 519
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 674	2 297	3 123	2 645	2 561	2 396	2 537	2 372	2 558
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	3 274	3 373	3 168	3 001	3 453	3 053	3 708	3 875	2 843

STEUERN**Aufkommen nach
Steuerarten**

STEUERN	Einheit	2006	2007				2008			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 379	2 807	3 099	2 467	3 006	3 270	3 178	2 584	3 202
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	824	888	1 203	536	930	1 146	1 240	617	1 065
Lohnsteuer	Mill. EUR	591	637	573	521	844	947	596	548	930
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	112	128	-	-	358	414	-	-	435
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	87	91	390	- 61	- 10	25	400	8	2
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	39	50	28	42	20	47	42	35	18
Zinsabschlag	Mill. EUR	27	38	11	22	67	103	17	26	79
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	10	15	-	3	44	80	0	3	51
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	80	71	200	12	9	24	184	- 0	36
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	Mill. EUR	5	1	-	-	- 3	- 7	-	-	20
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 554	1 920	1 896	1 931	2 077	2 124	1 938	1 967	2 137
Umsatzsteuer	Mill. EUR	372	430	441	453	486	451	434	426	457
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 183	1 489	1 455	1 478	1 591	1 674	1 504	1 541	1 680
Zölle	Mill. EUR	150	156	158	160	182	151	147	152	171
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	98	62	58	69	104	66	66
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	32	28	26	26	21	25	29	26	28
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	38	39	62	26	26	34	65	31	27

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Landessteuern	Mill. EUR	87	97	87	87	95	126	90	99	85
Vermögensteuer	Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	14	19	11	10	14	47	13	23	16
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	19	19	17	17	25	20	17	20	20
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	39	41	38	44	38	42	40	40	33
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	10	14	13	11	15	14	12	12	13
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	4	0	0	- 1	4	0	0
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	4	3	3	3	3	3	3
		2006		2007			2008			
		Durchschnitt		4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal
Gemeindesteuern	Mill. EUR	509	516	463	501	579	483	503	530	537
Grundsteuer A	Mill. EUR	4	4	4	4	5	6	3	4	4
Grundsteuer B	Mill. EUR	103	104	94	94	112	116	96	95	111
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	392	399	359	395	450	352	397	423	410
sonstige Gemeindesteuern ¹⁾	Mill. EUR	10	9	6	8	12	9	7	8	11
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.	Mill. EUR	716	753	785	635	768	722	886	669	780
Gewerbesteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	311	320	242	351	379	261	290	381	339
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	257	281	393	160	229	295	441	163	283
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	30	34	46	18	32	35	50	17	31
		2006		2007			2008			
		Durchschnitt		Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	655	733	983	600	736	854	902	636	788
Landessteuern	Mill. EUR	87	97	87	87	95	126	90	99	85
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	304	331	458	174	340	423	479	205	398
Lohnsteuer	Mill. EUR	199	219	193	171	305	335	204	183	341
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	37	39	166	- 26	- 4	11	170	4	1
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	16	21	- 6	14	5	20	6	7	4
Zinsabschlag	Mill. EUR	12	17	5	9	29	45	8	12	35
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	40	35	100	6	4	12	92	- 0	18
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	242	286	438	277	294	297	334	278	301
Umsatzsteuer	Mill. EUR	176	211	370	203	217	216	247	205	219
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	66	75	68	74	77	82	87	73	82
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	6	6	-	18	2	2	-	12	1
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	3	2	-	7	1	1	-	6	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	11	10	-	32	3	4	-	30	2
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	2	-	7	1	1	-	6	0
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. EUR	1 252	1 485	1 628	1 331	1 554	1 675	1 658	1 371	1 641
Bundessteuern	Mill. EUR	78	78	98	62	58	69	104	66	66
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	359	386	528	231	398	493	544	265	457
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	809	1 016	1 002	1 020	1 097	1 111	1 011	1 027	1 117
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	Mill. EUR	6	6	-	18	2	2	-	12	1

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

September

STATISTISCHE BERICHTE

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 1. Vierteljahr 2008 (vorläufige Ergebnisse)
BestellNr.: A1013 200841

Einbürgerungen 2007
BestellNr.: A1093 200700

Abgekürzte Sterbetafel 2005/2007
BestellNr.: A2033 200700

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 31. Dezember 2007 (vorläufige Ergebnisse)
BestellNr.: A6013 200744

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang September 2008
BestellNr.: C2013 200802

Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland – Getreide- und Winterrapsernte 2008 – (vorläufiges Ergebnis)
BestellNr.: C2023 200800

Ernteberichterstattung über Gemüse und/oder Obst im Juli 2008
BestellNr.: C2033 200802

Wachstumstand der Reben im August 2008

BestellNr.: C2063 200802

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe und Forstbetriebe 2007
BestellNr.: C4033 200701

Agrarstrukturhebung 2007 – Besitz- und Pachtverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe
BestellNr.: C4613 200701

Agrarstrukturhebung 2007 – Personal- und Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Betriebe
BestellNr.: C4653 200701

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Juli 2008
BestellNr.: E1023 200807

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im Juli 2008
BestellNr.: E1033 200807

Bauhauptgewerbe im Juli 2008 – Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau
BestellNr.: E2023 200807

Ausbaugewerbe im 2. Quartal 2008 – Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe
BestellNr.: E3023 200842

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Juli 2008
BestellNr.: F2033 200807

Bestand an Wohngebäuden und Wohnungen am 31. Dezember 2007
BestellNr.: F2073 200700

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Handel und im Gastgewerbe im Juli 2008
BestellNr.: G1023 200807

Aus- und Einfuhr im Juli 2008
BestellNr.: G3023 200807

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Juni 2008
BestellNr.: H1023 200806

Bestand an Kraftfahrzeugen und Kfz-Anhängern nach Gemeinden am 1. Januar 2008
BestellNr.: H1053 200800

Neuerscheinungen

Personenverkehr mit Bussen und
Bahnen im Jahr 2007
BestellNr.: H1063 200700

Personenverkehr mit Bussen und
Bahnen im 2. Vierteljahr 2008
BestellNr.: H1073 200842

Binnenschifffahrt im Juni 2008
BestellNr.: H2023 200806

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen in Rheinland-
Pfalz – Kassenergebnisse für das
2. Vierteljahr 2008
BestellNr.: L2023 200842

Schulden der öffentlichen Haus-
halte sowie der öffentlich bestimm-
ten Fonds, Einrichtungen und Un-
ternehmen am 31. Dezember 2007
BestellNr.: L3013 200700

Lohn- und Einkommensteuer-
statistik 2003
BestellNr.: L4103 200301

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in
Rheinland-Pfalz und Deutschland
im August 2008
BestellNr.: M1013 200808

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

Verdienste und Arbeitszeiten im
produzierenden Gewerbe und im
Dienstleistungsbereich im
2. Quartal 2008
BestellNr.: N1013 200842

Querschnittsveröffentlichungen

Menschen mit Migrationshintergrund
in Rheinland-Pfalz – Ergebnisse des
Mikrozensus 2006
BestellNr.: Z2098 200801

Statistische Monatshefte
Rheinland-Pfalz –
Ausgabe September 2008
BestellNr.: Z2201 200809

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Gemeinschaftsveröffentlichun- gen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

E-Mail-Versand: Kulturfinanzbericht
2008 (Ergänzendes Zahlenmaterial)
BestellNr.: Z1055E 200801

E-Mail-Versand:
Kulturfinanzbericht 2008
BestellNr.: Z1055E 200801

Kulturfinanzbericht 2008
BestellNr.: Z1055 200801

Internationale Bildungsindikatoren
im Ländervergleich – Ausgabe
2008 (kostenfreier Download,
Druckversion gegen Schutzgebühr)
BestellNr.: B1015 200800

Soziale Mindestsicherung in
Deutschland 2006
BestellNr.: K5035 200601

Die Veröffentlichungen können beim
Statistischen Landesamt, Vertrieb
der Veröffentlichungen, 56128 Bad
Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450,
Telefax: 02603 71-194322,
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de stehen die aktuellen
Statistischen Berichte zum kosten-
freien Download zur Verfügung.
Zudem sind die Neuerscheinungen
der letzten acht Wochen und das
wöchentlich aktualisierte Verzeich-
nis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: poststelle@statistik.rlp.de

Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: BASF SE und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Bad Ems · 2008

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.